Bahama News

Nr. 0 , 5.- DM

MAI '91

INHALT

Termine intern:

Wochenendmeeting in Köln 8./9. Juni: Schaffung demokratisch(er)er Org.-Strukturen S. 4
Bundestreffen der Ex-Minderheit in Dortmund 6./7. Juli S. 4

Nachbereitung des 4. KB-Kongresses

KB am Ende: Bloß nicht erschüttern lassen?! (Ulli K.) S. 5
Frankfurter K-Gruppe tritt nach Streit aus (Taz - Schnippel) S. 7

Dach-AK oder was?

AK Statisik - Die Produktion in Zahlen S. 6
Stand der Verhandlungen 24. 4. (max.) S. 7
Protokoll der Verhandlungskommission vom 2. 5. (olaf) S. 8
Vorlage der B-Gruppe zum 2. 5. (Ex-Mehrheit) S. 9
Der Dach-AK und die Minderheit - Anmerkungen zu einer nie geführten Diskussion (Cl., Westberlin) S. 10

Dokumentation zur Kongreß-Nachlese

Das Ende der letzten K-Gruppe (he. Woz. 3. 5. 91) S. 11
Nach uns die Zukunft (hr. Soz 25. 4. 91) S. 11

Deutsche Linke, Israel und der Golfkrieg

Bericht zum Treffen der Minderheit am 16. 3. 91 (K. , Ex-Mehrheit) S. 12
Vom Antizionismus zum Antisemitismus (Jürgen, Stuttgart, Soz-Magazin Mai 91) S. 14
Wenn p, dann y (Detlev zum Winkel, Konkret 5/91) S. 15
4 mal für den Krieg (Be.) S. 16
Wenn Krieg zum Mittel der Politik wird, versagen die Mittel der Friedensbewegung. Gespräch mit H. Broder (Gewerksch. Monatshefte 3/91) S. 19
Mein Verhältnis zu Israel und zum Golfkrieg - ohne Mißverständnisse (Ströbele) S. 24
Nein zum Krieg - Interview mit Adam Keller (Friedensforum 3/91) S. 28
Ständig auf der Straße? (Ulrich Hentschel, Konkret 5/91) S. 29
Antisemitismus und Nationalsozialismus (M. Postone Juni 1979) S. 30

Diverses

Im Sumpf der Bedeutungslosigkeit (hr., Woz. 3. 5. 91) S. 35
Aufforderung an den KB, einen schweren Fehler zu korrigieren
(Lokalberichte Hamburg Nr. 7/91) S. 36
Radikale Linke (Konferenzeinladung u. Kurzbericht, bs.) S. 36
Austritt aus der Konkret - Redaktion (Oliver Tolmein) S. 37
Kongreßeinladung: "Die Linke neu erfinden" S. 38

Anlage

Nach der KB-Auflösung: Wie unterstütze ich die Ex-Minderheit? Beiträge, Bahama-News etc.

Westberlin, im Mai 1991

Liebe Genossinen und Genossen,

auf dem nach-Kongreß-Termin in Hamburg am 21. 4. 91 haben wir beschlossen, eine regelmäßige Information der "Minderheit" herauszugeben. Die Nullnummer der Bahama-News liegt hiermit vor. Für die nächste Numer erwarten wir von Euch ein verstärktes Engagement in Form von Beiträgen oder zumindest Anregungen. Auf dem nächsten gemeinsamen Termin sollten wir noch einmal darüber diskutieren, wlechen Sinn interne Information machen soll, wie sie auszusehen hat und was aus ihr eventuell einmal werden könnte.
Außerdem wurde auf dem nach-Kongreß-Termin mit Mehrheit (22:2:7) beschlossen, daß wir uns dafür einsetzen, den Dach-AK zu verwirklichen. In diesem Sinne wurde weiter verhandelt, erste neue Ergebnisse liegen vor. Beschlossen und auch bereits mit der "Mehrheit" vereinbart wurde eine Übergangsregelung für Mai, Juni u. Juli. Der neu Dach-AK - wenn er denn zustande kommt - wird also im August erscheinen.
Nun zu dieser Ausgabe: einen breiten Raum nimmt - neben der Kongreßnachlese - noch einmal die die Debatte über das Verhältnis der Linken zum Golfkrieg und zu Israel ein. Wir dokumentieren u.a. Texte von Christian Ströbele und Detlev zum Winkel.
Ein neues Treffen für die "Minderheit wird, wie abgemacht, am 6./7. Juli in Dortmund stattfinden - siehe dazu die Einladung. Dort soll unsere Gruppe "offiziell" gegründet werden, und da sie in die Geschichte nicht als KBanhängsel"Minderheit" eingehen soll, müßte man einen neuen Namen finden. Hier die Vorschläge, die wir bislang inoffiziell auf diversen Terminen, Kneipen- und Caferunden gesammelt haben:
Gruppe K= K-Gruppe / AKNE= Arbeitskreis Negation/ KO= Kommunistische Oppositiuon/ AKE= Arbeitskreis Kommunistische Erneuerung/ KL= Kommunistische Linke/ Kora= Kommunistische Randgruppe/ KI= Kommunistische InternationalistInnen/ KW= Kommunistischer Widerstand/ LKF= Linkskommunistisches Forum/ AK= Anonyme KommunistInnen/ KB= Kommunistischerer Bund.
Je nach Geschmack könnt ihr jetzt euch für einen Vorschlag begeistern oder etwas viel besseres, geeigneteres überlegen.

Für jetzt und alle Zukunft:
Die Adresse der Bahama-News:

[redacted]

Beiträge und Spenden

Als Richtsatz haben wir die alte KB-Regelung übernommen: DM 55 für "Normal"-VerdienerInnen und DM 22 für weniger Verdienende (sonstige Regelungen sind natürlich möglich).

Unser Konto:
[redacted] Konto Hamburger Sparkasse, [redacted]
Kontonr. [redacted]

Name/Adresse.....

Ich zahle (bitte ankreuzen):

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich K. Dreyer/S. Roisch, ab Monat ..... / Jahr ....

DM ..... monatlich per Lastschrift von meinem Konto abzubuchen.

Abbuchung (bitte ankreuzen): ... monatlich / ... vierteljährlich

Name/Anschrift: .....

Bank/Sparkasse ..... Kontonr. .....

Kontoinhaber (wenn von oben abweichend) .....

Ort/Datum Unterschrift

Wochenendmeeting in Köln 8./9. JUNI

Schaffung demokratisch(er)er Organisationsstrukturen

Als im KB vor zwei Jahren der offene Streit ausbrach, war der zunächst zentrale Punkt die Frage der undiskutierten Verfestigung von Strukturen bzw. ihrer Veränderbarkeit und Demokratisierung. Nachdem der KB die damals begonnene Auseinandersetzung nicht überlebt hat, scheint es angesichts der Herausforderung der Schaffung neuer Organisationsstrukturen dringend notwendig, die damals begonnene Diskussion wieder aufzugreifen.
Wir wollen zwei Tage lang diskutieren, welche Mechanismen wir gegen unsere eigene Bequemlichkeit - denn darum scheint es im wesentlichen zu gehen - mobilisieren können und wie alte Fehler zu vermeiden sind.
Wir wollen uns dabei nicht mit dem Anspruch belasten, im Ergebnis den fertigen Entwurf eines Statuts der neuen Organisation zu präsentieren, wenn sich aus der Diskussion unmittelbar realisierbare Vorschläge ergeben - umso besser.

Beginn: Samstag, 8. 6. 91, 13.00 Uhr
Ort: Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Raum 6, Melchiorstr. 3 (Nähe Ebertplatz)

Bitte um Anmeldung und ggf. Zusendung von schriftlichen Beiträgen bis zum 25. 5., damit diese noch an alle verschickt werden können (Angabe, ob Schlafplatz benötigt wird).

Kontakt: [redacted]

Bundesweites Ex-Minderheits u. a. Treffen zwecks Neugründung eines K-Zirkels am 6./7. Juli

Da bei Redaktionsschluß zwar der Termin klar war, der Ort (Dortmund) aber nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% festlag, verweisen wir zwecks genauerer Informationen auf die Bahama-News, die im Juni erscheinen soll. Inhaltlich wird es um unsere weitere Zusammenarbeit gehen, außerdem wird auf Grundlage der bis dahin vorliegenden Verhandlungsergebnisse die endgültige Entscheidung über den Dach-AK gefällt werden. Auch wird der zu gründende K-Zirkel eine Art Namen brauchen, so daß die jeweiligen Vorlieben bis dahin klar sein sollten.

KB am Ende: Bloß nicht erschüttern lassen !?

" Welche Fragen beschäftigen uns im Hinblick
- auf das Ende einer (unserer) 20jährigen KB-Geschichte,
- auf die Auseinandersetzungs- und Distanzierungsprozesse seit dem lezten Kongreß,
- auf unsere politische Zukunft (getrennt, gemeinsam, einzeln, in Gruppen) ? "

Unter diesem Thema ein Gespräch zu versuchen, hatte ich für den TOP 1 des 4.und letzten KB-Kongresses am 20.April vorgeschlagen. Das Gespräch mißlang nicht nur, es wurde erst gar nicht versucht. Stattdessen war zu beobachten:

Die Mehrheit ließ nur einen einzigen Genossen (he.) für sich sprechen. Der Rest (ca 90 mehr oder weniger erfahrene KommunistInnen) wollte nichts zu sagen haben, abgesehen von einer kecken Genossin, die nicht diskussionsmäßig jammern, sondern politisch aktiv werden wollte und zum Besuch eines bekannten türkischen Lokals aufrief, aber doch blieb und den lebhaften Beifall einiger Mehrheitssprecher genoß. Dann gabs einige hämische Zwischenrufe. Und das wars schon mit der "Mehrheit".

Die Minderheit verzichtete auf Dummheiten und Häme, aber leider auch auf eine breitere Diskussionsbeteiligung. Gerade ein halbes Dutzend von ihnen meldete sich zu Wort. Hätten wir lieber gleich eine Podiumsdiskussion ansetzen sollen ?
Erfreulich unvorhergesehen meldeten sich dann noch zwei Genossen, um für eine Fortführung des KB einzutreten. Sie blieben unbeachtet

Noch vor Ablauf der dafür vorgesehenen Zeit war die "Diskussion" beendet, weil es keine Wortmeldungen mehr gab. Ein erleichtertes Aufatmen schien durch den Saal zu gehen, als dann endlich abgestimmt werden durfte. Ein Grund für die relative Höflichkeit und die absolute Unverbindlichkeit der politischen Nicht-Debatte lag wohl darin, daß mann noch ins (Zeitungs-) Geschäft kommen wollte. Mir reicht diese Erklärung aber nicht. Ich möchte wissen:

* Gibt es für linke Gruppen in schwierigen Diskussionen nur die Alternative "Holzen und Fertigmachen" oder "Mundhalten und Ducken"

* Warum weigern sich gestandene KommunistInnen so massiv, ihre eigenen Anteile an der Geschichte, den Erfolgen und den Fehlern "ihres" Kollektivs zu erkunden und zu diskutieren ?

Die Abstimmung entsprach der Nicht-Debatte. Der Antrag "Wir lösen den KB auf" wurde bei 42 Ja- und 11 Nein-Stimmen von 103 kommunistischen Enthaltungen abgeschmettert. Wieder einmal weigerte sich ein deutsches kommunistisches Kollektiv, wenigstens für den von ihm gestalteten Teil der eigenen Geschichte Verantwortung zu übernehmen. Stattdessen also: "Der KB ist aufgelöst." Das ist nun mal Fakt, irgendwie, seit längerem, sorry, wir haben damit nichts zu tun. Das linke Trüffelschwein KB ist ein letztes Mal fündig geworden und hat dabei entdeckt: der Zeitgeist ist mein Schlachter. Aber darüber an anderem Orte mehr.

Vorerst möchte ich hier noch einmal (leicht überarbeitet) die zwei kurzen Überlegungen vorstellen, die ich ganz zu Beginn von TOP 1 dem Kongreß vorgetragen habe, damals ohne Resonanz. Aber das muß in der Minderheit ja nicht fortgesetzt werden.

MEt zwei Überlegungen möchte ich die Diskussion zum TOP 1 auf unserem Kongreß einleiten und ihren Sinn begründen.

I.
Ich weiß, daß es manchen Unwillen und manche Hoffnungslosigkeit gibt in Bezug auf unsere Fähigkeit, miteinander zu reden. Das ist verständlich im Kontext der bundesdeutschen und unserer eigenen linken Organisationsgeschichte, in der Auseinandersetzungen, Abspaltungen und Auflösungen immer verbunden waren und sind mit persönlichen Diffamierungen. Fast läßt sich die Regel aufstellen, daß Denunzierungen, Ab- und Ausgrenzungen umso heftiger waren, je intensiver zuvor die Zusammenarbeit.

Verschiedentlich wurden in den letzten Monaten unsere KB-Schwierigkeiten mit dem "Scheitern" einer Ehe verglichen. Ich habe damit keine unmittelbaren Erfahrungen, bin aber doch darüber erstaunt, daß anders als beim Scheitern einer Ehe im KB erkennbar kein Mensch über das Ende des KB trauert oder froh ist, und/oder wütend, jedenfalls Gefühle zeigt. Es wird, ausgenommen die Frage nach unserer finanziellen Mitverantwortung für die bezahlten GenossInnen, nicht einmal das Problem benannt, daß mit dem KB viele persönliche Hoffnungen, Erwartungen, Enttäuschungen und Verbitterungen verbunden waren und sind, im übrigen nicht nur heute und hier. Ich treffe in Hamburg immer wieder auf Leute, die beim Stichwort KB höchst emotional reagieren. Für manche und manchen war und ist ihre und seine Trennung vom KB mit einer Lebenskrise verbunden. Warum wurde und wird darüber nicht gesprochen?

Der KB ist m.E. als politisches Kollektiv auch daran gescheitert, daß wir in ihm kein Verständnis für den Zusammenhang von individiuellem Leben und Erleben (Gefühlen) einerseits und der politischen Situation der Gesellschaft und der Linken in ihr andererseits erarbeitet haben. So erkläre ich mir, daß in der gegenwärtigen strategischen Krise der Linken, die ein stabiles und revolutionäres Kollektiv (wie es der KB sein könnte) besonders notwendig und wünschenswert macht, der KB u.a. auch an unserer Ungeübtheit, ernste Konflikte miteinder zu gestalten, auseinanderbricht. Also: auseinandergebrochen wird.

Wir können dies Problem, das in unserer Theorie immer und in unserer Praxis fast immer 20 Jahre lang von fast allen Beteiligten mißachtet und verdrängt wurde, heute nicht klären, nicht einmal in seinen Konturen erfassen.
Ich plädiere aber dafür, es in der folgenden Diskussion mitzubedenken. Wie weit oder wie wenig das gewollt wird - von Gelingen will ich gar nicht sprechen -, entscheidet mit über unsere Kompetenz zu linker Politik.

II.

Es ist schon merkwürdig, wenn die 20jährige Geschichte des KB ausgerechnet an einem Tag beendet wird, an dem Jahr für Jahr von deutschen Nazis feierlich daran erinnert wird, daß Hitler nicht am Ende ist. Nun, Hitler ist tot. Aber: Es leben noch viele Opfer des Faschismus, und mehr noch seine Protagonisten und Profiteure, MitläuferInnen und MittäterInnen. Es gibt eine kontinuität in der deutschen Geschichte, die mit dem Hitler-Faschismus nicht begann und seiner Niederlage nicht endete, sondern sich auf vielfältige, allerdings noch immer nicht ganz begriffene Weise bis in unsere Gegenwart und Zukunft zielt.

Diese Erkenntnis, diese Ahnung und dieses Wissen war eine wesentliche Motivation für Gründung und Engagement des KB. Viele hundert Menschen, in den sogenannten besten Jahren tausende, haben sich um Analyse, Deutung, und politische Antworten auf Faschismus, und Faschisierung bemüht. Mehr als jede andere Gruppierung der neuen Linken und -m.E. auch der alten - war der KB ein Ort dieser Anstrengung. Das war und ist nachzulsen im ak, ehemals Arbeiterkampf. Und das wäre zu berichten und erinnern aus vielen persönlichen und kollektiven Erfahrungen.

Und doch sind wir jetzt als politisches kollektiv KB an dieser Kontinuität deutscher Großmachtpolitik gescheitert. Letztendlich sind wir überrascht worden von der gefräßigen Kraft des deutschen Imperialismus, der eben das vollzieht, wovor wir vor Jahren gewarnt haben. Die deutsche Gesellschaft, ob Arbeiterklasse oder Bourgeosisie oder die vielanalysierten Mittelschichten, sind aktive Beteiligte dieses Geschehens.

Jetzt, wo die analytische Fähigkeit unseres Kollektivs KB sich bitter erweist, ist dieses Kollektiv am Ende. Ich finde das nicht nur bedauerlich, sondern halte diese Niederlage für gravierend. Sie war allerdings absehbar. Und sie ist wesentlich selbstverursacht. Ich vermute, daß wir an einer typisch deutschen Geschichte gescheitert sind, weil wir uns mit ihr nicht ernsthaft und tiefgehend auseinandergesetzt haben.

Auschwitz und Bitburg, Bergen-Belsen und Berlin sind die Orte dieser Geschichte, die auch als unsere eigene zu verstehen wir uns im Kollektiv KB geweigert haben. Eine Debatte über das und zum Ende des KB muß sich dem stellen.

Ulli K.

AK-Statistik — Die Produktion in Zahlen

Die Erstellung dieser Zeitung ist für die meisten Genossinnen eine „Black Box". Daher hier eine Zusammenstellung der derzeit anfallenden Arbeitszeiten in der Produktion. Bei den angegebenen Arbeitszeiten handelt es sich um statistische Durchschnittswerte (es sind diverse ak-Ausgaben ausgewertet worden) bei denen berücksichtig werden muß, daß die Arbeit z.T. von Freiwilligen gemacht wird. Der Arbeitsaufwand der Redakteure ist nicht berücksichtigt.

1.) Texterfassung*	=	200	Min. pro	AK-Seite x	12 Seiten	= 40 Stunden
2.) Diskettenbearbeitung*	=	60	Min. pro	AK-Seite x	28 Seiten	= 28 Stunden
3.) Korrekturlesen	=	90	Min. pro	AK-Seite x	40 Seiten	= 60 Stunden
4.) Endkorrekur	=	15	Min. pro	AK-Seite x	40 Seiten	= 10 Stunden
5.) Belichtung	=	15	Min. pro	AK-Seite x	40 Seiten	= 10 Stunden
6.) Vorbereitung und Ausmessen der Satzfahnen für das Layout						
7.) Vorbereitung von Fotos und Layoutmaterial						= 12 Stunden
8.) Fotos und sonstige Repro-Arbeiten						= 12 Stunden
9.) Erstellung und Korrektur der Überschriften						= 8 Stunden
10.) Satzarbeiten für Titelseite, Bildunterschriften und Endkorrekturen**						= 4 Stunden
11.) Endkontrolle der Seiten	=	15	Min. pro	AK-Seite x	40 Seiten	= 20 Stunden
						= 10 Stunden
						= 254 Stunden

Die Zahlen basieren auf einem 40-Seiten-AK, zu einigen Punkten hier noch einige Erläuterungen:

*) Die unter 1.) und 2.) angegebene Differenz der Seitenzahlen ergibt sich daraus, daß derzeit ca. 2/3 der Artikel bereits als Disketteninhalte eingehen.

**) Der relativ hohe Zeitaufwand ergibt sich aus den derzeitigen Produktionsverhältnissen (Drucktermin etc.). Wenn diese Arbeit nach dem fertigen Layout erfolgen könnte, reduziert sich der Aufwand auf ca. 8 Stunden.

Renate, 19.4.91.

Nach dem 4. Kongreß

Zwischenbericht über unsere Schritte und den Stand der Verhandlungen

Liebe Genossinnen,

in der Frage der Verhandlungsmodalitäten Mehrheit-Minderheit hat sich die Verhandlungsdelegation (anwesend waren: Norbert, g., Klaus und max.) am 24. 4. auf die folgende Konzeption verständigt:
Abgelehnt wurde das Konzept einer 40% Beteiligung am HSV, da wir in diesem Fall bestenfalls als stille Gesellschafter fungieren würden und das finanzielle Risiko der HSV-Politik mittragen müßten, ohne real darauf Einfluß nehmen zu können.
Präferiert wurde hingegen eine Konstruktion, bei der das Verhältnis Herausgeber-Verlag wie folgt definiert ist:
Die Herausgeber formieren sich entweder als Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder als eingetragener Verein. Sie verwalten die Erlöse des AK, stellen die RedakteurInnen beider Strömungen ein und beauftragen den HSV mit der Aufgabe, den AK zu produzieren, zu vertreiben und in Absprache die Werbung zu betreiben. Steuerrechtlich erscheint die Einstellung der RedakteurInnen unproblematisch, da der AK keinen Gewinn abwirft, sondern von Zuschüssen lebt. Für jede Redaktionsstelle ist von der jeweiligen Strömung eine Rücklage von DM 10000.- zurückzulegen. Der Verlag nutzt seine personellen Kapazitäten sowie die Anlagen (deren Anteile für die Minderheit in geeigneter Weise abzugelten sind) eigenverantwortlich. Es wird unter Berücksichtigung der von beiden Strömungen zu erbringenden, unbezahlten Arbeitsschichten ein Festpreis für die AK-Erstellung angestrebt, welcher dem HSV monatlich erstattet wird. Weitere Regelungen (treuhänderische Verwaltung der Abo-Gelder etc.) sind denkbar. Die Herausgeber (sprich: Redaktion) bleiben als Untermieter des HSV im Schulterblatt.
In dem Vertrag zwischen Herausgeber und dem HSV sind aus unserer Sicht die folgenden Punkte zu berücksichtigen:
- Die Rechte hinsichtlich des AK-Erscheinens, der Art seines Erscheinens (Preisgestaltung, Seitenzahl, Präsentation) liegen bei den Herausgebern;
- über den Stand des Vertriebes, der Abo-Entwicklung etc. werden Aufstellungen angefertigt;
- im Fall der Beendigung des Dach-AK werden die den AK betreffenden Verlagsteile (Abo-Kartei etc.) an beide Herausgeber weitergegeben;
- die redaktionelle und finanzielle Verantwortung liegt bei den Herausgebern.

Über das spezifische Herausgeberkonstrukt soll gemeinsam mit dem derzeitigen Steuerberater des alten KB konferiert werden. Der Unterschied zwischen einem Gesellschaftervertrag und einer Vereinsgründung besteht darin, daß im letztgenannten Fall eine Personengruppe den Verein zu gründen hat, der in ein Register eingetragen wird. Falls ihm eine wirtschaftliche Tätigkeit erfolgreich nachgesagt werden könnte, würde er eine behördliche Genehmigung brauchen. Im Schadensfall haftet der Verein mit seinem Vermögen.
Eine BGB-Gesellschaft (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) ist formal unkomplizierter. Ein beliebiger "Herausgeberkreis AK" o.ä. bräuchte untereinander lediglich zwischen zwei oder beliebig vielen Personen einen Gesellschaftervertrag aufzusetzen. (Org.-Namen könnten in Klammern dem Namen zugefügt werden.) Der Nachteil ist die Haftung, für die die namentlich genannten GesellschafterInnen aufzukommen hätten.

Soweit zu den Vorstellungen, die wir uns gemacht hatten.
Nun der Bericht über die gemeinsame Kommissionssitzung vom 26. 4. 91., an der teilgenommen hatten: g., nor., Olaf, max.(für unsere Seite), sowie Georg, Rem. und he. für die Mehrheit. Punkt 1 (Vermögensaufteilung) erspare ich mir hier. In Sachen Dach-AK waren binnen kürzester Frist die Gräben mal wieder so tief, wie es tiefer kaum möglich scheint. Zu unseren Vorstellungen, die wir am Vortag he. bereits mitgeteilt hatten, erklärte he., daß die Kongreß-Resolution für sie die Grundlage sei. Diese aber besage, daß die geschäftliche Seite in den Händen des HSV verbleibe, d.h. die Erlöse aus dem AK in den Verlag zurückfließen und über deren Verwendung mit den Herausgebern eine Vereinbarung zu treffen sei.
Auf unser sehr erstauntes Nachfragen stellte sich heraus, daß nach dieser Vorstellung die Herausgeber in Form der gemeinsamen Finanzkommission lediglich das Spendenkonto verwalten sollten, während die regulären AK-Einnahmen vom Verlag kassiert und verwaltet werden. Ebendies sei mit der vom Kongreß beschlossenen Formel, wonach der AK gemeinsam herausgegeben, im HSV jedoch erscheinen, d.h. verlegt werden solle, gemeint.
Unser Vorschlag sei lediglich eine Neuauflage unseres alten Anliegens (Herstellung und Vertrieb in gemeinsamer Verantwortung) und vom mehrheitlichen Kongreßbeschluß nicht gedeckt, da dann die Herausgebergesellschaft beides: Die Herausgabe und die Verlegung der Zeitung übernehmen sollte.
Wir waren über diese Auslegung des Kongreßbeschlusses überrascht und empört. Es kam uns vor, als sei hinter dem das alte Konzept: Die Mehrheit macht den AK und gestattet der Minderheit gegen ein Entgelt von 2.500.- DM pro Monat die redaktionelle Mitarbeit - durch den ergänzten Satz der gemeinsamen Herausgabe lediglich kosmetisch modifiziert, da alle Finanzhoheit beim Verlag, d.h. der Mehrheit verbleibt und den Herausgebern Null Finanzkompetenz zugebilligt wird. Während wir die Ausgaben des AK mit einem monatlichen Festbetrag zu decken haben, sollen die Einnahmen allein an den Verlag gehen und dort verbleiben.
Nirgendwo steht geschrieben, daß der Verleger eines Produktes zugleich und gegenüber den Herausgebern die Finanzhoheit besitzt, nirgenwo ist andererseits festgeschrieben (bedauerlicherweise), daß diese der Herausgeber haben muß. Mit anderen Worten: es ist eine ausschließlich politische Frage. Und da waren wir schon sehr unangenehm überrascht, daß entgegen des zuletzt auf dem Kongreß erweckten Eindruckes seitens der Mehrheit die 60%-Mehrheit nicht nur wie eine 2/3-Mehrheit behandeltwerden soll, sondern zugleich die weitestmögliche Interpretation des Satzes "erscheint im HSV" nun den Verhandlungen zugrunde gelegt werden soll.
Wir haben darauf hingewiesen, daß sie durch unser Zugeständnis, die Produktion und den Vertrieb im kommenden Jahr im HSV zu belassen, ohnehin strukturell im Vorteil seien (denn auch die beiden Herausgebergruppen haben konsensual zu agieren, d.h. sie haben de facto ein doppeltes Vetorecht), und daß eine Beschränkung der gemeinsamen Finanzkommission auf die Verwaltung der Spenden aus unserer Sicht nicht in Frage kommt.
In der kommenden Woche will die Mehrheit über diese Situation eine Beratung zustandebringen. Anschließend soll erneut getagt werden. Wir haben dies notiert, um Euch auf dem Laufenden zu halten und die Möglichkeit einer Intervention gegen unsere Verhandlunglinie zu belassen. Bitte meldet Euch rasch, falls es Bedenken, Anregungen oder Kritik geben sollte.

i.A., max., 27. 4. 91

taz
AB4
S1

Frankfurter K-Gruppe tritt nach Streit aus

Frankfurt (taz) — Auf Sturm werden die Zeichen beim Bundeskongreß des mittlerweile auf rund 400 Mitglieder geschrumpften Kommunistischen Bundes (KB) am Wochenende in Hamburg stehen. In einem fünfseitigen Papier teilte gestern die Frankfurter Gruppe der Organisation nach „zwanzigjähriger Mitgliedschaft" ihren Austritt mit. Letzter Anlaß zu diesem Schritt waren Kontroversen über die Position zum Golfkrieg, u.a. ein Flugblatt der Frankfurter unter dem Titel „Schluß mit dem irakischen Raketenterror gegen Israel". Sie hätten sich, sodie Ausgetretenen, danachdie Frage gefallen lassen müssen, ob sie „ins Lager der imperialistischen Kriegstreiber übergelaufen seien". Dieser Streit habe letztendlich einen seit 1983bestehenden Konflikt fortgesetzt. Dabeihabesichein „Minderheitenflügel" gegen undifferenzierte Positionen zur Rolle Israels im Nahost-Konflikt gewehrt.

protokoll von der verhandlungskomission vom 2.5.91

anwesend: kl,nor,max,ol (k-gruppe);
he,renate,martin,robert (b-gruppe).
Nachdem am 26.4. die verhandlungen wiedermal festgefahren waren, legte die b-gruppe diesmal ein papier vor in dem sie versuchen gemeinsamkeiten und differenzen zu benennen (siehe anlage). Sie gehen darin zum teil auf unsere bedenken ein, betonten aber nochmals, kein mandat für ein weiteres eingehen auf uns zu haben. Die im folgenden diskutierte kompromißlösung bedarf deshalb der zustimmung einer b-gruppen versammlung, die in drei wochen stattfindet. Als denkbarer kompromiß wurde folgendes modell diskutiert:

Es wird ein herausgabekreis gegründet, als eingetragener verein oder als bgb-gesellschaft (gesellschaft burgerlichen rechts). Die b-gruppe favorisiert ein vereinsmodell, da dieser eventuell als gemeinnutzig anerkannt werden kann. Es deutet sich damit der wunsch an moglicherweise den herausgabeverein mit einem ak-forderverein a la Hans Hermann zu verknüpfen.

Dieser herausgabekreis wird paritatisch besetzt. Es sollten die finanzverantwortlichen, zumindest teile der redaktion und weitere politisch verantwortliche personen der beiden gruppen vertreten sein. Ob und wie sich eine mogliche offnung des ak für andere gruppen auf den herausgabekreis auswirkt wurde nicht geklart.

Dieser **herausgabekreis besitzt den ak vollständig.** Das heißt nicht nur den titel, sondern auch die gesamten ak erlose (abo- und verkaufsgelder, werbeeinnahmen) und spenden, sowie das alleinige recht über erscheinungsweise, prasentation, preis, umfang, redaktionsbesetzung,... zu bestimmen.

Der herausgabekreis tritt dem verlag (HSV) als auftraggeber gegenuber. Er beauftragt den verlag mit der technischen erstellung, dem vertrieb (incl. inkassogeschaft = geld kassiern) und der werbung und mietet zwei redaktionsraume beim verlag. Für diese leistungen wird ein >**festpreis**< vereinbart, auf der basis der derzeitigen kosten. Dieser preis wird annand der tatsachlich entstehenden kosten überprüft und gegebenenfalls korrigiert. Die ak erlose werden also weiterhin auf einem verlagskonto eingenen, von diesem jedoch >**treuhänderisch**< für den herausgabekreis verwaltet, der ein **jederzeitiges einsichtsrecht in die buchhaltung** erhalt.

> An dieser stelle entwickelte sich eine längere diskussion darum, ob es für den ak ein eigenes bankkonto geben soll, oder ob ein buchhalterisches konto reicht. Für ein bankkonto spricht die eindeutige trennung, dagegen das zu erwartende chaos bei der umstellung. Für ein buchhaltungskonto spricht die problemlose umstellung, dagegen das mißtrauen, mit unsauberer buchführung übers ohr gehaun zu werden. Da die verlagsbuchhaltung der steuerprüfung standhalten muß, entspricht die sicherheit für uns allerdings in etwa der eines bankkontos.

In einem festgelegten zeitraum, im gespräch war vierteljährlich, wird eine abrechnung uber die finanzentwicklung und eine bericht uber die auflagen-/verkaufsentwicklung gegeben. Die vorgelegte kostenkalkulation ist an einigen punkten noch zu wenig aufgeschlusselt und muß noch weiter diskutiert werden. He. will eine genauere aufschlüsselung vorlegen.

Die anstellung der redakteurInnen der b-gruppe erfolgt in jedem fall uber den verlag, mit dem argument, daß die lohnbuchhaltung

so gunstiger wahre. Der k-gruppe ist es freigestellt, ihre redakteurInnen ebenfalls uber den verlag, entsprechend arbeitsvertraglich vor kundigung,... abgesichert anzustellen, oder über den herausgabekreis; dann mußte dieser ein steuerberatungsburo mit der lohnbuchhaltung beauftragen (wie es der verlag auch macht).

Es wird ein redaktionsstatut erarbeitet. Einigkeit besteht daruber, daß dieses statut beiden seiten freie entscheidung bei der besetzung ihres redaktionsteils sichern muß und die zustandigkeit für gesamtgestaltung (seitenaufteilung,...) und titelseite gleichmäßig aufgeteilt wird. Eine langere diskussion entfaltete sich an der frage, wie einerseits ein redaktioneller hickhack vermieden werden kann, andererseits aber das gesamt erscheinungsbild gemeinsam diskutier- und bestimmbar bleibt / wird. Dazu hat es keine eindeutige einigung gegeben wohl aber eine tendenz fur eine einvernehliche losung: Der unmittelbare streit zwischen den beiden herausgebenden seiten wird auf maximal je zwei seiten im ak begrenzt. Damit soll verhindert werden, daß wir unsere leserInnen mit internas nerven. Die >linke debatte< im weiteren sinne wird wie in unserem dach-ak antrag auf 20% begrenzt, die im streitfall paritatisch aufgeteilt werden, und im einvernehmen erweitert werden konnen. Damit soll gesichert werden, daß im falle von unterschiedlicher einschatzung bzw. gewichtung von positionen anderer linker gruppen und personen die entsprechenden positionen genugend platz haben. Für den übrigen teil (berichte, kommentare, analysen zum aktuellen zeitgeschehen) gilt im streitfall, daß zwei positionen veroffentlicht werden konnen, wobei der abdruck eines umstrittenen artikels nicht vom vorliegen eines gegenartikels abhangig ist. Damit soll die redaktionelle gestaltungsfreiheit der beiden gruppen bzw. der einzelnen redakteurInnen gesichert werden. Nicht formal regelbar, aber dennoch wichtig ist, daß sich gegenseitig uber artikelprojekte informiert wird.

Bezüglich der ak arbeit wies die b-gruppe darauf hin, daß zusatzlich zu den zwei bezahlten redaktionsstellen noch mindestens je eine weitere stelle pro seite in der ak-woche notig ist. Ihrerseits sei dies ubererfüllt. Wenn wir dies nicht entsprechend schaffen wurden, musse man uns zusatzliche kosten berechnen. Abwechselnd tatige freiwillige wurden sie in diesem sinne nicht akzeptieren. Darüber mussen wir wohl noch am konkreten fall mit der b-gruppe streiten.

Um die frage verein oder bgb-gesellschaft zu klaren wurde martin (b-gruppe) damit beauftragt eine vereinssatzung zu entwerfen und nor. (k-gruppe) damit beauftragt einen gesellschafter vertrag zu entwerfen. Auf der grundlage beider vorschläge soll dann entschieden werden.

Eine kleine auseinandersetzung entwickelte sich um die unterzeile des ak. Max vorschlag >komunistische zeitung< zu schreiben wurde von der b-gruppe abgelehnt. Für die zeit des übergangs wurde vereinbart die zeile ganz wegzulassen und ins impressum >zeitung gegrundet vom kb< zu schreiben. Für den gemeinsamen ak ab august muß eine unterzeile gefunden und ein editorial erstellt werden.

Die fragen der weiteren finanziellen trennung wurden nicht weiter behandelt und stehen auf der nachsten sitzung zur debatte.

hamburg, 3.5.91 ol

VORLAGE DER B-GRUPPE

Zu Stand der Kommissionsdiskussion und der Verhandlungen (Mehrheit)

Auf der Sitzung der Kommission am 1.5.91 wurden folgende Punkte bezüglich der Herausgeberschaft festgehalten, die sich mit den Minderheitenvorschlägen zum großen Teil decken.

1. Es wird ein Herausgeberverein gebildet. Dieser allein hat die Rechte für die Herausgabe des AK, seiner Erscheinungsweise, seiner Präsentation, des Preises. Ein solcher Verein wäre paritätisch zu besetzen. Dieser Verein tritt der HSV-Koop. als Auftraggeber gegenüber.

Strittig zwischen Mehrheit und Minderheit ist bisher, ob diese Auftragsvergabe den gesamten geschäftlichen und Produktionsablauf beinhaltet(Mehrheit) oder ob eine neuer Verlag gegründet wird, der Satz- und Vertriebsaufträge erteilt. Der Herausgeberverein bestellt die Redakteure, die von den beiden Strömungen gewählt werden.

Noch nicht geklärt ist, ob die RedakteurInnen zustimmungspflichtig sind. "Im Geiste" des Kongresses gehen wir davon aus, daß die erste Riege von den Strömungen gewählt wird und die jeweils andere Seite kein Einspruchs- bzw. Vetorecht hat. Wie sieht dies jedoch bei möglichen veränderungen aus? Nicht geklärt ist bisher, ob der Verein erweiterbar ist und wenn ja, wie dies geschehen könnte. Die Mehrheit hat grundsätzlich im Sinne ihres Antrages ein Interesse daran. Der Verlag gibt in einem festzulegendem Zeitraum einen Bericht über die finanzielle und Auflagenentwicklung des AK. Über Veränderungen, die sich daraus ergeben(Anhebung von Zuschüssen, Verwendung von "Überschüssen" gegenüber der bisherigen Rechnung) hat die Herausgeberversammlung zu entscheiden.

2. Redaktionsstatut: Es muß ein Redaktionsstatut entworfen werden, in dem folgende Punkte festgehalten werden:

- Die Redakteure sind auf Vorschlag der Strömungen durch die Herausgeberversammlung zu bestellen. Es reichen 50% der Stimmen.
- Es muß den Redakteuren ein weitestgehendes Recht auf Publikation eingeräumt werden. Von den Redakteuren ausgearbeitete Texte bzw. von ihnen in "ihrem Ressort" abgesprochene texte sollten in der Regel abgedruckt werde.
- Die in den Anträgen von Mehrheit und Minderheit angesprochenen Debattenseiten gelten für Beiträge aus den Strömungen, nicht aber, oder nur in ausgewiesenen Fällen, für die Redakteure.
- Jede Seite bestimmt eineN verantwortlicheN RedakteurIn, die für die Gesamtgestaltung der Zeitung und die Titelseite zuständig sind.

Wahlweise könnten wir einführen: Konsenspflicht oder abwechselnde Verantwortlichkeit

3. Keine Einigung hat es bisher über die Frage gegeben, ob die HSV-Koop. wie ein beliebiger Fremdbetrieb behandelt wird, der in Auftragsvergabe die Produktion und den Vertrieb übernimmt, oder ob sie als Teil des Konstrukts anzusehen ist (wie von der Mehrheit durch die Formulierung: ... bleibt in seinen bisherigen Strukturen bestehen ... beabsichtigt). Im folgenden gehen wir auf das Konstrukt der Minderheit ein und legen eine Kostenrechnung nach dem ISTZUSTAND vor. Die Frage ist, ob dieser als Grundlage akzeptiert würde:

Erlöse AK
Werbung

Satz, Repro
Buchh./Vertrieb
Druckkosten AK
Fotohonorare
Verpackungsmaterial
Transport AK
Porto AK
Postzeitungsgut

Miete, Heizung, Stro
Instandh. Räume

Versicherungen
Porto
Telefon
Bürobedarf
Zeitschriften
Maschinenmiete
Sonderkosten

Gehälter
Frw. soz. Aufwend.

[redacted]

Zu diesen Zahlen sind folgende Anmerkungen zu machen:

1. Die Satz- und Reprokosten werden nach der jetzt anfallenden Arbeit innerhalb des technischen Betriebs berechnet. Über Änderungen der Produktionsweise kann jederzeit gerdet werden, nur muß bei einem solchem Modell jedem klar sein, daß die bisherige Praxis, die Arbeit *unentgeldlich* auf die Technik zu schieben nicht mehr möglich ist.

2. Für Buchhaltung und Vertrieb (incl. Inkassogeschäft) wird noch ein Angebot eingeholt, was dies außerhalb kosten würde.

3. Der Mietanteil würde sich aus mindestens 2 Redaktionsräumen, Anteil Lager, Mitbenutzung Layout, allgemeine Beteiligung zusammmensetzen.

4. Telefon, Porto u.ä. kann selbstverständlich nach Verbrauch abgerechnet werden. Es ist allerdings eine gewisse Grundgebühr für die technische Einrichtung zu tragen (unter Maschinenmiete)

5. Es ist darauf hinzuweisen, daß in der Vorlage für die Kommission davon die Rede war, daß für die Aufrechterhaltung des AK 4 VollzeitredakteurInnen gebraucht werden. Dies ist nach dem bisherigen Modell nicht eingehalten bzw. nur von der Mehrheit. Es müssen deshalb gegebenenfalls Kosten für den verlag gerechnet werden.

Der Dach-AK und die Minderheit - Anmerkungen zu einer nie geführten Diskussion nebst einigen Vorschlägen

Anmerkung: Das folgende Papier ist zunächst ein Beitrag zur Westberliner Diskussion über das Verhältnis Minderheit/Dach-AK. Die darin enthaltenen Kernaussagen wurden vom Verfasser bereits mündlich auf einem Treffen der Westberliner "Redaktionsgruppe" vorgetragen, wo sie überwiegend auf Zustimmung stießen. Darüberhinaus sind diese Überlegungen an die gesamte Minderheit adressiert, denn sie haben beileibe kein westberliner Lokalspezifikum zum Gegenstand.

Keine Frage: daß manch einer gereizt aufstöhnen und die Forderung aufstellen mag, endlich die Ärmel aufzukrempeln, anzupacken und mit der Zeitungsarbeit zu beginnen, wenn, wie jüngst (auf einer westberliner VV, Anm.), das Thema Minderheit und Dach-AK erneut auf den Tisch gepackt wird, ist verständlich - aber nichts wäre falscher. Denn: was die Minderheit als politische Gruppe künftig zu tun gedenkt, welche politische Bedeutung für sie der Dach-AK (auch im folgenden immer vorausgesetzt, es wird ihn geben) hat, wieviel Arbeit sie hineinzuinvestieren gedenkt etc. - diese Fragen sind keineswegs geklärt, und das liegt schlichtweg daran, daß sie innerhalb des letzten halben Jahres nie ernsthaft diskutiert wurden, weshalb die "Debatte" um den Dach-AK keine richtige war.

Erinern wir uns: entstanden war die Idee eines Dach-AK's als Reaktion auf die Veröffentlichung der Mehrheits-Geheimpapiere, worin die organisatorische und vor allem publizistische Trennung von der Minderheit gefordert wurde. Das Konzept "zwei Organisationen geben gemeinsam eine Zeitung heraus" stieß in der Minderheit überwiegend auf Zustimmung bis wohlwollende Duldung und dementsprechend - je nach Intensität der Zustimmung - fielen die Begründungen dafür aus.

Die wichtigsten Argumente, soweit erinnerlich, lauteten: der AK versammele sozusagen geballte Fachkompetenz, die nicht leichtfertig preisgegeben werden dürfe; gerade die Gegensätzlichkeit der Positionen, die besonders seit dem KB-Streit ihren Ausdruck im AK finde, erhöhe den Gebrauchswert der Zeitung und mache sie für die Linke attraktiv; in Zeiten krisenhafter Umbrüche wie den jetzigen, wo kein Linker für sich beanspruchen könne, die "richtige Linie" zu vertreten, sei ein Dach-AK ein positives Experiment, ja eine Chance, weil eine solche Zeitung ein Terrain für das Austragen von Kontroversen darstelle.

Relative Einigkeit bestand in der Minderheit darin, den Dach-AK als politisches Projekt bzw. als strategische Option anzugehen. In seltsamem Mißverhältnis zu diesen Bekundungen stand das weitgehende Unterbleiben einer Diskussion darüber, in welcher Art und Weise man konkret auf eine solche Zeitung politisch Einfluß zu nehmen gedenkt bzw., zeitökonomisch, wieviel Arbeit man überhaupt in den Dach-AK stecken will und wie sich diese Arbeit wiederum auf die Organisation Minderheit auswirkt, vorausgesetzt, sie soll mehr sein als ein bloßer AK-Zuarbeits-Verein. (Das recht aufgeregte Diskutieren nach dem Hamburger Minderheitstreffen vom vergangenen März widerspricht dem nicht, sondern war Ausdruck und Konsequenz der bisherigen Verlaufsform der Diskussion, denn - Hand aufs Herz -: kollektive Selbstverpflichtungserklärungen ersetzen keine politische Diskussion.)

Nach dem KB-Abschiedskongreß stellt sich nun in der Tat die Frage nach dem Sinn des Dach-AK's für die Minderheit neu bzw., in Anbetracht der bislang so seltsam verlaufenen "Diskussion", sie stellt sich überhaupt erst ernsthaft, hat der Kongreß doch - so die hier vertretene Einschätzung - selbst noch die bescheidensten Hoffnungen und Ambitionen bezüglich des Dach-Ak's vollständig blamiert. Was jeder irgendwie sowieso wußte - die Redner der Mehrheit (erinert sei besonders an die Beiträge von he., mar., K.(HH) und Al.(Nbg.) in Entgegnung auf jw.) haben es nochmal in aller Verwaschenheit und deshalb besonders deutlich formuliert: daß politisch-theoretische Diskussionen, zumal im Dach-AK, sie einen feuchten Kehricht interessieren. Der Versuch, so darf gefolgert werden, von Seiten der Minderheit via Dach-AK mit der Mehrheit eine Kontroverse zu führen, brächte genausoviel, wie wenn man mit einer Zentralheizung ein intellektuell anregendes Gespräch führen wollte - nämlich gar nichts, außer daß man sich selbst zum Narren macht. Gezeigt wurde ferner noch einmal, daß die Mehrheit sich im Grunde als "Nicht-Minderheit" bezeichnen müßte, denn einig ist sie sich einzig und allein in ihrer Ablehnung der politischen Option der Minderheit - ansonsten stellt sie einen völlig heterogenen Haufen dar, der gerade deshalb als ein dieser seiner Verfaßtheit adäquates Projekt eine links-pluralistische Zeitschrift anstrebt. Nur weil für dieses nie fallengelassene Projekt momentan noch die entsprechenden Bündnispartner fehlen, ist die Mehrheit gezwungen, eine taktische Allianz mit der Minderheit einzugehen, weshalb der Dach-AK ein Projekt auf Widerruf ist.

An dieser Stelle soll nun dafür plädiert werden, daß die Minderheit den Dach-AK als politisches Projekt bzw. als strategische Option unmißverständlich für erledigt erklärt. Die Gründe:

1) Wie bereits ausgeführt, ist der Dach-AK ein Kompromißprodukt, worauf die Mehrheit sich nicht einlassen will, sondern mangels Alternative einlassen muß.
Abgesehen davon, daß sie deshalb, was die rechtlichen und organisatorischen Seiten der Zeitung betrifft, nur zögerlich zu Zugeständnissen bereit ist, hatten auch sämtliche Diskussionen in der Minderheit zu diesem Punkt zum Ergebnis, daß eine 100%ige Absicherung dagegen, als Minderheit "rausgekantet" zu werden, nicht zu erreichen sein wird. Unterstellt, dies wäre irgendwann einmal der Fall, vorausgesetzt ferner, die Minderheit hängt sich auf Gedeih und Verderb an den Dach-AK als "ihr" Projekt - dann wäre das für die Minderheit ein Desaster, von dem sie sich nicht mehr erholen würde.

2) Selbst wenn man das unter 1) gesagte für übertrieben hält, wäre eine auch nur sehr weitgehende Konzentration unserer Kräfte auf den Dach-AK fatal. Bekanntlich ist die Minderheit nicht zuletzt einmal mit dem Anspruch angetereten, mit der KB-typischen unmittelbarkeitsfixierten, der Konjunktur des gerade mal wieder Aktuellen hinterherhechelnden Politik brechen zu wollen. Dieser bislang kaum eingelöste Anspruch bedeutet nichts anderes als eine Anweisung auf noch zu führende theoretische Debatten (Kritik der bestehenden Verhältnisse, unserer eigenen Geschichte, unser Selbstverständnis etc.). Vorausgesetzt nun, die Minderheit investiert all ihre Arbeit in den Dach-AK, stünden solche Diskussionen, wenn sie denn überhaupt stattfinden würden, unter dem Diktat des selbstauferlegten, aber nicht minder wirksamen Sachzwanges, alle vier Wochen ein Produkt fertigstellen zu müssen. Die so bitter notwendige politisch-theoretische Qualifikation würde auf diesem Wege nicht forciert, sondern sysematisch blockiert, da sie dem Erscheinungsrythmus der Zeitung gehorchte und wieder einmal nicht der Logik der Sache.

3) Da die Mehrheit keinerlei Interesse an der politischen Auseinandersetzung mit der Minderheit hat, die Minderheit andererseits besseres zu tun hat, als in der Nachfolge der Alchimisten aus den substanzlosen Artikeln der Mehrheit Substanz zu gewinnen, um sich daran abzuarbeiten - deswegen wird der Dach-AK keine Zeitung sein, worin Streit und Polemik toben und die deshalb einen besonders hohen Gebrauchswert hätte, sondern, schlimmer noch als bisher, ein beispiellos pluralistisches Blatt: linksnationalistischer und rechtsopportunistischer Mehrheits-Murks wird eine friedliche Koexistenz führen mit den vielgerühmten Fakten-Artikeln und (hoffentlich) ambitionierten Beiträgen der Minderheit. Eingedenk dieses Kompromiß- und Krämerladencharakters des Dach-AK darf die Minderheit diese Zeitung nicht als "ihr Ding" bzw. "ihr Projekt" begreifen, woran sie mit all ihrem Herzblut hängt und das sie, was Profil, Ausrichtung etc. anbelangt, konstruktiv mitgestalten soll. Die Minderheitmuß darauf verzichten, sich als die ideelle Gesamt-AK-Redaktion aufzuführen und so zu tun, als wäre ihr Wirken in der Zeitung darauf ausgerichtet, selbstlos und verantwortungsbewußt Tradition, Erbe, den "guten Kern" des AK etc. zu bewahren und weiterzuführen. Das wäre selbstverleugnend und obendrein lächerlich.

Stattdessen soll hier dafür plädiert werden, hinsichtlich des Dach-AK mehr Nüchternheit und Kaltschnäuzigkeit zu entwickeln, d.h. unser Verhältnis zu dieser Zeitung als ein rein instrumentelles zu bestimmen. Das hieße in praktischer Konsequenz folgendes:

1) Man begreift die Erstellung der Artikel, die unter der Rubrik "aktuelles" zusammengefaßt werden können, nicht als unsere eigentliche Aufgabe, sondern als etwas, das bei jeder Nummer mal anfällt und jeweils erledigt wird. Darüberhinaus sollten wir uns an der Erstellung solcher Artikel nur insoweit beteiligen, als wir bestimmte Ereignisse, Entwicklungen etc. auch für objektiv wichtig erachten, was jeweils konkret zu diskutieren und entscheiden ist.

2) Die Minderheit konzentriert sich schwerpunktmäßig darauf, qualifizierte theoretische Diskussionen zu organisieren (die praktische Interventionen nicht ausschließen, sondern überhaupt erst ermöglichen, zu entscheiden, ob sie jeweils sinnvoll sind, wenn ja, mit welchem Ziel und in welcher Form). Zu denken wäre dabei an folgende Themen, die hier nur summarisch aufgezählt werden sollen: Nation und Nationalismus/ Antisemitismus und bürgerliche Gesellschaft/ Imperialismus - Antiimperialismus/ Neubewertung von Marktwirtschaft und Demokratie in der Linken/ Ideplogie der "Zivilgesellschaft"/ Was war denn der "reale Sozialismus" eigentlich?/ Kritik der Bewegungspolitik etc. Wie diese Diskussionen organisiert werden können, müßte im einzelnen noch festgelegt werden; denkbar wäre die Einrichtung von lokalen bzw. regionalen Arbeitsgruppen. Wünschenswert wäre ferner die Einbeziehung von Gruppen und Personen, die der radikalen Linken zuzurechnen sind, z.B. über die Veranstaltung von Jours fixes, Seminaren zu Themen wie den eben aufgeführten. Der Dach-AK wäre dann ein von der Minderheit bevorzugt benutztes Medium, um ihre Diskussionen bzw. Diskussionsergebnisse in die weiter gefaßte linke Öffentlichkeit zu vermitteln. Die AK-Arbeit hat sich also an unserer Aktivität als Organisation zu richten - im umgekehrten Falle würde die Minderheit über kurz oder lang genau das zu reproduzieren, wogegen sie sich einmal wandte, und die bange Frage würde sich stellen, warum wir uns von der Mehrheit getrennt haben.

cl.,Westberlin Mai 1991

auf WOZ (Schweiz) 3.5.91

Das Ende der letzten K-Gruppe

Nach fast zwanzigjährigem Bestehen löste sich am 20. April der westdeutsche «Kommunistische Bund» (KB) auf. Von aussen her gesehen hatte sich in letzter Zeit eine Minderheit der Gruppe nur noch mit der «Radikalen Linken» beschäftigt, eine Mehrheit nur noch mit der PDS. Gleichwohl kam nach wie vor monatlich das Markenzeichen des Bundes, seine Zeitung «ak» («Arbeiterkampf») heraus. – Die Bereitschaft, jetzt die radikalste Konsequenz aus dem politischen Auseinanderleben der Strömungen zu ziehen, dürfte einer der Gründe dafür sein, dass der KB seine ehemaligen Konkurrenten um fast zehn Jahre überlebt hat.

Im Gegensatz etwa zur KPD oder dem KWB hatte der KB nie den linken Selbstbetrug eines revolutionären Aufschwungs mitgemacht. Die GenossInnen konstatierten ganz im Gegenteil eine konservative, reaktionäre und in einzelnen Zügen auch faschistoide Konsolidierung der BRD-Gesellschaft. Dies bewahrte den Bund vor dem frommen Glauben, die proletarischen Massen würden in den kommenden Jahren die Macht erobern. Das Proletariat als Subjekt revolutionärer Entwicklung wurde zwar nie grundsätzlich in Frage gestellt, die politische Praxis der Gruppe jedoch nicht von der Wunschvorstellung bestimmt, dass das existierende Proletariat und seine Organisationen gegenwärtig eine vorantreibende Rolle in der Gesellschaft einnehmen könnten.

Dementsprechend nahm der KB die in der zweiten Hälfte der siebziger und in den achtziger Jahren entstehenden sozialen und politischen Bewegungen als die reale Opposition wahr. Dies brachte ihm in der Anhängerschaft der K-Gruppen, aber auch von seiten der traditionalistischen DKP den Vorwurf des Bewegungsfetischismus ein.

Einen ersten Bruch gab es 1979/80, als ein Teil des KB sich für eine Neuorganisierung innerhalb der Grünen einsetzte. Die geforderte Aufgabe eines eigenständig radikalen und ausgesprochen kommunistischen Flügels der Linken wollte die grosse Mehrheit damals nicht, unbeschadet dessen, dass sie selbst personell und publizistisch bei den Grünen mitmischte.

Die folgenden Jahre waren von einem Kräfteverzehr gekennzeichnet. Neue Mitglieder wurden nicht in dem Masse gewonnen, wie alte absprangen. Aber es gab einen Haltepunkt für die gesamte Organisation, die Zeitung. Der «ak» hatte sich innerhalb der Linken den Ruf erobert, kein «Zentralorgan» im schlechten Sinne kommunistischer Tradition zu sein, sondern Analysen aus linker Sicht für linke Politik zu bieten, einen Spiegel der linken Bewegung. Dies machte ihn über die engen Grenzen des KB hinaus attraktiv und eröffnete der Gruppe Einflussmöglichkeiten in einem Ausmass, das ihre schwindende organisierte Handlungsfähigkeit lange verschleierte.

Im Sommer 1989 begannen als Ergebnis des quälenden Niedergangs tiefgehende Strukturdebatten. Eine Gruppe, die sich später zum Minderheitsflügel im KB entwickelte, konzentrierte sich auf die Entwicklung des Bündnisversuchs «Radikale Linke». Zum Bruch führte dabei die Entscheidung der Mehrheit, diesen Versuch wirklich nur als einen Versuch anzusehen. Sie selber setzte auf einen anderen Versuch: Die Neuorientierung der sozialistischen Kräfte im Zusammenhang mit dem Entstehen der PDS. Der PDS wurde zugetraut, die sich immer weiter zersplitternden sozialistischen Kräfte sammeln zu können. In dem Fall hätte der KB eine mögliche Perspektive darin gesehen, sich als Plattform in einer sozialistischen Partei zu etablieren. Dies brachte der Mehrheit von der Minderheit umgehend den Vorwurf der «Sozialdemokratisierung des KB» ein. Umgekehrt wurde in der Minderheit die Möglichkeit der Auflösung des KB in die «Radikale Linke» erwogen.

Auch das Eingeständnis des zumindest kurzfristigen Scheiterns der beiden Optionen konnte dem KB nicht mehr weiterhelfen. «Es gibt kein gemeinsam handelndes Kollektiv mehr», hiess es lapidar im Auflösungsbeschluss. Immerhin behielt die Ratio einen Moment lang die Oberhand: Der «ak», die Zeitung, in der sich beide Strömungen immer noch wiederfinden können und die (in bescheidenem Masse) ein organisierender Faktor für radikale Linke in der BRD ist, soll weiterhin gemeinsam herausgegeben werden. Nicht zuletzt hat zu diesem Entschluss geführt, dass in der Auseinandersetzung um die Haltung zum Golfkrieg ein hohes Mass an Gemeinsamkeiten gegenüber einer sich proimperialistisch gebärdenden Linken gefunden wurde.

Heinrich Eckhoff (Redaktor des «ak»)

AKTUELL SOZ 9,25.4.91

GASTKOMMENTAR

Nach uns die Zukunft

KB aufgelöst, „ak" nicht

Heiner Möller

Heiner Möller gehört der Minderheit des aufgelösten KB an.

Leidenschaftslos war die Mitgliederversammlung, auf der nur noch 180 Anwesende mit drei Viertel Mehrheit die Auflösung des KB nach fast 20 Jahren Existenz beschlossen. Das KB-Vermögen wird zu gleichen Teilen zwischen Mehrheits- und Minderheitsflügel aufgeteilt. Die Schlachten waren geschlagen, die wenigstens interessierte noch das Ob, nicht wenige nur noch das Wie, nur eine Minderheit die Frage nach dem Warum.

Entsprechend einseitig verlief die Debatte mit überwiegend Beiträgen aus der KB-Minderheit und von einigen aus der „Mitte", während für die Mehrheit nur ein Genosse sprach.

Deterministisch im wesentlichen seine Auffassung für die Gründe des KB-Endes: weltpolitische Veränderungen, politische Erfolglosigkeit, keine gemeinsame Praxis mehr. Anders die Ansätze der Minderheit: wenn sich die außen- und innenpolitischen Verhältnisse gravierend verändert haben, dann tragen die alten Gemeinsamkeiten nicht mehr. Dann heißt es die eigene Politik zu untersuchen und den Zweck der Organisation neu und anders zu bestimmen. Die Streitpunkte sind bekannt, in schwarz-weiß: fundamentale Ablehnung von Wiedervereinigung und deutschem Nationalismus versus Ansätze für ihre oppositionelle Begleitung, linke Massenpolitik versus stärkerer Grundlagenarbeit als Hauptzweck einer kommunistischen Organisation beim derzeitigen Zerfall linker Politik, PDS oder Radikale Linke als Bezugspunkte linker Um- bzw. Neugruppierung. Vor allem aber — so die Kritik aus der Minderheit: die aus dem undemokratischen Zentralismus des ersten KB-Jahrzehnts und seiner politischen Überwinterungsstrategie mit der Tendenz zur reinen Zeitungsorganisation des zweiten Jahrzehnts seiner Existenz resultierenden strukturellen Verkrustungen haben den KB nicht mehr in die Lage versetzt, die politische Unübersichtlichkeit in einer offenen politischen Auseinandersetzung und bei Wahrung innerer Demokratie zu überstehen.

Die Differenzen um Israel im Golfkrieg und den Vorwurf des linken Antisemitismus im KB hatten die Frankfurter KB-Gruppe, die die meisten Kritikpunkte der KB-Minderheit mitträgt, bereits wenige Tage vor dem Kongreß zum Austritt bewegt, Kritiken, die die Frankfurter allerdings flügelübergreifend üben und die die weitere Zusammenarbeit in der Minderheit derzeit offen lassen.

Wenig bewegte sich auf dem Kongreß an den Mehrheitsverhältnissen, die bei allen Flügelabstimmungen 60:40 Prozent betrugen. Allein ein Antrag der Minderheit erreichte eine relative Mehrheit: die Aufarbeitung der KB-Geschichte als politisches Projekt anzugehen.

Und der „ak"? Eine Woche vor dem Kongreß hatte eine Versammlung der KB-Mehrheit erstmals dem Vorschlag der Minderheit für einen Dach-„ak", redaktionell gleichberechtigt herausgegeben von beiden Flügeln, zugestimmt. So lagen zwei Anträge für einen Dach-„ak" vor, dennoch kam es wieder zur Kampfabstimmung mit „üblichem" Mehrheitsverhältnis. Der Mehrheitsantrag sah zwar redaktionelle Gleichberechtigung vor, beanspruchte aber als Grundlage für das Projekt den alten KB-Verlags- und Satz-Apparat für sich (bei Auszahlung der Minderheit).

Die Minderheit befürchtete aufgrund eineinhalbjähriger Erfahrung mit machtpolitischer Austragung der Widersprüche eine Gleichberechtigung mit Schleudersitz und verlangte Heraustrennung von Vertrieb und Verlag aus dem alten Apparat und anteilige Verfügungsgewalt, um ein Druckmittel für konsensmäßige Lösung bei Konflikten zu haben. Ergebnis: eine unterschiedlich modifizierte Bereitschaft für den Dach-„ak", aber keine konkrete Vereinbarung, die Zusage der KB-Mehrheit, die Parität und die machtpolitischen Bedenken der Minderheit in einem Vertrag „weitgehend" zu verankern. Darüber verhandeln jetzt Kommissionen. Das Mißtrauen ist groß, die Liebe nach erfolgter Trennung gering, doch in der Minderheit überwog der Optimismus, als autonomer Flügel in diesem Projekt arbeiten zu können.

Entscheiden wird darüber eine Bundeskonferenz der Minderheit aus dem Ex-KB Anfang Juli. Entgegen einer mißverständnlichen Meldung der SoZ ist somit der KB nicht ersatzlos aufgelöst. In der Minderheit sehen einige eine neue Zeit des Zirkelwesens angebrochen. Anfang Mai erscheint der erste Rundbrief, eigene redaktionelle und auch für neue GenossInnen offene organisatorische Strukturen werden ausgebaut, ein Seminar zur Auswertung unserer Differenzen und der Debatten zum Golfkrieg und Israel ist in Vorbereitung. Und InteressentInnen sind zur Gründung eingeladen. Sie erreichen uns über die „ak"-Adresse.

BERICHT VOM TREFFEN DER MINDERHEIT ZUM THEMA:
"GOLFKRIEG. ISRAEL UND DIE DEUTSCHE LINKE" AM 16.3.91

Vorbemerkung: Der hier folgende Text war von mir unmittelbar nach dem Treffen am 16.3. ursprünglich nur für die RedakteurInnen der sog. Mehrheit bzw. Minderheit geschrieben worden. Als organisationsöffentlicher Bericht über dieses Treffen ist bisher (zusammen mit Vorbereitungstexten zum Kongreß) ein Text von max. verbreitet worden. Dieser Text ist einerseits in der Wiedergabe der Debatte sehr korrekt; zugleich aber hat max. diese Debatte so "versachlicht" wiedergegeben, daß jeder, der nicht selbst an dem Treffen teilnahm, die Auffassung haben muß, es sei um einen Prozeß der Meinungsfindung in außerordentlich solidarischer Atmosphäre gegangen. Dies entspricht allerdings in keiner Weise meiner Auffassung. - Bei dem folgenden Text handelt es sich um eine minimal überarbeitete Fassung des Textes, den ich - s.o. - ursprünglich nur redaktionsintern verbreitet hatte, und den ich nun hier auf Anregung der sog. Minderheit für die Veröffentlichung in deren Bulletin zur Verfügung stelle.
K., 6.5.81

Von der Hamburger KB-"Minderheit" war, formuliert von max., zur "Schwerpunkt-Diskussion zum Thema Golfkrieg, Israel und deutsche Linke" eingeladen worden. Vorbereitet worden waren auf Anregung der Hamburger Beiträge über: zionistische Ideologie, Israel und deutsche Linke, Lage und Bedrohung Israels im Golfkrieg und danach, Israel und die deutsche Linke im Kontext des Golfkrieges, antideutsche Orientierung in der Golfkrise. Es solle, hieß es in der Einladung zur Begründung der Einteilung des Diskussionstages in jeweils einleitende Referate und Debatte, "nicht nur aus dem Ärmel heraus diskutiert sondern eine Reihe von Beiträgen auch vorbereitet präsentiert werden". Nachdem ich schon seit einiger Zeit zu der Befürchtung Anlaß zu haben glaubte, einzelne oder mehrere Angehörige der "Minderheit" würden Themen wie Antisemitismus, Judentum, Israel für den fraktionellen Streit funktionalisieren, habe ich mich über die in der Einladung vorgeschlagene Herangehensweise gefreut: Erst Kenntniserwerb, dann Debatte - was ja eigentlich auch das übliche Verfahren sein sollte. Ich war gebeten worden, "in einem Referat die zionistische Ideologie zu skizzieren", hierbei auch auf die Frage einzugehen, was es mit der Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus bzw. Zionismus und Rassismus auf sich hat. (Siehe das Gesamtprogramm im Einladungsschreiben vom 3.3.91)

Tatsächlich hat der Diskusionstag leider einen sehr anderen Verlauf genommen. Bei einem Rundruf von Hamburger "Minderheit"lern hatte es u.a. bei de. Widerspruch zum Programm gegeben, der dann erst zu Beginn des Treffens - d.h. rund zwölf Tage, nachdem die Teilnehmer des Treffens das Programm erhalten hatten - formuliert wurde.

(Bei der folgenden Darstellung des Debattenverlaufs ist zu beachten: Sie ist von keinem der hier direkt oder indirekt Zitierten gegengelesen worden; der Bericht bezieht sich nur auf die ersten rund vier Stunden des Treffens am 16.3.; es werden nicht alle Beiträge wiedergegeben; die wiedergegebenen Beiträge sind stark gerafft dargestellt; um die zumindest fast wortliche Wiedergabe handelt es sich nur dort, wo es entsprechend - mit Anführungszeichen - gekennzeichnet ist.)

Oliver: Gegen den Einstieg über Zionismus-Referat, das Thema "interessiert" ihn nicht, es bestehe "keine Notwendigkeit" dafür. Gleich in die Debatte einsteigen, z.B. über den Ströbele-Artikel von K., der ja auch gerade da ist. (Gemeint ist der von mir verfaßte Artikel "Logik, Konsequenz und Antisemitismus - Ströbeles Israeltrip", ak 328, S. 22.)
dsm: Ebenfalls für sofortigen Einstieg in die Debatte.
Ulli H.: Die gestrige Debatte (Vorträge von de., Langer und Diskussion unter Teilnahme von einem Mitglied von "Le Chaim") soll fortgeführt werden.
Klaus: Ein "Schnelldurchlauf" durch bisher nicht Bekanntes ist auch nicht hilfreich.
Ulli H.: Die "politische Lage" soll diskutiert werden.
Oliver: Plädiert nochmals für die Diskussion meines Ströbele-Artikels.
max.: Schon dieser Einstieg zeigt die Gefahr des unfundierten Springens von Punkt zu Punkt. Er begründet nochmal die für diesen Tag vorgesehene Konzentration auf Israel und das Programm.
de.: Man braucht nicht "den Umweg über die Wissensvermittlung", das "aktuelle Material", der Artikel von K., soll diskutiert werden.

Die darauf geforderte Abstimmung über das Vorgehen ergibt eine große Mehrheit für die sofortige Debatte, d.h. konkret: des Ströbele-Artikels; nur drei, vier Stimmen für das vorbereitete Programm. (Die Frage, wieviele der Teilnehmerinnendenn überhaupt funf Tage nach Erscheinen des ak den Artikel schon gelesen hatten, wurde erst gar nicht gestellt.)

Oliver: (bezogen auf das am Anfang des Ströbele-Artikels gebrachte Tugendhat-Zitat) Doppelter Mißgriff, erstens weil - wie mit Fried - die alte Methode, Juden zum "Kronzeugen" der eigenen Position zu machen, zweitens weil sich Tugendhat mit ähnlichen Erwägungen zur Objektivität wie in seinem aktuellen Artikel in der Euthanasie-Debatte unter bestimmten Konstellationen für die Euthanasie Behinderter ausgesprochen hat. - Broder hat mit dem Ströbele-Interview "gute Arbeit", hat "Aufklärungsarbeit" geleistet. - Zu der Aussage im Artikel, mit der "Operation" hätte Klärung zwischen deutschen und israelischen Friedenskräften verhindert werden sollen: der Begriff unterstellt eine "Verschwörung". - Mit der Verteidigung Ströbeles wird im Artikel behauptet, "die Juden sind selber schuld".
X (heißt hier und im Folgenden, daß ich den Namen nicht kenne): Ist an der "Operation" nicht doch was dran? Was sagt tatsächlich Ströbeles Äußerung zur "Konsequenz"?
Thomas (Ffm.): Broders Arbeit war "aufklärerisch". Ein "bürgerlicher Politiker" (gemeint: Ströbele) hat "gelogen" (gemeint: Ströbeles anfängliche Behauptung, Broder habe das Gespräch in der Wiedergabe entstellt). Dann längere Ausführungen dazu, daß die Bezeichnungen Broders als "Schmierenjournalist" "antisemitisch" sei - diese Ausführungen bis zu meiner Intervention in einer Art, als hätte ich in meinem Artikel Broder so qualifiziert.
dsm: These von "Operation" ist durchaus richtig.
X: In dem Artikel hätte gesagt werden müssen, daß Ströbele Antisemit ist.
Herbert (Ffm.): Beschießung Israels sei aus "antisemitischen Gründen" erfolgt, wer angesichts dessen von "Konsequenz" redet bzw. diese Äußerung verteidigt, stützt diesen Antisemitismus.
de.: Man kann aus drei Zeilen nicht beweisen, daß Ströbele ein Antisemit ist. Seine Ursache-Wirkung-Verknüpfung ist jedoch falsch: israelische Politik ist nicht verantwortlich für Kuwait-Besetzung, auch nicht für den Golfkrieg. Palästinenser haben auf den Dächern ihrer Häuser auf die nach Tel Aviv fliegenden Raketen gewartet, "Vergast Israel" gerufen. - Schon vor einigen Jahren hat sich K.

zusammen mit Kt., nachdem bereits eine Rezension von Broders Buch "Der Ewige Antisemit" im AK erschienen war, mit Broder auseinandergesetzt. Kt. hatte (von meinem, dem anderthalbseitigen Hauptartikel war von nun an gar nicht mehr die Rede) die Behauptung Broders untersucht, im "Neuen Deutschland" sei 1968 bezogen auf Frag fast die gleiche Schlagzeile erschienen wie 1938 im "Völkischen Beobachter". Das ist soweit gegangen ist, daß "der Völkische Beobachter gegen Broder verteidigt" wurde. (Gemeint ist hier von de. der an sich schlichte Tatbestand, daß Kt. in seinen "Gedanken über eine Erfindung", AK 277, S. 36, nachgewiesen hatte, daß die von Broder behaupteten Schlagzeilen eine reine Erfindung waren.) Dieser ihm, de., damals nicht bekannte Artikel sei "ein Sargnagel zu (seiner) späteren Beendung der Redaktionsarbeit" gewesen.
(Nach zwei Beiträgen, die von der Artikel- zur Israel-Disk. hinlenkten dann)
Ulli H.: Der Ströbele-Artikel ist nicht antisemitisch, verdeckt aber, daß Ströbeles Äußerung antisemitisch ist. Früher sind antisemitische Artikel im ak erschienen, wurde die Zerstörung Israels gefordert. Broder muß "positiv aufgenommen", "seine Fragen müssen aufgenommen" werden. Im ak hätte "Broder gegen Ströbele verteidigt" werden müssen.

In den weiteren Beiträgen bis 17 Uhr - dann hatte ich wirklich genug von einer Debatte, zu der vielleicht gerade drei, vier Leute (darunter max., dsm) auf der Grundlage von Wissen, ohne Demagogie und ohne anti-antisemitisch geschwollene Adern beitrugen - wurde zwar noch mehrmals der Artikel erwähnt (es wurde moniert, daß in dem Artikel nicht aufgezeigt worden ist, daß ja bisher alle Grünen-Delegation in Israel "Scheiße gebaut" hätten) - die Debatte war aber nun wesentlich bestimmt von de.s Behauptung, die BRD-Waffenlieferungen an Saudi-Arabien erfolgten auch aus antisemitischen Erwägungen, die Auslöschung Israels sei dabei eine "reelle Option", was er mit Strauß-Connections und Alt-Nazis in arabischen Ländern begründete. max. wandte dagegen ein, eine These (wie die von der "reellen Option" der Auslöschung Israels) müsse doch zumindest eine gewisse Plausibilität haben. Oliver und de. müßten sich "entscheiden", ob sie Israel auch darin unterstützen wollten, die umliegenden arabischen Staaten prophylaktisch zu entwaffnen. Darauf de.: Das sei jetzt der "Schnitt" (wohl gemeint: durch die Minderheit), verlangt Pause zur Beratung.

Charakteristisch für den gesamten Debattenverlauf waren auch die letzten Beiträge, die ich noch mitbekam. Nach der Pause kritisierte ein (mir namentlich nicht bekannter) Genosse die "Instrumentalisierung Israels" und forderte, daß zwischen der Behandlung der innerlinken Konflikte einerseits, der "Analyse des Nahen Ostens" andererseits getrennt werden müsse. Unmittelbar darauf ging Oliver wieder auf Tugendhat ein und wies dessen in seinem "Zeit"-Essay verwendete Bild von den Völkern, die auf den Gefühlen anderer Völker wie auf dem Klavier spielten, "scharf" zurück, dieses Bild empfinde er für sich als "diffamierend". Danach wiederum referierte dsm richtigstellend zu (im früheren Verlauf der Debatte getanen, recht bunten Vorstellungen von) Pan-Arabismus und Fundamentalismus; berichtete aus eigener Erfahrung des "Stammtisches", daß nicht Antisemitismus, sondern Philosemitismus und Anti-Arabismus die Haupttendenz der Äußerungen ausgemacht haben - wobei dann allerdings auch wieder problemlos Antisemitismus eingeflossen ist, und referierte dann wiederum richtigstellend zum Verhältnis ("Arbeitsteilung") zwischen Israel und Syrien. Auf dsm folgte Jürgen, der vorschlug, die politische Position (einer Person oder Gruppe) im Rechts-Links-Verhältnis an der Einstellung zu Israel zu messen.

Ich selbst habe mich mit keinem Beitrag an der Debatte beteiligt, was am späteren Nachmittag dann von Oliver als "Skandal" bezeichnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt stand ich allerdings schon seit mehr als anderthalb Stunden auf der Rednerliste. Oliver hatte dennoch recht, wenn er meinte, ich wolle auf die Kritik an meinem Artikel nicht antworten. Wollte ich auch nicht (mehr): In einem "Klima", wo mir die Behauptung einer "Verschwörung" unterstellt wird (womit Oliver - unausgesprochen, aber hinreichend klar angedeutet - auf die "jüdische Weltverschörung" anspielte); wo mir aufgrund des Ströbele-Artikels mal direkt, mal indirekt Antisemitismus vorgeworfen wird; und wo ich mir anhören muß, Broder habe "Aufklärungsarbeit" geleistet, er hätte im AK gegen Ströbele verteidigt werden müssen - da habe ich nichts mehr zum Sagen. Ich frage mich im Nachhinein sowieso, warum ich nicht spätestens nach de.s Behauptung, Kt. habe "den Völkischen Beobachter gegen Broder verteidigt" aufgestanden und gegangen bin.
Überdies hat sich das richtende Publikum auch ohne Einlassungen des Angeklagten ganz famos unterhalten. Eine schlichte Selbstverständlichkeit wie die, nach etwa einem halben Dutzend Beiträgen (= rund einer Stunde) gegen meinen Artikel die Rednerliste zu unterbrechen und mir als dem Kritisierten ausdrücklich Gelegenheit zu einer Stellungnahme einzuräumen, kann ich zwar in kirchlichen, universitären oder sonstwie bürgerlichen Zusammenhängen immer erwarten - bei manchen GenossInnen der eigenen Organisation aber offenbar nicht.

K., 17.3.91

P.S.: Es ist gerade rund ein Jahr her, daß Ev. (Ffm.) mit großer Geste - eine Erklärung mit der Überschrift "Genosse Melienthin, Sie spinnen!" wurde verbreitet - im Gegensatz zu Kt. behauptete, sie und Kt. hätten von einem bestimmten Zeitpunkt an und während der diesem Zeitpunkt folgenden zwei oder drei Jahre gar nicht mehr miteinander korrespondiert. Nachdem Kt. auf dem Kongreß, zusammen mit einer dort verteilten Erklärung, einer Kommission öffentlich einen Umschlag mit dem "nicht-existenten" Briefwechsel dieser Jahre übergab, brach Schweigen aus; und von einer Entschuldigung, geschweige denn so öffentlich wie die Anklage, von Ev. ist mir nichts bekannt. Und jetzt de. mit der nächsten Legende: Er habe den seinerzeitigen Broder-Artikel nicht gekannt, wisse nicht, wer ihn veranlaßt hat, dieser Artikel - im Jahre 1986 - sei einer der "Sargnägel" zu seinem rund vier Jahre später erfolgten Ausstieg aus der AK-Redaktion gewesen. Damit eine neue Legende gar nicht erst Fuß faßt: 1. Ev. (als Autorin der ersten Broder-Rezension, AK 272) hat von mir direkt oder über de. frühzeitig eine Kopie meines Artikels erhalten - der Entwurf des Artikels datiert vom September 1986, eine wenig geänderte Endfassung wurde aber erst im Dezember (AK 277) veröffentlicht. 2. Auch schon damals haben wir mit Artikelplänen bzw. schriftlichen Ankündigungen gearbeitet; de., anders als ich Mitglied der ak-Redaktion, hatte so (falls Ev., ebenfalls Mitglied der AK-Redaktion, ihm die Kopie des Artikels nicht gezeigt haben sollte) mannigfache Gelegenheit, die Existenz des Artikels, dessen Erscheinen mehrfach verschoben wurde, zu "bemerken". 3. Als Stefan Stanjek eine Kritik an meiner Broder-Rezension zum Aufhänger nehmen wollte, anhand von AK-Zitaten vornehmlich aus dem Jahre 1973 dem KB eine antisemitische Tradition zu unterstellen, war es zusammen mit anderen Redaktionsmitgliedern dankenswerterweise auch de., der sich gegen eine solche Publikation im ak ausgesprochen hatte.

Antisemitismus in der Linken

Vom Antizionismus zum Antisemitismus

Ende März fand in Stuttgart eine Veranstaltung statt, die sich mit dem Antisemitismus in der Linken während des Golfkrieges auseinandersetzte. Neben zahlreichen an anderer Stelle bereits erwähnten Anlässen hatte es auch in Stuttgart selbst eine Provokation gegeben: In einer Broschüre, die vom autonomen „Info-Laden" vertrieben wired, konstruiert ein palästinensischer Journalist eine Komplizenschaft von Zionismus und Nationalsozialismus in der Vorbereitung des Holocaust und schließt diese üble Geschichtsbetrachtung mit dem Satz ab: „Und der Antisemitismus war immer gesund, wenn der Zionismus erstarkte und groß wurde."

Die Vorbereitungsgruppe — Leute aus der Initiative „Nie wieder Deutschland" und vom „Jour fix" — näherte sich dem Thema mit den Referaten: Zur linken Mythenbildung im israelisch-arabischen Konflikt, zur Kritik des Befreiungsnationalismus und zum Zusammenhang zwischen Antizionismus und Antisemitismus. Der letzte Beitrag stammt aus meiner Feder und wird hier für die SoZ (es ist nun das SoZ-Magazin geworden, Red.) zusammengefaßt. Wichtige Bestandteile konnten aus Platzgründen nicht abgedruckt werden, deshalb beachtete bitte die Anmerkungen/Literaturhinweise am Schluß des Artikels.

Antisemitische Praxis

Bevor grundsätzlich über den Zusammenhang zwischen Anti-Zionismus und Anti-Semitismus reflektiert wird, will ich diesen Zusammenhang exemplarisch an Fallbeispielen verdeutichen:

▶Pünktlich zum Jahrestag der Reichskristallnacht 1969 verübte eine Vorläufergruppe des 2. Juni einen Brandanschlag auf eine Synagoge in Westberlin. Die Juden wurden für den 6-Tage-Krieg Israels in Sippenhaft genommen. In einem Bekennerflugblatt — das Bommi Baumann in seinem Kultbuch „Wie alles anfing" noch Jahre später abdruckte und lobte — wurde dazu geschrieben, solche Aktionen „sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entschiedenendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität. Das bisherige Verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der Verarbeitung des Nahost-Konflikts ist Produkt des deutschen Bewußtseins: Wir haben die Juden vergast und müssen die Juden vor einem neuen Völkermord bewahren. Die neurotische historische Aufarbeitung der *geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates* überwindet nicht diesen hilflosen Antifaschismus."

▶Im Jahre 1976 wurde eine Flugzeug der Air France nach Entebbe entführt. Schließlich wurden von den Entführern alle Geiseln freigelassen — bis auf die jüdischen Passagiere. Ich betone den Unterschied: Als Geiseln zurückgehalten wurden nicht alle israelischen Passagiere — was schlimm genug gewesen wäre — sondern alle jüdischen. Dieses Selektionsverfahren wurde unter anderem von zwei deutschen Linken vorgenommen — ohne daß es deswegen in der BRD-Linken irgendeine Reaktion gegeben hätte.

▶1982 unternahm die *Action Directe* im Zusammenhang mit dem Libanonfeldzug Israels Anschläge auf koschere Restaurants in Paris.

Ohne jeden Zweifel antisemitisch sind diese Aktionen deswegen, weil sie sich offenkundig nicht gegen den Militärapparat oder andere Institutionen des Staates Israel wenden, sondern einfach gegen jüdische Menschen. Sie werden angegriffen und bestraft aus dem einzigen Grund, weil sie Juden/Jüdinnen sind. Das ist Antisemitismus.

Diese Vorkommnisse stellen nun aber keine „Ausrutscher" dar, sondern die falsche Praxis resultiert aus einer falschen Theorie. Ich habe drei Punkte gefunden, wo es in der linken Theorie Übergänge zum Antisemitismus gibt, wo sich in linke Theorien bürgerliches und reaktionäres Denken eingebaut hat:

1.eine falsche Kapitalismus-Kritik, die mit der Kapitalismus-Kritik des Antisemitismus kokettiert;
2.Die Hinwendung zum Nationalismus, die dem Antisemitismus zuarbeitet;
3.Eine falsche Analyse des Nationalsozialismus, die die Deutschen und ihren Staat entlastet und — spiegelbildlich — die Juden und ihren Staat stigmatisiert.

(In diesem Artikel wird nur der 3. Punkt behandelt.)

Falsche Analysen des deutschen Faschismus

Bei der NS-Faschismus-Analyse wird das linke Denken immer noch dominiert von der Funktion des NS-Regimes für das Kapital. Damit kann aber das einscheidendste Element des Nationalsozialismus, der Holocaust, nicht erklärt werden. Denn die Judenvernichtung war nicht Resultat von Profitüberlegungen oder anderer Kalküle der Kapitalistenklasse, sondern Resultat des Rassenwahns der „Volksgemeinschaft", also eines klassenübergreifenden Bündnisses fast aller Deutschen. Eine Faschismus-Analyse müßte also bei Auschwitz beginnen — die Linken hören jedoch meistens bei Dimitroff auf. Das führt zu falschen Schlußfolgerungen über die Täter — die Deutschen — und die Opfer — die Juden.

Auf der Täterseite unterschätzen die meisten Linken den Antisemitismus, auch in der heutigen Gesellschaft. Wie könnte eine Gesellschaft, die als Kollektiv an gigantischen Verbrechen teilgenommen oder dabei weggeschaut hat, und wo die Täter nach 1945 nicht verfolgt, sondern von neuem mit Spitzenposten belohnt wurden, wie könnte eine solche Gesellschaft auch nicht antisemitisch sein? Das heißt, der Philosemitismus der Regierenden und die Sonntagsreden sind nur eine dünner Lack, dahinter ist der alte Judenhaß. Dieser Antisemitismus korrespondiert mit Israel-Feindschaft, zum großen Teil einfach deswegen, weil das unmittelbare Haßobjekt, die Juden, nicht mehr angreifbar sind, da sie vergast wurden. Bestätigt wird diese Korrespondenz durch eine repräsentative Umfrage von Infratest von Ende vergangenen Jahres unter dem Titel „Der Staat, den wir uns wünschen". Danach rangiert Israel unter eine 10 Staaten umfassenden Skala deutlich an letzter Stelle. Nur 4 Prozent plädierten für „vorrangig gute und enge Beziehungen" zu Israel, während es 1987 noch 16 Prozent gewesen waren. In einer Auswertung dieses Umfrageergebnisses wies die „Süddeutsche Zeitung" darauf hin, daß überdurchscnittlich viele von den Israel-Ablehnenden an anderer Stelle vertreten hatte, es gebe in Deutschland noch immer „zuviel Scham über die Verbrechen des Faschismus". Offenbar besteht für den Durchschnittsdeutschen überhaupt kein Unterschied zwischen Israel-Feindschaft und Judenfeindschaft, bzw. — falls er/sie diese Femdwörter überhaupt kennt — zwischen Antizionismus und Antisemitismus.

Kommen wir zur Fehleinschätzung der Opfer. Die Nazis verfolgten die Juden nicht aus politischen Gründen, sondern einfach, weil sie Juden waren. Diese Verfolgung war die totalste in der Weltgeschichte: Während heute z.B. ein Palästinenser, der mit Israel kollaboriert, der Repression entkommen kann, gab es diese Möglichkeit für die Juden nicht. Ein pro-zionistischer Palästinenser landet auf der Gehaltsliste des MOSSAD. Ein deutschnationaler Jude landete — trotz seiner Gesinnen — im Vernichtungslager. Die Radikalität dieser Verfolgung stellt einen „Zivilisationsbruch" (Dan Diner) dar, den damals niemand für möglich gehalten hat.

Fast alle GenossInnen, die diesen Zivilisationsbruch unmittelbar erlebt haben, verhielten sich aus dieser Erfahrung heraus leidenschaftlich positiv zur Staatgründung Israels. Selbst die Sowjetunion schloß sich dieser Haltung an und vergaß für einige Zeit ihren Antizionismus. Außenminister Gromyko sagte vor der UNO 1948: „Die Tatsache, daß kein europäischer Staat in der Lage gewesen ist, die elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu verteidigen und des gegen die Gewalt der faschistischen Henker zu beschützen, erklärt den Wunsch der Juden, einen eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, das nicht zu berücksichtigen."

Im Unterschied dazu hat die Neue Linke nach '68 sich kein Bewußtsein über die Singularität des Holocaust erarbeitet, hielt deswegen den Antisemitismus für eine *quantité négligeable* und betrachtete Israel ausschließlich als imperialistischen vorposten.

Bedingungen für einen linken Neuanfang

Aus all dem folgt für mich nicht, daß wir als Linke in Deutschland keine Solidarität mit der Intifada üben oder Israel nicht kritisieren dürfen. Jedoch muß jede Israel-Kritik bestimmte Bedingungen beachten, wenn sie dem Antisemitismus in der Gesellschaft keine Zutreiberdienste leisten will. (Die rigorose Formulierung dieser Bedingungen — „muß"/„darf nicht" — soll nicht vortäuschen, daß der Verfasser hier aus einer moralisch oder politisch einwandfreien Position heraus andere maßregeln will. Vielmehr ergeben sich diese kategorischen Imperative gerade aus der eigenen politischen Vergangenheit — einer Aufarbeitung, die längst nicht abgeschlossen ist.

1. Die Linke darf bei der Kritik Israels keine Analogien zum Nazi-Faschismus ziehen.

Ausdrücke wie „Endlösung der Palästinenserfrage" („Arbeiterkampf", 1982), „umgekehrter Holocaust" (taz, 1982), „Moshe-Dayan-Faschismus" (RAF 1971), „Begin ist — ein Mörder und Faschist" (autonomer Demo-Reim) verleugnen die Singularität des Holocaust und unterstützen damit die Bestrebungen rechter Historiker, die Verbrechen des deutschen Imperialismus als „normale" Verbrechen jedes x-beliebigen Imperialismus zu verharmlosen.

Verstößt die Linke gegen diesen Imperativ, setzt sie aber in diesem Fall noch zusätzlich die Opfer — die Juden — mit den Tätern — den Nazis — gleich und befördert den antisemitischen Spruch: „Die sind ja auch nicht besser".

2. Die Linke darf Kritik an Israel nur üben, wenn sie vorher die israelische Kritik an Deutschland unzweideutig unterstützt.

Dies ergibt sich aus dem Doppelcharakter Israels — einerseits Vorposten des Imperialismus, andererseits Zuflucht für die Opfer Deutschlands und antisemitischer Verfolgungen heute. Bei diesem Doppelcharakter muß die Linke in Deutschland den zweiten Aspekt betonen, weil er mit den Verbrechen „unseres" Imperialismus zu tun hat. (Würden wir Politik in anderen Staaten machen oder wären Linke in Israel selbst, würde

Was passiert, wenn die Linke gegen diesen Imperativ verstößt, zeigte sich beim Ströbele-Besuch in Israel. Seine Behauptung: „Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Folge der Politik Israels" leistet Zutreiberdienste für den Stammtisch-Antisemitismus à la „denen geschieht's ganz recht". Stattdessen hätte er besser gesagt: „Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Folge der Politik Deutschlands." Hätte er so die Prioritäten anders — den Tatsachen entsprechend — gesetzt, hätte er in Israel auch eher offene Ohren für seine pazifistischen Positionen gefunden.

3. Die Linke darf bei der Kritik von Verhältnissen im Nahen Osten Israel nicht herausheben.

Die Verbrechen Israels gegenüber den Palästinensern sind keinsfalls schlimmer las die Verbrechen, die andere Staaten der Region ihren nationalen Minderheiten zufügten oder zufügen, sei es Jordanien und Syrien ebenfalls gegenüber den Palästinensern, der Irak gegenüber den Kurden, Marokko gegenüber den Sahrauis. Die deutsche Öffentlichkeit von rechts bis links spricht aber vorzugsweise über Israel und ignoriert weitgehend die anderen Staaten. Ebenso im Falle der Gasmasken: Kritisiert wegen Nichtübergabe der Gasmasken an die Palästinenser wird Israel, der ähnliche Fall Saudi-Arabien wurde in keinem linken Flugblatt untersucht.

Verstößt die Linke gegen diesen Imperativ, verfährt sie nach der Methode des Antisemitismus. Der kritisierte nicht das Kapital an sich, sondern nur das jüdische, analog werden jetzt nicht die Staat und Herrschaft an sich kritisiert, sondern nur der jüdische Staat und die jüdische Herrschaft.

4. Die Linke muß den Begriff Anti-Zionismus fallenlassen.

Wir sind Gegner jedes Nationalismus, des jüdischen genauso wie des arabischen und an allererster Stelle des deutschen. Das Herausheben der Gegnerschaft zum jüdischen Nationalismus durch einen eigenen Begriff suggeriert jedoch eine besondere Gefährlichkeit, v.a. wenn er in der Dreier-Parole „Faschismus, Rassismus, Zionismus" erscheint.

Für die Jüdinnen und Juden hat der Gedanke an einen Nationalstaat 2000 Jahre lang nur eine marginale Rolle gespielt. Plausibilität erhielt er erst durch den modernen Antisemitismus, schließlich machte die Judenvernichtung der Nationalsozialisten den Verfolgten den Rückzug auf einen eigenen Staat unausweichlich. Israel und die massive Unterstützung für den Zionismus ab Ende der 40er Jahre ist also ein Notwehr-Reflex gegen den imperialistischen Nationalismus. Wer will, daß der Zionismus verschwindet, darf deshalb nicht beim Zionismus anfangen, sondern muß beim imperialistischen Nationalismus anfangen. „Der Hauptfeind steht im eignen Land" — diese Formel gilt nicht nur für den Nationalismus, und sie gilt nach Auschwitz in Deutschland verschärft. Anders gesagt: solange die Linke hierzulande den Antisemitismus nicht besiegt hat, kann sie sich politisch und moralisch den Antizionismus nicht leisten.

Zwei Zitate zum Abschluß:

„Der Antisemitismus (ist) im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus enthalten wie das Gewitter in der Wolke (...) Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstreinigung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt. Die Allianz des antisemitischen Spießer-Stammtischs mit den Barrikaden ist wider die Natur." (Jean Amery, 1972)

„Meinen Antizionismus, der auf meinem Vertrauen in die europäische Arbeiterbewegung basierte oder, allgemeiner, auf meinem Vertrauen in die europäische Gesellschaft und Zivilisation, habe ich natürlich längst aufgegeben denn diese Gesellschaft und diese Zivilisation haben es Lügen gestraft. Wenn ich in den zwanziger und dreißiger Jahren, statt gegen den Zionismus anzugehen, die europäischen Juden aufgefordert hätte, nach Palästina zu gehen, hätte ich womöglich geholfen, einige Menschenleben zu retten, die später in Hitlers Gaskammern ausgelöscht wurden." (Isaac Deutscher, 1954)◊

Jürgen, Stuttgart
Der Autor kommt aus der KB-Minderheit und arbeitet in der Initiative „Nie wieder Deutschland" mit.

aus SOZmagazin Mai '91

Literatur

Die in diesem Artikel weggefallenen Teile des Referates basieren auf drei Aufsätzen:

Bettina Hoeltje, Zu einigen Problemen der linken Analyse des deutschen Faschismus, in Kongreß der Radikalen Linken, Reden und Diskussionsbeiträge, isp-Verlag. (gekürzte Wiedergabe in diesem SoZ-Magazin).

Eva Groepler, Zertrampelt die Judenkapitalisten, Konkret 1/91.

Moishe Postone, Antisemitismus und Nationalsozialismus, Diskus Juni/1979 (vergriffen).

Als Standardwerke im Zusammenhang zwischen linker Theoriebildung (z.B. Stalinismus und Antisemitismus seien dringend empfohlen:

— Initiative Sozialistisches Forum (ISF), Das Ende des Sozialismus — die Zukunft der Revolution, ira Verlag Freiburg (ca. 25 DM).

— „Kritik und Krise", Nr.4, Sondernummer „Antisemitismus und Linke", erscheint im Mai 19 ebenfalls im ira-Verlag (ca. 6 DM; u.a. wird do nachgedruckt der „legendäre" Ulrike-Meinho Kommentar zum 6-Tage-Krieg, den sie noch v ihrer „antizionistischen Wende" geschrieben h und der oben erwähnte Artikel von Moishe P stone. Bei der ISF handelwes sich um Linkskom munistinnen und VertreterInnen der „Kritische Theorie". Bezugsadresse für die Publikationen

Wenn p dann y

Detlev zum Winkel

Immer entspannend ist die Lektüre von Jürgen Habermas. Er eifert nicht, missioniert nicht, will nicht durch besonders exotische Thesen auffallen und weiß, wenn er Phrasen produziert, sie in gesetztem Stil niederzuschreiben. Er ist eine Instanz: Wenn er über den Golfkrieg schreibt, gibt er nicht einfach seine Meinung zum besten, er stellt vor, was Konsens ist oder zu sein hat unter vernunftbegabten Wesen. Oder er stellt ihn sich vor. Für das bildungsbeflissene Publikum hält er plakative Überschriften und Begriffe bereit, neue Unübersichtlichkeit, nachholende Revolution oder die Geschichte vom Verfassungspatriotismus, der den Deutschnationalismus ersetzen soll. Dem aufgeklärt westlichen Staatsbürgerdenken seien wir in der alten BRD nahe gekommen, und die Wiedervereinigung habe ihm sogar eine zusätzliche Chance eröffnet. Leider habe es aber doch einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Trotzdem hat Habermas mit anderen eine Verfassungsdiskussion initiiert, von der sich Linksliberale wie Linksradikale, ausnahmsweise übereinstimmend, mit Grausen wenden, weil es das Gutgemeinte ist, das böse enden wird: nur Verschlechterungen werden dabei herauskommen.

Das muß ja nicht so sein, findet Habermas. Man könnte es besser machen oder hätte es besser machen können, auch die nachholende Revolution in der ehemaligen DDR. War sie nicht ebenso eine vorgreifende Konterrevolution? Derlei Kritik macht wenig Sinn. Ein Philosoph soll ein bißchen realitätsblind sein, denn wäre er realitätstüchtig, würde er alsbald die Liebe zur Weisheit verlieren. Folglich kann man seine Überlegungen nicht einfach an sogenannten Fakten messen. Früher gab es in Frankfurt bestimmt ein Dutzend Philosphen, die sich als Soziologen betätigten. Heute gibt es einen Soziologen, der sich als Philosoph betätigt. Man möge mir diese Definition der Postmoderne nachsehen, ich wollte nur die Kostenersparnis anmerken.

Auch den Golfkrieg hätte man besser machen können und besser machen müssen. Habermas warnt in der »Zeit« (15.2.91) vor der *Logik des Krieges*. Das bedeutet nicht, daß er gegen den Krieg wäre. Die Annexion Kuwaits und die Bedrohung Israels mit ABC-Waffen seien Verstöße gegen das Völkerrecht, die zuletzt die Anwendung kriegerischer Mittel gegen den Irak legitimierten. Außer von unbedingten Pazifisten — Antiimperialisten kommen bei Habermas nicht vor — sei das grundsätzlich nicht zu bestreiten; kontrovers sei nur die Anwendung dieser Grundsätze. Eigentlich müßte ein solcher Konflikt nämlich von einer noch zu schaffenden »neutralen Polizeistreitmacht der UNO« ausgetragen werden. Wenn dies stellvertretend durch ein Bündnis geschehe, das keinem Weisungsrecht der Völkergemeinschaft unterliegt, dann seien die beteiligten Staaten verpflichtet, ihre eigenen Interessen vom Auftrag der UNO zu trennen.

»Normativ betrachtet« sei der Krieg bloß unter »folgenreichen Einschränkungen und Verpflichtungen« zu rechtfertigen. Kriegsziele könnten lediglich die Räumung Kuwaits durch den Irak und die Zerstörung seiner ABC-Waffenarsenale sein, nicht jedoch der Sturz Saddam Husseins; jeder Eindruck sei zu vermeiden, daß es den westlichen Industrienationen um die Ölressourcen gehe oder daß ein Kulturkampf mit der arabischen Welt stattfinde; die Verhältnismäßigkeit der Mittel sei zu wahren und den Westmächten müsse klar sein, daß sie ihre Politik in Zukunft radikal zu ändern hätten: Unterbindung von Waffenexporten, Anstrengungen für eine bessere Welt (-friedensordnung und -wirtschaftsordnung).

Diese Bedingungen erlauben lediglich ein Vorgehen, das »weltweit als eine polizeiliche Aktion erkennbar (bleibt) und von den beteiligten Nationen nicht wie ein normaler Krieg im eigenen Namen geführt (wird)«. Im nächsten Schritt prüft Habermas, was aus der UNO-Legitimation wurde, um zu bilanzieren: »Die Hemmungslosigkeiten eines ganz normalen Krieges setzen sich durch.« Dem französischen Verteidigungsminister sei beizupflichten, wenn er mit der Begründung zurücktrat, »daß die Logik des Krieges die kriegführenden Nationen täglich weiter von den durch die UNO festgelegten Zielen und Einschränkungen wegführe.« Habermas ergreift also Partei für Chevenement und gegen Mitterrand, der das Stichwort von der Logik des Krieges ausgegeben hatte. Daraus ergibt sich die verwirrende Situation, daß der Philosoph einen Krieg unter bestimmten Bedingungen für legitim hält, während er sich von dem konkreten Krieg distanziert, weil dieser der allgemeinen Logik des Krieges folgte. Es hätte ein anderer Krieg sein müssen, mit einer anderen Logik, nämlich jener einer »polizeilichen Aktion«, die »mit begrenzten und zielgenauen Mitteln einer Resolution der Völkergemeinschaft Nachachtung (nachhaltige Achtung?) verschafft.«

Schade, daß Habermas die für ihn wichtige Differenzierung zwischen der Logik des Krieges und der Logik der Polizei nur so nebenbei begründet. Und so falsch: Die Zielgenauigkeit werden nur wenige Betroffene polizeilicher Aktionen bezeugen wollen, und die Begrenzung der Mittel, also die schwächere Feuerkraft, kann auch durch die noch geringere oder gar nicht vorhandene Bewaffnung der Polizeigegner erklärt werden. Ein logischer Unterschied mußte sich nicht nur in anderen Mitteln, sondern auch in anderen Regeln ausdrücken. Die einen wie die anderen bleiben ungenannt, so daß wir uns selber fragen müssen, ob der Krieg überhaupt einer Logik gehorcht.

Als Mitterrand das Schlagwort gebrauchte, hatte er nicht mehr im Sinn, als die französische Öffentlichkeit auf das Geschehen vorzubereiten. Für einen Politiker empfiehlt es sich, nicht etwa simpel Beschlüsse zu referieren — Bush, Major und ich haben uns telefonisch verständigt, Krieg zu führen, Fahd, Mubarak und Assad ziehen mit —, sondern eine Gesetzmäßigkeit zu behaupten, über die das Staatsoberhaupt kraft höherer Einsicht das Volk informiert. Logik heißt in diesem Kontext, daß jemand, der ein Ultimatum stellt, auch bereit sein muß, es durchzusetzen, was gar nicht stimmt oder, besser gesagt, außerhalb des Abendlandes anders gesehen wird: Dort fühlt sich jemand, der in der Lage ist, ein Ultimatum zu stellen, häufig auch dazu ermächtigt, es verstreichen zu lassen oder wieder aufzuheben.

Habermas meint mit der Logik des Krieges eine Dynamik der Hemmungslosigkeit, die sich gegen jede vertretbare Verhältnismäßigkeit der angewandten Zwangsmittel durchsetze. Das Phänomen tritt unvermeidlich auf und wird in jeder ernstzunehmenden Dokumentation des Krieges beschrieben. Es gibt keinen Bodenkrieg ohne My Lai (vietnamesisches Dorf, in dem die US-Truppen ein Massaker an der Zivilbevölkerung verübten) und keinen Luftkrieg ohne bis zur Unkenntlichkeit verkohlte Leichen, wie sie nach dem Raketenangriff auf einen Schutzbunker in Bagdad zu sehen waren. Diese Handlungen kann man kaum als logisch bezeichnen, sie sind moralisch verbrecherisch, militärisch sinnlos und politisch dumm. Sie geschehen auch nicht zwangsläufig. Schwarzkopf, oder wer auch immer dafür verantwortlich war, hätte jenen Bunker nicht auf die Liste der Zielobjekte zu setzen brauchen. Nur wäre er dann nicht mit der Funktion betraut worden, die er heute ausübt, weil man im Militär gesagt hätte: Der Mann ist zu weich, wenn es hart auf hart kommt.

Wir haben es mit einem Komplex von Faustregeln zu tun, die sich über die Jahrhunderte herausgebildet haben zum einzigen Zweck, die Effektivität des Tötens zu maximieren. Zivilisten muß dieser Komplex widersprüchlich und unverständlich erscheinen, aber an Millionen von Stammtischen wird er als bekannt vorausgesetzt. Vom Standpunkt der Logik betrachtet kann so etwas keine Logik sein, höchstens Prosa. Die Logik kennt keine Logik des Krieges oder des Friedens und auch keine der Polizei, sondern nur eine Logik des Aristoteles. Hierbei handelt es sich nicht um die Technik des richtigen Schießens, sondern um jene des richtigen Schließens, um die Lehre von den Beweisen. Eine derart weltfremde Angelegenheit, mit der sich heute nicht einmal mehr die Philosophie, sondern nur noch die mathematische Grundlagenforschung beschäftigt, wird zur Erkenntnis und Beurteilung eines Krieges kaum von Nutzen sein, aber um das zu prüfen, müssen wir ein kleines bißchen damit umgehen.

Das kann am besten am Beispiel des Stoikers Chrysipp geschehen, der der sogenannten Subjunktion — *wenn, dann* — ihre von da an gültige Form gegeben hat. Alle anderen logischen Verknüpfungen — *und, oder, genau dann, wenn* — sind dem gesunden Menschenverstand leicht eingängig, nur mit dem eigentlichen Folgern hapert es manchmal im politischen Diskurs. Wir sind im Krieg: »Wenn ich dich töte, tötest du mich nicht.« Die (Aussagen-) Logik beschäftigt sich überhaupt nicht mit der Bedeutung oder dem Realitätsgehalt eines solchen Satzes. Sie legt fest, wie sich der Wahrheitswert der zusammengesetzten Aussage aus den Wahrheitswerten der beiden Teilaussagen bestimmt, egal welchen Sinn oder Unsinn das im einzelnen ergibt. Nach Chrysipp geht das so: Der Satz ist wahr, wenn Vor- und Nachsatz wahr sind. Er ist auch wahr, wenn der Konditionalsatz falsch ist und der Hauptsatz wahr oder falsch: Wenn ich dich nämlich nicht töte, kannst du mich töten oder es bleiben lassen, ohne daß dadurch falsch würde, was ich behauptet habe. Nur im vierten Fall, daß ich dich töte, du mich aber auch, wird die verknüpfte Aussage falsch. Wenn aus einer wahren Aussage eine falsche Aussage folgt, ist die Folgerung falsch. Die Logik ist ziemlich totalitär und kehrt sozusagen Adorno um: Es gibt keinen falschen Gedanken im richtigen Denken.

Nun weiß man oder sollte wissen, daß der sogenannte Umkehrschluß so beliebt wie unzulässig ist. In der Schule der Nation lernen die Rekruten, daß, wenn das oben Gesagte zutreffe, weil es evident sei, auch der folgende Satz 'stimmen' müsse: »Wenn ich dich nicht töte, tötest du mich.« Das aber ist eine ganz andere Geschichte, Prosa des Krieges, Agitation und Propaganda, die auf diese Weise keinesfalls bewiesen ist. Zulässig ist dagegen die Kontraposition. Sie lautet hier: »Wenn du mich tötest, töte ich dich nicht.« Das ist in der Tat die gleiche Aussage. Sie ist genau dann richtig, wenn der Satz, mit dem wir angefangen haben, richtig ist und falsch, wenn jener es ist.

Manchmal erleichtert eine Formalisierung das Geschäft. Die Teilaussage »ich töte dich« sei mit dem Buchstaben p bezeichnet, und q soll bedeuten »du tötest mich nicht«. Für »wenn, dann« gibt es einen Pfeil =>, so daß »wenn p, dann q« so geschrieben wird:

$$p => q$$

Verboten ist der Umkehrschluß $q => p$; er ist nur erlaubt, wenn die Verknüpfung nicht »wenn, dann« lautet, sondern »p *genau* dann, wenn q« bzw. $p <=> q$. Dann aber produziert der Umkehrschluß $q <=> p$ keinen neuen Satz. Erlaubt ist die Kontraposition. Sie lautet: »Wenn Negation von q, dann Negation von p« oder:

$$non\ q => non\ p$$

Zusammengefaßt läßt sich die Kontraposition sregel schreiben:

$$(p => q) <=> (non\ q => non\ p)$$

Wer Lust hat, das selbst durchzuprobieren, nehme für p beispielsweise »die Sonne scheint« und für q »ist es Tag«, und alles wird klar wie der Äther über Hellas, aber ich sehe schon, wen interessiert es, ob er oder sie alte Griechen beleidigt? Nur wer weiterliest, wird am Ende vielleicht doch einen Bleistift zücken und komische Formeln auf ein Blatt Papier malen...

Mit dieser Nachrüstung sind wir in der Lage, dem dritten Abschnitt des Aufsatzes in der »Zeit«, der die deutschen Reaktionen auf den Golfkrieg behandelt, eine erstaunliche Wendung zu geben. Kernsatz von Habermas: »Fast instinktiv drückt sich der Bruch mit der faschistischen Vergangenheit in zwei Reflexen aus: nie wieder Antisemitismus und Verletzung der gleichen staatsbürgerlichen Rechte; nie wieder Nationalismus und Krieg. Der Golfkrieg bringt diese beiden Affekte in Widerstreit.« Ein Reflex ist keine Reflexion. Das entschuldigt nicht Habermas, der in diesem Punkt ungenau argumentiert. Ist die zweite Forderung prinzipiell und radikalpazifistisch gemeint oder bedeutet sie nicht mehr und nicht weniger, als daß *Deutschland* nie wieder Krieg führen dürfe?

Als die Überlebenden der Konzentrationslager *Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg* deklarierten, lag es wohl kaum in ihrer Absicht, die alliierten Soldaten, die sie soeben befreit hatten, als potentielle Mörder zu bezeichnen und über die Ungerechtigkeit des Krieges an sich aufzuklären. Vielmehr dachten sie an die Entmilitarisierung Deutschlands, damit dieses Land Europa und die Welt künftig in Ruhe läßt. Diese antifaschistisch und politisch begründete Ablehnung jeder deutschen Kriegsbeteiligung, auch im Verteidigungsfall, scheint mir mehr Gewicht zu haben als der pauschale Pazifismus, der zwar von der NS-Erfahrung ausgeht, sich aber unterschiedslos an alle Nationen wendet. Demgegenüber kann die Zurückweisung von Antisemitismus und Faschismus nur prinzipiell und global gemeint sein. Es kann zwar relativ gerechte Kriege geben, aber keinen relativ gerechten Antisemitismus und auch keinen relativ gerechten Faschismus.

Nur weil Habermas diese Differenzierung ausläßt, kann er folgern, daß der Golfkrieg die beiden fundamentalen Postulate einander entgegengesetzt. Dann hat die Abwehr des Antisemitismus Priorität. »Es kann schlimmere Übel geben als den Krieg.« Wenn Israel von ABC-Waffen bedroht werde und diese Bedrohung nur kriegerisch abzuwenden sei, dann sollten uns »schon die besonderen Verpflichtungen«, die die Deutschen moralisch gegenüber Israel haben, »davon abhalten, den Golfkrieg als solchen zu verwerfen«. Zurückhaltung allerdings sei vonnöten. Habermas wehrt sich gegen erste Anzeichen »jener fürchterlichen Normalität..., die dem wiedervereinigten Deutschland seine alte Forschheit zurückgeben — und uns das langersehnte Vergessen bescheren soll.« Dann sei es vom größeren zum großen Deutschland nur noch ein Schritt.

Damit ist die Konfliktlinie benannt, die die nicht nur intellektuellen Geister im Psychokrieg scheidet, welcher hierzulande parallel geführt wurde und wird. Wer, wie Habermas, von einer besonderen Loyalität gegenüber Israel ausgeht, sucht mit einer gewissen Zwanghaftigkeit Argumente für den Golfkrieg, ohne sich deshalb — zumeist jedenfalls — gleich als Kriegstreiber zu betätigen. Ich verkürze das erheblich in den Satz: »Wer für Israel ist, ist nicht gegen den Krieg.«

Wer andererseits, wie die Friedensbewegung, die Priorität in der Kriegsgegnerschaft sieht, sucht mit ähnlicher Zwanghaftigkeit Argumente gegen Israel, ohne deshalb — zumeist jedenfalls — gleich die Existenz dieses Staates infrage stellen zu wollen. A typisches Beispiel sei auf die Flugschrift de Radikalen Linken zum Thema verwiesen Ich verkürze diese Position ebenso radikal i den Satz: »Wer gegen den Krieg ist, ist nich für Israel.«

Evident ist, daß der eine Satz schlicht die Kontraposition des anderen is (p: für Israel, q: nicht gegen den Krieg). For mallogisch sind die beiden Sätze damit iden tisch, politisch sind sie es natürlich nicht. Al lerdings sind die Denkstrukturen von Teile dieser beiden Lager so weit nicht voneinan der entfernt. Manche der Kontrahenten soll ten sich der gleichen Frage stellen: Was ha ben wir im Kopf, wenn wir bei Israel Krieg assoziieren und umgekehrt? Instinktive Reflexe?

So wie sie sich momentan darstellt ist die Spaltung höchst ungewöhnlich. Man kann die eigene Position nur behaupten wenn man der Gegenposition den gleichen Anspruch auf »Wahrheit« konzidiert. Vielleicht bringt diese Implikation den einen oder die andere zum Nachdenken daruber, was man eigentlich in den letzten Wochen vertreten hat und warum so leidenschaftlich. Um auf neue Ideen zu kommen, kann man die drei weiteren möglichen Subjunktionen von Israel und Krieg durchspielen.

Pro Israel => gegen Krieg könnte eine Position der israelischen Friedensbewegung sein. Gegen Krieg => pro Israel müßte die Position eines Pazifismus werden, der sich ausdrücklich antifaschistisch begründete. Denn die Kontraposition dieser Aussage ist wichtig: Aus Antisemitismus (Aufschrei! Verkürzung!) folgt letztlich immer Krieg. Pro Krieg => pro Israel wäre nach Auffassung der traditionellen Antiimperialisten die Haltung der Bundesregierung zum Golfkrieg. Das würde wiederum bedeuten, daß die deutschen Antisemiten keine Scud-Raketen in Bagdad montieren, sondern sich auf Bonner Friedensdemos einfinden.

Was ist nun wahr? Die Logik antwortet nur: die Negation des Falschen. Einstein schrieb einmal, es sei ziemlich leicht, den Satz des Pythagoras zu beweisen, aber ziemlich schwer zu diskutieren, was daran wahr sein soll. Das Resultat ist also dürftig: zu zeigen war, daß es nicht weise ist, politische Grundsätze zwischen Frontberichten zu ändern, auch wenn es nur Reflexe waren.

4x für den Krieg

Für das Treffen der Minderheit/Nichtmehrheit waren verschiedene kurze Beiträge vorbereitet, die zugunsten der Generaldebatte entfielen. Im folgenden ein paar Gedanken aus dem Part, einige "linke" Pro-Kriegspositionen für die Debatte vorzustellen.

Hans Magnus Enzensberger, "Hitlers Wiedergänger", Spiegel 6/91

Enzensberger verneint in seinem Text ausdrücklich eine "Singularität" des Nazismus: "Hitler war nicht einzigartig", und erklärt, die These, Saddam Husseins sei Nachfolger Hitlers, treffe "das Wesen der Sache". Damit mischt er sich als Linksintellektueller explizit in die "Historikerdebatte" ein, übernimmt die Position der rechten Exponenten - jene berufen sich in neuesten Beiträgen bereits genüßlich auf seinen Text. Wir sollten dieser Entwicklung allergrößte Beachtung schenken - die Relativierung der Nazipolitik ist brisant, sie ist z.B. Voraussetzung dafür, erneut über deutsche Volkstumspolitik immer stärker in Polen und der Sowjetunion Einfluß zu nehmen, was sich mehr und mehr anbahnt (Zu Pfingsten wollen Vertriebenen-Verbände am Annaberg demonstrieren...; der größere Teil der "rußlanddeutschen" Vereinigung fordert massiv eine deutsche Wolga-Republik, droht ansonsten eine Flüchtlingswelle an...).

Enzensberger verfolgt auch in seiner "Faschismusanalyse" einen Weg, die Nazi-Vergangenheit zu relativieren: War Ausgangspunkt der Historikerdebatte, NS auf Stalin zurückzuführen, postuliert Enzensberger eine Verursachung durch Versailles. Deutsche könnten sich in den Arabern wiedererkennen, weil auch ihnen das "Gefühl einer lang andauernden kollektiven Kränkung" auferlegt worden sei. (Die These der zu kurz gekommenen Deutschen -in Wahrheit war Deutschland ja imperialistische Weltmacht- korrespondiert übrigens mit der auf der Linken vertretenen These, rechtsradikales Bewußtsein, aktuell z.B. Zustimmung zu Republikanern, sei aus realer Benachteiligung und besonderer Ausbeutung 'kleiner Leute' zu erklären.)

Insgesamt bezieht m.E. Enzensberger solche Positionen gegenüber deutscher Vergangenheit, um das Thema Nazismus instrumentell zur Rechtfertigung imperialistischer Politik nutzen zu können. Vergangene Debatten zeigen sein Problem, das eigene Agieren auf der Seite der "reichen Welt" zwar als logisch und unausweichlich zu sehen, aber dabei doch von moralischen Problemen umgetrieben zu sein (vgl. AK-Artikel). Indem das moralisch noch schwerwiegendere Problem des Nazismus darübergestülpt wird, läßt sich das Dilemma lösen: "leider" muß jetzt die vielleicht fragwürdige Stellungnahme zugunsten der eigenen reichen Nation nun einmal sein...

Für die zukünftig notwendigen Eingriffe gegen Hitler in aller Welt gibt Enzensberger übrigens zum Ende seines Textes interessante Beispiele: "Ewige Verlierer gibt es in allen Himmelsrichtungen. Unter ihnen nimmt das Gefühl der Demütigung und die Neigung zum kollektiven Selbstmord mit jedem Jahr zu. Auf dem indischen Subkontinent und in der Sowjetunion liegt dafür das nukleare Arsenal bereit." Der auf Enzensbergers Argumentation logisch folgende nächste Schritt wäre, bei einem krisenhaften Zerfall der Sowjetunion irgendwann den Einsatz deutscher Truppen zur Verhinderung eines sowjetischen Hitler zu befürworten...

Wolfgang Schneider, "Lazarett Deutschland", Konkret 3/91

Schneiders Beitrag hinterließ bei mir im ersten Lesen den Eindruck einer knallharten Kriegsbefürwortung: überraschenderweise ließ sich beim zweiten Lesen am Text gar nicht so leicht rekonstruieren, wie dieser Eindruck hergestellt wurde: dem Text ist die Kriegsbefürwortung indirekt eingeschrieben.

Eigentliches Thema Schneiders ist, wie die Deutschen im allgemeinen, die Friedensbewegung im Besonderen, und die Linke im ganz besonderen diesen Krieg wahrnehme. Seine Grundthese ist, nicht das konkrete Geschehen werde bewertet, sondern eine Projektion beherrsche die Hirne: "In den Protesten der Friedensbewegung gegen den Krieg am Golf artikuliert sich die feste Überzeugung, der Angriff der verbündeten Streitkräfte auf den Irak gelte in Wahrheit den Deutschen und in ihm wiederhole sich die nationale Schmach der Niederlage von 1945." Die Allianz gegen den Irak werde mit den Alliierten gegen Nazi-Deutschland, Saddam werde mit Hitler, die Irakis würden mit den Deutschen im Krieg, und Israel mit den Juden zwischen 33 und 45 identifiziert. Der Artikel besteht aus zahlreichen Beispielen, die diese Projektion belegen sollen.

Dabei sind einige der Beispiele m.E. kaum von der Hand zu weisen, was heißt: Schneider schreibt über ein ernstzunehmendes sozialpsychologisches Phänomen. Einige Zitate stellen z.B. den von Schneider analysierten Zusammenhang explizit her; etwa, wenn ein junger Nazi zitiert wird, es gebe nun die "die historische Chance, einem kleinen Land zu helfen, das von den gleichen Mächten überfallen wurde und zu Boden geworfen werden soll, die auch damals unser Deutsches Reich in Schutt und Asche gelegt haben." Seine Analyse bietet auch für ein Zitat z.B. des Neuen Deutschland: "Erstmals seit 45 Jahren laden wieder >angloamerikanische Bombengeschwader< ihre tödliche Last ab" (ND 22.1.), und einige andere Beispiele einen einleuchtenden Erklärungsansatz.

Die meisten Belege Schneiders sind aber überhaupt nicht überzeugend. Er führt etwa an, Deutsche fragten an, wo sie Gasmasken erhalten könnten, und folgert: "Offensichtlich sind sie überzeugt, daß die Alliierten schon bald von der Bombardierung militärischer Einrichtungen zur Vergasung der Zivilbevölkerung übergehen werden." Menschen mit Gasmasken waren in den Medien aber aus den Berichten aus Israel gegenwärtig, nicht aus dem Irak. Das Phänomen, daß Deutsche sich mit Gasmasken vor Kriegsfolgen schützen wollen, spräche also eher für die These einer diffusen, unspefizischen irrationalen Bedrohungsangst, als für eine Identifikation mit den Irakis.

Nur ein weiteres Beispiel: Ein Textabschnitt beschreibt den Antiamerikanismus der NPD, stellt dann den Zusammenhang zu FeministInnen her, die im DGB für Generalstreik eintreten, und endet mit dem alternativen Kölner Karneval und seiner Parole "Wir kleben am Leben". Alles sollen Belege für Antiamerikanismus sein, das angeführte Material gibt für das Thema aber gar nichts her. Wenn Schneider dennoch diffus Friedensbewegte mit den NPD-Äußerungen in eine Reihe setzt, läßt er nur den Schluß zu: daß sie diffus friedensbewegt sind, ist als solches aus seiner Sicht bereits Beleg für einen Antiamerikanismus, der sich gegen die Befreier vom Hitlerfaschismus stellt. An dieser Stelle kippt aber

das Ganze um: anstatt daß Schneider schlüssig behaupten könnte, daß die angeführten Personen der genannten Projektion erliegen - was nicht auszuschließen, aber eben bei Schneider nicht belegt ist-, beweist er mit seiner Logik nurmehr, daß er selbst die Wirklichkeit nach den Gesetzen jener Projektion wahrnimmt. Denn: die diffus friedensbewegte Haltung als solche ist nur dann ohne weiteres als "Appeasement" einzustufen, wenn die Amerikaner im Irak tatsächlich als Befreier vom zweiten Hitler=Saddam betrachtet werden.

Schneider beschreibt einen unaufgearbeiteten Schuldkomplex der Deutschen, der zugleich Rachegefühle produziere (getreu der Devise: die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen), und aus dem sich vielfach eine untergründige Identifikation mit Irakis erklären lasse - ein für einige Beispiele einleuchtender Zusammenhang. Schneider schreibt aber weiter, die Reaktion entstehe "auch aus dem Wissen um die Tatsache (...), daß der Irak seine Fähigkeit, mit der Ausrottung der Juden dort fortzufahren, wo die Eltern und Großeltern der heutigen Anti-Kriegs-Demonstranten durch das militärische Eingreifen der Alliierten unterbrochen worden waren, im wesentlichen der deutschen Industrie verdankt." Schneider spricht hier von "Wissen", führt also eine objektive Ebene in den Text ein. Dieses "Wissen" lege nahe, der Irak wolle und werde, mit Hilfe deutscher Industrie, das NS-Vernichtungsprogramm gegen Juden fortsetzen. Schneider selbst übernimmt dadurch diese These implizit. Was als Projektion der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Friedenbewegung und der Linken, gekennzeichnet wurde, entspricht exakt seinem Bild der Wirklichkeit.

Natürlich gibt es tatsächlich Anlaß, sich durch Hussein an die faschistische Judenvernichtung erinnert zu fühlen. Husseins Rhethorik ist von Mustern geprägt, die wir hier klassisch antisemitische Vernichtungswünsche nennen würden; die Frage nach antisemitischen Denkmustern in Husseins Massenpropaganda, nach Antisemitismus im arabischen Nationalismus ist sehr ernstzunehmen. Und die Bedrohung durch -mit deutscher Hilfe hergestelltem- Giftgas löst natürlich die furchtbare Assoziation Auschwitz aus, die JüdInnen in eine kaum beschreibbare Panik versetzen kann - was schon als solches eine tatsächlich furchtbare Wirkung ist. Die Erkenntnis einer Ähnlichkeit aber nicht zum Anlaß für eine Analyse zu nehmen, sie stattdessen an deren Stelle zu setzen, führt aber letztlich zu Enzensbergers Gleichsetzung Saddam=Hitler. Nicht in Schneiders Beitrag, aber in der Konsequenz des Gedankens liegt, das Vernichtungsprogramm der Nazis gegen europäische Juden zu relativieren. Es führt weiter zu einer verzerrten, nicht mehr angemessenen Beurteilung der aktuellen Realitäten. Die Wahrnehmung von Ähnlichkeiten auf der Erscheinungsebene muß in eine Analyse der Gegenwart aufgehoben werden. Es steht z.B. aus, die Frage nach einem arabischen Antisemitismus wirklich zu analysieren und zu beantworten. Es ist weiter notwendig, die im Golfkrieg zutagetretenden Widersprüche differenziert zu beurteilen. Wo einige Antiimps das Geschehen auf den Angriff auf das Opfer Irak reduzieren, und z.T. dabei Israel zum Haupttäter machen, suggeriert Schneider spiegelbildlich, im Zentrum des Krieges stünden Angriff auf Israel und Verteidigung Israels - eine Hinterfragung der Zusammenhänge kommt ihm überhaupt nicht in Betracht.

Dem Artikel Schneiders wird zum eigentlichen Inhalt, die Projektion, eine antifaschistische Allianz verteidige die Juden

Israels gegen die Nazierben Iraks, zu reproduzieren, sie ordnet das Material diesem Inhalt unter - ein nicht eben aufklärerisches Vorgehen. Und dieses irrationale Gedankenkonstrukt führt zur indirekten zentralen Schlußfolgerung, den Krieg gegen den Irak zu befürworten.

Nur daraus ist zu erklären, daß Schneider ausschließlich KriegsgegnerInnen zitiert und kritisiert, denn seine Logik muß laut Projektion ja sein: je mehr gegen den Krieg, desto antisemitischer. Dabei könnten die psychosozialen Phänomene, die er als Beispiele anführt, genauso, wenn nicht besser an Kriegsbefürwortern nachgewiesen werden. Wenn Schneider die irrationale Betroffenheit Deutscher aufs Korn nimmt, sich durch den Golfkrieg unmittelbar bedroht zu fühlen, könnte er bei seinem Herausgeber Gremliza die Vision finden, arabische oder andere barbarische TerroristInnen sprengten einen Kinderhort in Frankfurt in die Luft; Enzensbergers ganzer Text ist getragen von der Vorstellung, Barabaren aus der 3. Welt drohten mit dem Überfall. Bei Biermann findet sich bestes Material, den Golfkrieg mit dem 2. Weltkrieg zu vergleichen,...

Doch auch immanent muß Schneiders Denken kritisiert werden. Er zitiert Modrow (und einen Text der VSP - vgl. dazu Flugschrift): "Der einzig wirkliche Schutz für Israel ist, keine Waffen zu liefern." Diese Position Modrows, Deutschland dürfe überhaupt keine Waffen mehr liefern, wird von Schneider auf den Aspekt, eine Verteidigung Israels zu verweigern, reduziert. Sein Urteil: "ein durchaus nicht raffiniertes Stück Vergangenheitsbewältigung". Schneider denunziert solcherart eine im Kern pazifistische Haltung (wenn der "Pazifismus" sich hier auch auf einen Teilbereich, der Waffenlieferungen, bezieht), obwohl die Aussage Modrows (wie die der VSP) darauf abzielt, jeden deutschen Waffenexport abzulehnen, um Aufrüstungen wie gerade des Irak durch die BRD für die Zukunft zu verhindern. Schneider erklärt nicht, im konkreten Fall etwas anderes zu befürworten, sondern erklärt die (im Teilbereich) pazifistische Forderung für mitverantwortlich für Massenmord (er reflektiert z.B. nicht einmal, inwieweit deutsche Patriot in Israel überhaupt gewünscht würden!). In den Zusammenhang der beschriebenen Projektion gestellt bedeutet solche "Analyse" von Positionen aber, die Pazifisten zu wesentlichen Mitverursachern für Auschwitz zu erklären.

Das Problem bei Schneider ist, daß die sozialpsychologische Analyse deutschen Bewußtseins anhand des Themas Golfkrieg abzugleitet in die kritisierte Projektion. Die Analyse des deutschen Bewußtseins, wie auch die Projektion selbst, enthalten wahre Kerne, doch deren Erkenntniswert ist bei Schneider verschüttet. Es gilt, wie De. auf dem Hamburger Jour-Fixe zutreffend sagte, daß auch Kriegsbefürworter wie Schneider Israel in den Kontext zu Krieg bringen, Israel ist Kriegsursache und -rechtfertigung, wenn auch als zu verteidigendes Opfer, und nicht als Angreifer: diese Verknüpfung zu hinterfragen verbietet Schneider sich und anderen. In einigen wesentlichen Denkstrukturen entspricht Schneiders Text dabei dem -natürlich wesentlich durchgeknallteren- Text von Pohrt, der die Projektion soweit treibt, die linken KriegsgegnerInnen direkt zu Nazis zu erklären.

Gremliza entwickelt eine differenziertere Einschätzung zum Golfkrieg, er bringt verschiedene Aspekte zur Sprache und gewichtet sie. Diese Abwägung führt ihn aber explizit zu ebenso klarer Kriegsbefürwortung, wie sie Schneider implizit ist.

Gremliza benennt zunächst eine "große Koalition" der Deutschen, die "einig wie nie den Krieg preisen". Seine Argumentation sucht gleichzeitig diese Einigkeit in Frage zu stellen, als auch zu begründen, warum er an ihr Anteil nimmt: "Es macht, daß hier einmal aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen das Richtige getan zu werden scheint." Die falschen Begründungen sind die Beteuerungen, es gehe um den Bruch des Völkerrechts in Kuweit, die falschen Gründe, daß "der Krieg am Golf der erste jener vorhersehbaren Dritte Welt-Kriege ist, in denen der endlich vereinigte Norden seine Ordnung gegen den Süden durchsetzen und der Süden gegen dies Diktat rebellieren wird", daß also hier die "Interessen der führenden Imperialistischen Staaten" durchgesetzt werden sollen. Von diesen Interessen grenzt sich Gremliza scharf ab. Den Krieg, der aus diesen Interessen geführt wird, befürwortet er trotz dieser Abgrenzung. Es gibt einen Zusammenhang, der den Nachteil überwiegt: "Das Richtige, das hier hoffentlich getan wird, darf nicht gesagt werden: daß der Irak der Fähigkeit beraubt werden muß, Israel -wie von Saddam angekündigt- anzugreifen und zu liquidieren." "Das Richtige" bezieht er sich auf die zitierte Eingangsthese und das gestellte Thema der Kriegskoalition. Es bezeichnet also eindeutig nicht abstrakt (irgend)eine Entwaffnung des Irak, sondern steht für die Rechtfertigung des real stattfindenden Krieges <u>als</u> Entwaffnung des Irak.

Damit das auch nicht falsch verstanden werden kann, wiederholt sich Gremliza: "Daß viele Menschen sterben müssen, damit andere leben können; daß daran mit Appellen zu Gewaltlosigkeit so wenig zu ändern ist wie mit klugscheißerischen Ratschlägen an die Insassen von Schutzräumen; daß also das Schreckliche, das jetzt geschieht, das jetzt Richtige ist, rechtfertigt nicht die Politik und die Politiker, die diese Lage geschaffen haben. ..." Es folgt eine Verurteilung imperialistischer Politik, die Israel als Brückenkopf ihrer Interessen nutze - also eine Verurteilung der <u>langfristigen</u> imperialistischen Politik, der die Billigung der <u>kurzfristigen</u> imperialistischen Politik -des Krieges- gegenübersteht. Die einzige Einschränkung Gremlizas ist, der Krieg sei nur gerechtfertigt, <u>wenn</u> der Irak tatsächlich entwaffnet wird - dies ist in Wirklichkeit keine Einschränkung, sondern konnte sogar einer Eskalation als Begründung dienen. Gremliza sagt nicht: da der Krieg nun einmal stattfindet, soll der Irak nun entwaffnet werden, er sagt nicht einmal: <u>insofern</u> der Krieg den Irak entwaffnet.... Das "Richtige" meint hier wiederum den sehr realen Krieg. Gremliza erregt sich (erster Satzteil) über Friedensbewegte, die zivile Opfer beklagen - die Konkret müßte nach meiner Erinnerung erstellt worden sein, nachdem der Angriff auf einen Bunker durch die USA 1000 zivile Opfer forderte. Gremliza rechtfertigt mit seinem Text nicht theoretisch irgendwelche denkbare Gewaltanwendung, sondern die im Konkreten wirkliche, "das Schreckliche, das jetzt geschieht".

In der Konkret 4/91 sucht sich Gremliza in einer Form wiederzugeben, die den genannten Zusammenhang undeutlicher ausfallen läßt. Er zitiert nur das -dadurch als abstrakter Gedanke interpretierbare- Argument von "richtigen" Kriegsgründen, nicht die klare Rechtfertigung für <u>diesen</u> Krieg. Der Text in Konkret 3/91 läßt aber nicht zu, sich um diese Klarheit herumzumogeln.

Gremliza sieht einen Doppelcharakter des Krieges als imperialistischem Krieg und als Krieg des Irak gegen Israel, mit der Rolle der Allianz als Unterstützer Israels. Er löst diesen Doppelcharakter so zugunsten der (vorgeblichen) Interessen Israels auf, daß keinerlei Kritik auch nur an der Kriegsführung überbleibt. Dabei setzt auch eher eher voraus, als er einschätzend begründet, warum dieser Krieg für Israel "das Richtige" sein soll.

Micha Brumlik, ">Wüstensturm< Das Weltsystem als Risikogesellschaft", Kommune 2/91

Dagegen spielt die Bedrohung Israels in der einen Monat früher erschienen Argumentation Micha Brumliks überraschenderweise keine wesentliche Rolle. Es überrscht deshalb, weil die Debatte um Golfkrieg und Israel in der BRD und in der Linken nicht zuletzt durch die Auseinandersetzungen der hessischen Grünen ausgelöst wurde, und der Rücktritt Brumliks wegen mangelnder Unterstützung Israels ein wichtiger Anlaß für die Intensität der Debatten bei den hessischen Grünen war.

Brumlik sieht, anders als Gremliza, in der offiziellen Kriegsbegründung, die Besetzung Kuweits rückgängig zu machen, auch den wesentlichen Grund dafür, warum dieser Krieg gerechtfertigt sei. Dem liegt insbesondere ein positiver Bezug auf die UNO-Charta als "faktisch wirksame(r), institutionell verfestigte(r), rudimentäre(r) Verfassung einer Gemeinschaft von Staaten" zugrunde. Es sei ein grundsätzlicher Fehler der Linken gewesen, wie Carl Schmidt -"Wer Menschheit sagt, will betrügen"- das Völkerrecht geringzuschätzen. Brumlik fordert also "Neues Denken".

Die UNO ist ihm eine genossenschaftliche Körperschaft von Staaten, explizit nicht von Völkern, weshalb die Auslöschung eines Staates wesentlichere Sanktionen nach sich ziehen müsse, wie die Unterdrückung eines Volkes, einer Bevölkerung: "...wenn die Sicherheit auch nur eines Staates nicht mehr geschützt ist, ist die Sicherheit aller anderen (...) nicht mehr gewährleistet". Hinweise auf andere Völkerrechtsverletzungen etc. wie Tibet, West-Sahara etc., Westbank o.ä. "verkennen das in jeder Hinsicht Einmalige der irakischen Annexion: Kuwait ist Mitglied der UN." (Nur nebenbei bemerkt ist dies immanent nicht ganz stimmig, da auch die PLO jedenfalls assoziiertes UN-Mitglied ist.)

Zur genossenschaftlichen Organisation der Staaten und der Entwicklung einer darüberliegenden Ordnungsebene gehört, daß sie anerkannt wird. Sehr unterschiedliche Kräfte aber, so Brumlik, akzeptieren sie in ihrer Weltsicht nicht: US-amerikanische Konservative, marxistische Linke, die Front National in Frankreich - und in besonderer Weise Saddam Hussein. Befreiungskämpfer der 60iger Jahre wie Ho Tschi Minh, Kenyatta, Gandhi seien von europäisch-nationalem Denken beeinflußt worden, Hussein aber vertrete ein panarabisches, über seinen Staat hinausgehendes Konzept. Dies ist Brumlik -neben anderem, z.B. der Märtyrerhaltung- Grundlage für die Notwendigkeit, gegen ihn anzutreten. Die Aufhebung der Weltsicht eines Saddam Husseins führt über die "säkulare Bildung einer sozialen Marktwirtschaft, und endlich gar eine funktionierende parlamentarische Demokratie" im arabischen Raum, die u.a. durch Wirtschaftshilfe erreicht werden müsse.

Um den eine UNO in Frage stellenden Irak zu stoppen aber sei Krieg das rechte Mittel. Die Linke reagiere anachronistisch, als sei Krieg wie Anfang der 80iger in Europa ohne umfassende Vernichtung nicht denkbar, Krieg sei aber "nicht nur eine logische Möglichkeit, sondern eine wählbare politische Option". Die Rechtfertigung von Krieg sei allerdings nur mit starken Werten zu rechtfertigen, also: nicht für american way of life, aber für: Völkerrecht.

Eine Alternative zum Krieg, so Brumlik, sei nicht vertretbar. Der Vorschlag der Friedensbewegung, das Völkerrecht durch Embargo durchzusetzen, sei 1. wegen der Grenzen des Irak zu anderen arabischen Staaten, und der Haltung arabischer Massen nicht durchsetzbar, berge 2. die Gefahr, durch Konkurrenzen zwischen USA, Europa etc. gefährdet zu werden, schaffe 3. einen Mythos Hussein, und schaffe 4. ein -wenn auch eher geringeres- "Restrisiko", daß der Irak Atomwaffen entwickeln, und z.B. Israel gefährden könnte.

Der Irak verfüge heute nicht über Israel gefährdende nukleare Waffen, "...weswegen die Bedrohung und die mögliche Vergeltung Israels mit ähnlichen Waffen derzeit nicht aktuell ist." Diese Situation könne sich ändern "weswegen Israel aller Voraussicht nach früher oder später die irakische Überrüstung durch einen Präventivschlag abbauen müßte", oder aus anderen Gründen eine spätere Kriegsnotwendigkeit wahrscheinlich sei: also besser sofort.

Brumliks Text gibt m.E. sehr gut wieder, was sich in den Köpfen wahrscheinlich vieler Grüner und Ex-Linker an Ethablierung bürgerlichen Denkens abspielt, und was sich oftmals hinter der Argumentation mit Israel verbirgt. Ein Jo Müller z.B., der stets mit Israel argumentiert, gibt in Podiumsdiskussionen -nebenbei- durchaus zum besten, natürlich werde der Krieg um die Völkerrechtsverletzung geführt, und daraus gerechtfertigt. Interessant und bestürzend ist für mich, daß einige der Gedankengänge Brumliks sich durchaus ähnlich auch bei Detlev Claussen (vgl. wie Brumlik im Bulli) finden.

Vielleicht stellt sich angesichts der Diskrepanz von Brumliks Argumentation mit der öffentlichen Debatte die Frage, ob er, mit Tugendhats Bild, auf deutschen Schuldgefühlen spiele, wie auf einem Klavier - ich würde zur Vorsicht appellieren. Es wäre erstens zu überprüfen, ob Brumlik nicht einfach nur seine Argumentationen vorbrachte, und er vielleicht wenig dafür kann - und nicht ihm vorzuwerfen ist -, daß nur seine Argumente zu Israel, die er ja nicht instrumentell erfindet, auf die erzielte große Resonanz stoßen. Es impliziert ja zweitens das Bild vom Klavier, auch wenn Tugendhats Beschreibungen psychischer Abläufe zu Schuld und Phylosemitismus interessant und richtig sein können, das Bild vom passiven, dadurch erleidenden, dadurch mit einem Opfer vergleichbaren Deutschen - und Deutsche waren noch nie Opfer der Juden. Das "Klavier" muß sich also selbst hinterfragen, es produziert, indem es "Klavier" ist, die Probleme, sowie potentiell - in der immer drohenden Umkehrung des Phylosemitismus - die Aggression gegen den Pianisten. Diese Zusammenhänge vermag das - deshalb sehr fragwürdige - Bild vom deutschen "Klavier" nicht einzufangen.

Be

Wenn Krieg zum Mittel der Politik wird, versagen die Mittel der Friedensbewegung

Gespräch mit Henryk M. Broder über die Verantwortung der Deutschen am Golf und die Rolle der Friedensbewegung*

Henryk M. Broder, geb. 1946 in Katowice, freier Jounalist und Autor, lebt seit 1958 in der Bundesrepublik und seit 1981 in Jerusalem. Zur Zeit arbeitet er an einem Projekt über jüdische Kultur in Deutschland nach 1933.

Frage: Halten Sie den Krieg am Golf für notwendig?

Antwort: Inzwischen halte ich ihn für notwendig und für unvermeidlich – gegen meine eigene Überzeugung noch vor vier Wochen. Als ich Anfang Januar in Israel war, standen die Wetten noch am 15. Januar, dem Tag des Ultimatums, ungefähr 9 zu 1, daß es keinen Krieg geben werde. Ich glaube, das haben alle gehofft. Das Schreckliche ist, daß Leute, die diesen Krieg für unumgänglich halten, in die Ecke der Kriegstreiber gestellt werden, während die Friedensbewegung es sich bequem macht, indem sie rein moralische Positionen einnimmt. Ich teile sie, aber eben nur aus moralischer und nicht aus politischer Position. Der Krieg war aus einem sehr simplen Grund unvermeidlich: Es gab eine Unvereinbarkeit der Maßstäbe zwischen den Kriegsparteien. Diese Inkompatibilität lag nicht nur darin begründet, daß es im Irak selbst keine öffentliche Kontrolle über die Politik Saddam Husseins gibt, sondern daß die Prinzipien völlig verschieden sind. Der Schlüsselsatz für mich war jener von Saddam Hussein an die Adresse der amerikanischen Botschaft im Irak im letzten Sommer, als er sagte, Amerika könne sich Zehntausend Tote nicht leisten, aber er könne es sich leisten, ein oder zwei Millionen Menschen zu verlieren. Angesichts einer solchen Haltung hat jeder, der Menschenleben schonen möchte, automatisch verloren. Man kann dem nichts anderes entgegensetzen als Gewalt, so schrecklich es auch ist.

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 19. Februar 1991 in Berlin.

19

Und wie ist es mit dem Embargo, von dem ja viele sagen, daß es Wirkung gezeigt hätte, wenn es nur länger gedauert hätte?

Ich würde noch früher ansetzen. Der Krieg wäre zu vermeiden gewesen, wenn es eine andere Politik gegenüber dem Irak gegeben hätte – übrigens auch eine andere Politik gerade jener Länder, die dem Irak kriegerisch entgegengetreten sind. Man könnte sagen, daß der Irak exakt von jenen abgerüstet wurde, die ihn aufgerüstet haben. Das ist zynisch, aber es ist leider wahr. Dieser Krieg wäre zu vermeiden gewesen, wenn all das nicht stattgefunden hätte, was stattgefunden hat, also die Waffenexporte der Sowjets, der Franzosen, der Engländer, der Amerikaner, auch der Deutschen. Aber das sind Klagen über verschüttete Milch. Ich bin ziemlich sicher, daß ähnliches wieder passieren könnte. Kürzlich wurde bekannt, daß die Bundesrepublik unter dem Druck der Firma MBB größere Waffenexporte an Indien gebilligt hat. Damit ist klargestellt, wer die Außenwirtschaftspolitik in diesem Lande bestimmt, nämlich Konzerne und nicht die Regierung in Bonn.

Über die Wirkungen von Embargos weiß ich nicht genug. Jedenfalls hat das Embargo gegen Südafrika kaum funktioniert. Ich glaube, daß ein Embargo langfristig aus zwei Gründen nicht durchzuhalten ist. Wenn erst Fotos von Hungerleidenden erscheinen, von Kindern, die keine Versorgung haben, bricht die „Heimatfront" zusammen – völlig zu recht. Und je länger ein Embargo anhält, umso mehr Möglichkeiten gibt es, das Embargo zu umgehen. Die Grenzen des Irak sind beispielsweise nicht abzudichten. Hätte es eine realistische Chance für ein Embargo gegeben, wäre Krieg ein untaugliches Mittel gewesen. Aber die Embargo-Chancen waren äußerst zweifelhaft.

Zur Friedensbewegung in Deutschland. An deren Haltung zu Israel und an der Haltung vieler Linker gab es vehemente Kritik. Teilen Sie diese Kritik?

Ich teile diese Kritik vollständig und vollkommen, die übrigens nicht nur vom Ausland vorgebracht wird. Neben Biermann und Enzensberger haben viele Leute eine ähnliche Art von Kritik geübt, auch im linken Milieu. Man sollte zweierlei trennen: die Haltung zu Israel und die Haltung der Friedensbewegung zum Krieg überhaupt. Ich halte die Friedensbewegung für eine sehr anständige Bewegung. Wenn ich zum Beispiel erkenne, daß es in der Bundesrepublik nichts gibt, wofür Menschen noch sterben wollen, halte ich das für einen enormen historischen Fortschritt. Daß dieses Land moralisch demilitarisiert worden ist, ist viel wichtiger als seine faktische militärische Abrüstung. Das ist ein gewaltiger Fortschritt.

Das Ziel der deutschen Friedensbewegung in diesem Krieg ist, moralisch sauber zu bleiben, hat Klaus Hartung in der taz geschrieben. Und so ist es in der Tat. Moralische Positionen, die politisch nicht untermauert werden müssen, lassen sich sehr leicht einnehmen und gut durchhalten. Da setzt meine Kritik an der Friedensbewegung ein. Eine Friedensbewegung bedarf eines Partners. Der Irak ist kein Partner für eine Friedensbewegung. Die Sowjetunion ist ein Partner, sämtliche europäische Staaten sind Partner, weil es unter ihnen bei aller Härte der Verhandlungen immer einen Konsens gegeben hat, auch auf der sowjetischen Seite, daß Krieg kein Mittel der Politik ist. Für den Irak ist der Krieg ein Mittel der Politik. Das hat der Irak mehrfach bewiesen: gegenüber den Kurden und anderen Minderheiten im eigenen Land, gegenüber den Persern. Man hat längst vergessen, daß es der Irak war, der den Krieg gegen den Iran angefangen hat, gleichgültig, was man von Khomeni und seinem Regime gehalten hat. Gegenüber einem Regime, das den Krieg für ein Mittel der Politik hält, versagen die Mittel der Friedensbewegung vollständig. Ich sehe da überhaupt keinen politischen oder praktischen Ansatzpunkt.

Was Isreal angeht, ist die ganze Sache noch viel katastrophaler. Ich stehe der Behauptung einer besonderen deutschen Verantwortung für Israel sehr skeptisch gegenüber. Ich bin immer für eine Normalisierung der Beziehungen eingetreten – auch in dem Sinne, daß man aufhört, sich mit Forderungen und Vorwürfen zu überhäufen. So etwas schafft immer Aggressionen, schlechtes Gewissen. Aber von der deutschen Linken verlange ich schon, daß sie sich überlegt, in welcher Rolle Israel steckt und was in den letzten Wochen geschehen ist. Wenn ich von der deutschen Linken spreche, meine ich eine bestimmte Fraktion, die bereit zu sein scheint, Israel langfristig oder auch schon mittelfristig zu opfern. Sollte demnächst ein arabischer Despot drohen, er werde Atombomben werfen, wenn Israel nicht etwa innerhalb von sechs Wochen oder sechs Monaten liquidiert werde, dann wäre diese pazifistische westdeutsche Linke wohl bereit, diesen Preis zu zahlen. Sie würde diesen Preis zahlen, weil nicht sie zahlen muß – sie läßt zahlen. Dieser Pazifismus ist eine politische Gratisübung auf Kosten anderer. Ich will ein paar Beispiele nennen, die mich unglaublich beeindruckt haben. Der Landessuperintendent der Lippischen Landeskirche hat sinngemäß gesagt, nicht einmal die gewissenlose Aggression Husseins, nicht einmal dessen Bereitschaft zum weiteren Völkermord, besonders an Israel, rechtfertige einen Krieg. Das ist ein Prinzipialismus, mit dem ich nichts anfangen kann. Das ist eine absolut billige Position, die sich auf Kosten anderer friedlich gibt. Es gibt weitere empörende Beispiele. Die Organisatorin der Friedensdemonstration Ende Januar 1991 in Bonn ist gefragt worden, warum in dem Aufruf zur Demonstration Israel gar nicht vorkommt. Die Antwort lautete, man habe keine Zeit gehabt, Israel zu erwähnen, weil die Flugblätter bereits gedruckt gewesen seien, bevor die erste Rakete in Tel Aviv eingeschlagen ist. Saddam Hussein droht die Vernichtung Israels seit Jahren an. Es wäre also genug Zeit gewesen, aber sie haben es nicht wahrgenommen oder sie wollten es nicht wahrnehmen. Die Beispiele ließen sich fortsetzen, und aus all dem lese ich heraus: Man ist bereit, Israel zu opfern. Ich sehe Israel nicht so sehr kurzfristig durch die irakischen Raketen gefährdet, ich sehe es mittelfristig und langfristig dadurch gefährdet, daß die Aufgabe Israels als ein angemessener Preis für die Bewahrung und die Erhaltung des Friedens erscheinen könnte.

Worin sehen Sie diese Haltung vieler Linker begründet? Gibt es ein nicht „bewältigtes" Verhältnis von Linken etwa zum deutschen Antisemitismus und seinen Folgen?

Die besondere Verantwortung, von der ich sprach, wird von diesen Linken übernommen, nur anders herum. Ich möchte, daß die Deutschen erst einmal eine besondere Verantwortung für sich selbst übernehmen. Deswegen war ich zum Beispiel von Anfang an für die Wiedervereinigung, weil ich sie als eine große Chance ansah, daß die Deutschen endlich ihr Verhältnis zu sich selber klären – von der Aufgabe der Ostgebiete bis zur Herstellung einer vernünftigen Ordnung im Lande. Das, dachte ich, ist die Chance für die Deutschen, endlich wieder als eine normale Nation in die Geschichte einzutreten. Die Umkehrung der Verantwortung führt bei vielen Linken dazu, daß sie sich Israel gegenüber betont feindlich verhalten. Das hängt mit dem nicht verarbeiteten Antisemitismus in der Bundesrepublik zusammen. Die Linke hat es geschafft, den Antisemitismus in der Bundesrepublik in der Form des Antizionismus wieder salonfähig zu machen, wobei ich gleich klarstellen will, daß Kritik an Israel, Kritik an der israelischen Politik, übrigens auch falsche oder unberechtigte oder gemeine Kritik, noch lange kein Antizionismus ist. Antizionismus ist die Verweigerung des Rechtes der Juden, sich als Nation staatlich zu organisieren. Alles andere steht zur Diskussion. Ich bin gegen die israelische Besatzungspolitik. Ich bin dafür, daß Israel genauso wie die Bundesrepublik ein normales Land wird. Zu einem normalen Land gehört die Aufgabe der Besatzung unter bestimmten Sicherheitsbedingungen. Das alles ist normale politische Kritik. Zum antizionistischen Ressentiment wird es dadurch, daß Israel mit besonderen Maßstäben gemessen wird oder daß man Israel prinzipialistisch auf eine Art entgegentritt, wie es in keinem anderen Fall geschieht. Die deutsche Linke hat ein

gebrochenes Verhältnis zur eigenen Geschichte. Man spürt es jedes Mal, wenn es darauf ankommt – ob das die Dritte Welt ist, ob es um die Wiedervereinigung geht. Die deutsche Linke kommt mit sich selbst und mit ihrer Geschichte nicht klar. Das ist dieselbe Linke, die ansonsten nicht so pazifistisch ist. In derselben taz lese ich die Parole „Kein Krieg am Golf" und einen Aufruf „Waffen für El Salvador". Dort ist Waffengewalt also legitim? Diese Art von pazifistischer Militanz ist relativ neu.

Woher rührt dieser linke Antisemitismus?

Es ist eine Wiederaufnahme der Tradition. Es hat in der Linken genauso wie in der Rechten immer eine antisemitische Strömung gegeben. Das wird gelegentlich vergessen. Es hat immer einen linken Antisemitismus gegeben, in der KP, in den Gruppen links der KP, teilweise auch in der Sozialdemokratie. Links von der Sozialdemokratie war der Antisemitismus immer ein politisches Mittel, an Massen heranzukommen. Er war oft taktisch gemeint. Die Linke ist in den guten Ruf geraten, nicht antisemitisch zu sein, weil sie das Pech hatte, von den Nazis verfolgt und dezimiert zu werden. Sie hat sozusagen ihr moralisches Alibi durch die Verfolgung, die sie erlitten hat, langfristig als politischen Kredit angelegt. Juden sind verfolgt worden, Linke sind verfolgt worden – also können Linke keine Antisemiten sein. Das ist ein idiotischer Vergleich. Die Linke unterliegt dem Mißverständnis, daß Verfolgung adelt – Auschwitz sozusagen als die größte und effektivste Besserungsanstalt der Welt. Tatsächlich sind weder die Juden noch die Linken durch die Verfolgung veredelt worden. Die Linken sind genauso groß geworden wie alle anderen auch; sie haben den Miet der Wohnkuchen in sich aufgenommen. Und in den linken Wohnkuchen gab es genau denselben antisemitischen Mief, genau denselben Haß gegen Minderheiten, gegen Schwule wie in allen anderen Wohnküchen. Das ist von Linken nie hinreichend reflektiert worden, weil sie sich aufgrund der Tatsache, daß sie links sind und für Verständigung und für Völkerfreundschaft eintreten, für die besseren Menschen halten. Aber: Linke betrügen ihre Frauen genauso wie sie das Finanzamt belügen und besoffen Auto fahren. Sie machen eben alles, was andere Menschen auch machen. Es gibt keinen linken moralischen Bonus. Deshalb sind Linke für Antisemitismus genauso anfällig wie andere auch.

Wäre es nicht an der Zeit, daß die deutsche Linke sich mit diesen Zusammenhängen intensiver befaßte?

Das tut sie inzwischen. Ich habe im Jahre 1976 mit dieser Arbeit begonnen, als die Air-France-Maschine nach Entebbe entführt wurde und als dort zum ersten Mal nach dem Holocaust wieder Juden von Nichtjuden selektiert wurden. Die Selektion ist von jungen westdeutschen Revolutionären durchgeführt worden. Anschließend, als die Israelis ein Kommando nach Entebbe schickten, um die Geiseln zu befreien, hat sich fast die gesamte westdeutsche Linke nicht über die Entführung und die Selektion aufgeregt, sondern über die Verletzung der staatlichen Souveränität Ugandas durch Israel. Damals habe ich den ersten Schritt des Abschieds von dieser Art der Linken getan. Ich muß zugeben, daß sich seitdem etwas geändert hat. Ich lese heute in linken Zeitungen und Zeitschriften (z. B. taz, Konkret) Beiträge, die beweisen, daß sich die deutsche Linke verändert und auffächert. Sie ist nicht mehr so monolithisch, wie sie noch vor zehn Jahren war.

Die deutschen Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, in Länder des Nahen Ostens, insbesondere die deutschen Giftgaslieferungen an den Irak und die Reichweitenverlängerung der Scud-Raketen – drückt sich darin nicht eine noch viel markantere Spielart von Antisemitismus aus? Oder geht es dabei nur um Gewinnsucht, Konkurrenzdruck oder ähnlich gängige Motive?

Ich glaube, diese Exporteuere sind wirklich im allerschlimmsten Sinne des Wortes

unschuldig. Ich glaube, sie hätten dieselben Systeme und Waffen auch an Israel geliefert. Es kommt allein auf Umsätze und Gewinne an. Aber diese Art von Unschuld entschuldigt gar nichts, denn sie müssen wissen, wem sie es liefern und sie müssen wissen, gegen wen es eingesetzt wird.

Fehlt es da nicht auch an Vergangenheitsbewältigung?

Es fehlt vollkommen an politischer Reflektion, an politischem Wissen und an politischer Verantwortung. Aber das würde ich nicht als Antisemitismus klassifizieren. Es ist ihnen schlicht und einfach gleichgültig, gegen wen die Waffen eingesetzt werden. Dahinter stecken Menschenverachtung und Profitstreben. Giftgas zum Beispiel ist gegen die Kurden längst „erfolgreich" eingesetzt worden. Was ich am deutschen Gewissen so schäbig finde, ist, daß es immer dann aufwacht, wenn es um Juden geht. Ich mag es nicht, daß das deutsche Gewissen immer dann moralisch und anständig wird, wenn es um Juden geht. Es hätte spätestens bei den Kurden aufwachen müssen. Was bei der deutschen Industrie vorliegt, würde ich als kriminelle Unschuld bezeichnen.

Und die setzt sich sozusagen urwüchsig durch?

Sie könnte sich nicht durchsetzen, wenn es gesellschaftliche Kontrollen gäbe, wenn es entsprechende Maßnahmen der Regierung gegeben hätte, die alles gewußt und über Jahre die Hände in Unschuld gewaschen hat. Das gilt für alle Regierungen, nicht nur für die amtierende. Es gab immer nur einzelne Initiativen von klugen, anständigen Leuten wie Petra Kelly oder Norbert Gansel oder von Institutionen wie amnesty international oder der Gesellschaft für bedrohte Völker. Auf der Regierungsebene ist nichts davon angekommen. Das ist ein Stück der deutschen Nachkriegsheuchelei. Man hat Rituale eingeführt, man hat die Woche der Brüderlichkeit gefeiert, man hat sich präsentiert als hätte man die Lehren aus der Geschichte begriffen und unter der Hand hat man weitergemacht als sei nichts passiert. Die Verantwortung dafür hat eindeutig die Regierung, dafür ist weder die deutsche Linke noch die deutsche Öffentlichkeit verantwortlich zu machen. Im Gegenteil, wenn etwas funktioniert hat, dann die deutsche Öffentlichkeit. Fernsehmagazine wie Panorama, Report, Monitor, Zeitungen und Zeitschriften haben seit Jahren informiert und gewarnt.

Ist es nicht so, daß die deutsche Industrie nach 1945 vermieden hat, öffentlich ihre Verquickung mit dem Nationalsozialismus zu bekennen, und daß daraus jetzt diese Konsequenzen erwachsen?

Eine Grauzone des Bewußtseins, des faktischen Handelns, auch der Erinnerung. Es war schwierig genug, in diesem Lande die Einbindung von Ärzten, Juristen, Architekten, Städtebauern in den Nationalsozialismus aufzudecken. Am wenigsten Aufarbeitung gab es im Hinblick auf die deutsche Industrie, angefangen von Arisierungsmaßnahmen und der Finanzierung der NSDAP bis hin zu Rüstungsgeschäften und zur Ausbeutung der Zwangsarbeiter. Da ist ein ungeheuer schäbiges Kapitel, und diese Industrie ist einfach notorisch unschuldig. Das, was damals stattgefunden hat, ist für die deutsche Industrie – vor allem für die Rüstungsindustrie – kein Grund, sich ihre jetzige Position neu zu überlegen, weil sie ja unschuldig ist. Ich glaube, sie sind auch nicht genug genötigt worden, Farbe zu bekennen. Deswegen geht es heute vielfach mit demselben Bewußtsein weiter. Es gibt eine deutsche Firma, die Kammern für die Vergasung von Tieren in den Irak geliefert hat – und die dazugehörigen Hunde hinterher. Diese Geschichte haben ZDF und ARD gesendet. Es ist überhaupt nichts geschehen. Die Firma ist inzwischen pleite, aber es gibt Vermutungen, daß sie unter anderem Namen anderswo weitermacht. Die Gaskammern hießen in den Prospekten der Firma „toxikologische

Inhalationssysteme". Das ist die alte Mentalität, die einen Massenmord „Endlösung" genannt hat. Es ist jene Mentalität, die noch für jedes Verbrechen einen sauberen Begriff gefunden hat. Deswegen haben wir – Eike Geisel, ein paar andere Freunde und ich – von der gespenstischen Zusammenarbeit zwischen der deutschen Rüstungsindustrie und der deutschen Friedensbewegung gesprochen – eine These, die viele empört hat. Ich gebe zu, daß sie gemein ist, polemisch, zugespitzt, niederträchtig. Aber sie stimmt. Die deutsche Rüstungsindustrie hat Saddam Hussein mit aufgebaut und die deutsche Friedensbewegung hat ihm die moralische Nachrüstung gegeben, indem sie aus ihm das unschuldige Opfer einer Aggression gemacht hat. Da arbeiten beide – unfreiwillig natürlich – Hand in Hand.

Es waren im wesentlichen die Amerikaner, die Saddam Hussein bekämpft haben. Wie erklären sie die Rolle der Amerikaner in der deutschen Öffentlichkeit?

Da findet eine seltsame Überlagerung statt. Kürzlich sah ich hier in Berlin ein Plakat „Gestern Berlin, heute Bagdad". Es gab in der deutschen Diskussion sehr viele Anklänge an das, was die Amis damals in Deutschland angerichtet haben. In Kreuzberg gab es Graffitis wie: „Bush geht auch über unsere Leichen". Ich glaube, daß die Identifikation mit dem Irak weitgehend die Identifikation zweier Opfer ist, nämlich des deutschen Opfers mit dem irakischen Opfer angesichts des gemeinsamen Aggressors, der Amerikaner. Dan Diner hat den klugen, witzigen und gemeinen Satz geprägt, wonach die Deutschen es den Amerikanern nie verzeihen werden, daß sie sie vom Nationalsozialismus befreit haben. Das trifft natürlich keineswegs für alle Deutschen zu, aber es ist etwas dran. Es überrascht mich, daß die ältere Generation – von 50 aufwärts – dieses antiamerikanische Ressentiment viel weniger hat als die der 20- bis 30jährigen. Ich habe dafür keine Erklärung. In Köln sah ich tausende junger Deutscher auf der Straße, die riefen: USA – Internationale Völkermordzentrale. Das ist unglaublich. Alice Schwarzer behauptete kürzlich im Fernsehen, die Amerikaner hätten nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Menschen umgebracht, und sie sei froh, daß sie hier von den Amerikanern nicht beschützt werden müsse. Sie hat vergessen, daß wir unsere Klappe nur deshalb so weit aufreißen können, weil die Amerikaner hier mit einem Mordsystem aufgeräumt haben.

Hätte es nicht sein können, daß Saddam Hussein, wenn die Amerikaner nicht am Golf gekämpft hätten, demnächst, wenn er die größten Erdölreserven unter seiner Kontrolle hätte, dafür sorgen könnte, daß bei uns nicht nur die Lichter, sondern vor allen Dingen die Motoren ausgingen?

Mit Sicherheit. Ich wüßte gerne, was die Friedensbewegung dann sagen würde. Deswegen ist die Parole „Kein Blut für Öl" so idiotisch. Neben dieser Parole taucht wieder der Satz auf: „Ami go home". Das ist eine klare Projektion. Während des Vietnamkriegs haben wir uns auf die Straße gestellt und gebrüllt „USA – SA – SS". Eine deutlichere Übertragung der deutschen Geschichte auf das Verhältnis Amerika-Vietnam konnte es gar nicht geben. Der deutsche Underdog stand auf, der von den Amis niedergerungen wurde und wollte die späte Genugtuung erfahren, daß die Amis nicht nur Deutschland niedergemacht haben, sondern mit anderen Nationen genauso verfuhren. Diese „Genugtuung" stellt sich jetzt wieder ein. Offenbar sind die Amerikaner der ewige Aggressor, gegen die sich die überfallenen Völker zur Wehr setzen müssen. In dieser Hinsicht vertritt die deutsche „Nationalzeitung" die Position der deutschen Friedensbewegung: „Kein Blut für Öl" und „Sollen deutsche Soldaten für Israel und für Amerika sterben?" Es ist schlimm, daß die Amerikaner den Irak bombardieren, aber die Parole „Kein Blut für Öl" kommt zu spät, weil Saddam Hussein bereits sehr viel Blut für Öl vergossen hat. Ich war überrascht, daß zum Beispiel die deutsche Linke von den Menschenrechtsverletzungen in Kuwait selbst nichts wissen wollte. Da gibt es einigermaßen zuverlässige Berichte aus arabischen Quellen, die hier überhaupt nicht angekommen sind. Wenn Saddam Hussein jetzt nicht gestoppt worden wäre, hätte er 40 bis 50 Prozent der Weltölreserven unter seine Herrschaft gebracht. Sein Krieg ist sehr wohl ein Krieg, bei dem Blut für Öl und Öl für Blut gehandelt wird. Das hat die deutsche Friedensbewegung nicht realisiert.

Wie kann der Nahe Osten nach dem Ende des Golf-Kriegs in einen möglichst friedlichen Zustand versetzt werden? Wie kann zum Beispiel die Palästina-Frage gelöst werden?

Auf einem Plakat des DGB las ich die Parole „Lieber Jahre verhandeln als eine Stunde Krieg". Das ist richtig, aber es ist genau die Art von politischer Naivität, die ich nicht mehr hören kann. Selbstverständlich verhandelt man lieber als einen einzigen Menschen umzubringen. Das gilt auch für Geiselnehmer – etwa in den Fällen Schleyer und Moro – und man hat sich nicht daran gehalten: Am Ende kam es doch zu einem kleinen Krieg. Nun macht die Forderung nach einer internationalen Konferenz für den Nahen Osten die Runde. Das ist ein erstaunliches Manöver der Selbsttäuschung, das mich deshalb überrascht, weil die Deutschen für sich selbst auf eine sehr kluge Weise anders entschieden haben. Die Bundesrepublik hat ihre Konflikte mit europäischen Nachbarn bilateral gelöst. Es gab Verträge mit Frankreich, mit der Sowjetunion, mit Polen und am Ende sogar mit der DDR. Es gab keine europäische Friedenskonferenz. Wenn man zum Beispiel von Köln nach Maastricht fährt, kreuzt man eine Waffenstillstandslinie. Es ist keine völkerrechtlich anerkannte Grenze. Aber diese Waffenstillstandslinie hält, und keiner denkt daran, dort einen Schuß abzugeben. Diese Regelung beweist, wie man mit einem pragmatischen Provisorium langfristig Sicherheit erzielen kann. Nun soll im Nahen Osten eine große internationale Konferenz stattfinden, bei der nach Meinung vieler alle Probleme gelöst werden sollen. Man macht sich überhaupt nicht klar, wie viele Probleme es sind: da ist der Libanon-Konflikt; da ist die Kurden-Frage, an der fünf Länder beteiligt sind; da ist der Iran-Irak-Konflikt; da ist der Irak-Kuwait-Konflikt und nicht zuletzt der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Meint man womöglich, daß die Anhäufung unlösbarer Probleme ihre Lösbarkeit befördert? Ich sehe in solchen Konzepten eher den Versuch, die Probleme hinauszuschleppen, während so getan wird, als trage man etwas zu ihrer Lösung bei – ein politischer Symbolismus, der völlig unpraktisch ist.

Der Konflikt, der noch am ehesten lösbar ist, scheint mir der Palästina-Konflikt zu sein. Dieser Konflikt besteht zu 90 Prozent aus gegenseitiger, berechtigter Angst, aus Hysterie. Ich erkenne die Angst der Palästinenser vor den Israelis als völlig berechtigt an – und umgekehrt genauso. Wenn ein Palästinenser in einen israelischen Bus steigt und diesen Bus dann in den Abgrund steuert, dann muß jeder Israeli, der Bus fährt, jeden Palästinenser, der ihm begegnet, als einen potentiellen Täter ansehen. Und umgekehrt genauso: Wenn ein Israeli ein Gewehr nimmt und sieben Palästinenser niederknallt, die an einer Haltestelle warten, muß jeder Palästinenser jeden Israeli als einen potentiellen Mörder sehen. Ich kann diese gegenseitige Angst gut verstehen. Aber der Konflikt ist dennoch zu lösen, weil die Vorgaben, die Optionen klar sind: Es kann entweder die Macht im Lande geteilt werden oder das Land kann geteilt werden. Die Macht kann im Lande geteilt werden, indem ein binationaler Staat eingerichtet wird nach dem Prinzip „one man – one vote", das heißt die Gebiete, die jetzt besetzt sind, werden annektiert, und die Palästinenser werden zu vollen und gleichberechtigten Bürgern Israels. Theoretisch wäre ich dafür, praktisch bin ich dagegen, weil ich nicht möchte, daß die Palästinenser auf eine unabsehbare Zeit unsere Wasserschlepper bleiben. Sie müssen einen eigenen Staat haben, sie müssen ihre eigene Organisation haben, sie müssen sich um sich selbst kümmern und dann kann man irgendwann darüber reden, wie man die Grenze wieder aufhebt. Das heißt, die zweite Option kommt in Frage. Man teilt das Land, so wie Palästina schon einmal geteilt

wurde, mehr oder weniger wieder entlang der Grenzen von 1967. Es gibt einen palästinensischen Staat, ein palästinensisches Heimatland. Es muß nicht sofort ein Staat sein, man kann Stufenregelungen vorsehen, die auf einen Staat hinführen. Es gibt keine andere Lösung. Die Alternative zu diesen beiden Lösungen wäre nur der gemeinsame Untergang, was beide Seiten inzwischen begriffen haben. Es ist hierzulande nicht so bekannt, daß die Palästinenser wissen, daß es einen palästinensischen Staat ohne Israel nicht geben kann. Wenn es, Gott behüte, den jüdischen Staat Israel nicht gibt, dann wird es auch keinen palästinensischen Staat geben, weil dann jedes Druckmittel und jedes Interesse bei den arabischen Staaten entfallen wäre. Andererseits kann es kein demokratisches, pluralistisches Israel geben, das Besatzungsmacht spielt. Man kann nicht zu Hause Demokratie praktizieren und vor der Haustür Besatzungsregime sein. Das heißt, daß beide Seiten ein Interesse daran haben, den Konflikt aufzulösen. Die Entwicklung der letzten Jahre war eigentlich relativ positiv. Es gab Umfragen, es gab empirische Studien, bei denen sich auf beiden Seiten die Erkenntnis durchsetzte, daß es so nicht weitergeht.

War dieser Krieg der Vorbote einer großen Nord-Süd-Auseinandersetzung?

Es ist kein Nord-Süd-Krieg, diese Art der Erklärung bietet allerdings die einzige Möglichkeit, der antiimperialistischen Bewegung zu einem Weiterleben zu verhelfen. Natürlich gibt es Elemente von Unterdrückung, von Ausbeutung, einfach gesagt: von nicht gerechter Verteilung von Wohlstand. Aber das ist längst keine Nord-Süd- oder Ost-West-Frage mehr. Es gibt das Problem der ungerechten Verteilung von Wohlstand innerhalb der arabischen Länder. Hier wird immer wieder vergessen, daß es sich um eine der reichsten Regionen der Welt handelt, die so reich ist, daß, wenn der Reichtum gut eingesetzt würde, Europa dagegen zu einem Armenhaus verkäme. Saddam Hussein hat die Einnahmen aus den Ölgeschäften der letzten Jahre offenbar vollständig dazu verwendet, das Land in eine Festung zu verwandeln. Da blieb für soziale Projekte wenig übrig. Man muß sich klarmachen, daß in Arabien die Aufklärung nicht stattgefunden hat. Es haben sich bestimmte Werte, die in Europa weitgehend Allgemeingut geworden sind, nicht durchgesetzt. Es gibt Feudalsysteme und es gibt sogenannte antiimperialistische Diktaturen, die mit ihren Völkern genauso tyrannisch umgehen wie die Feudaldiktaturen. Es ist nicht eine Frage der ungerechten Verteilung zwischen Nord und Süd, zwischen den armen Ländern in Arabien und den hochentwickelten europäischen und amerikanischen Ländern. Die Frage ist, wie die arabischen Länder den Reichtum, auf dem sie sitzen, selbst nutzen. Bisher hat sich eine vernünftige Art, diesen Reichtum für die Entwicklung der Region zu nutzen, noch nicht durchgesetzt. Ich verstehe also, daß die Völker dort frustriert sind. Ich verstehe nicht, warum die Frustrationen sich nicht gegen die eigenen Regimes wenden, sondern ein Ventil brauchen, einen Sündenbock. Die Verbrechen der Ersten Welt an der Dritten Welt sind zweifellos furchtbar. Wenn wir hier ein Kilo Bananen kaufen, das 1,50 DM kostet, dann weiß ich genau, es müßte 15 DM kosten, damit die Plantagenarbeiter in Mittelamerika annähernd so gut leben könnten wie wir. Es findet immer noch Ausbeutung statt, aber nicht im Verhältnis zwischen Europa und den arabischen Ländern. Es gibt eine gegenseitige Abhängigkeit. Genauso wie Europa Erdöl braucht, brauchen die arabischen Länder Aspirin und Maschinen. Das heißt, die wirtschaftliche Macht kann nach beiden Richtungen hin genutzt werden.

Ist es denn denkbar oder erstrebenswert, daß die arabischen Länder sich demokratische, sozialstaatliche Strukturen aneignen, die sich historisch als die für die Menschen geeignetste Staatsform herausgestellt haben?

Man muß wahrscheinlich mit der Idee leben, daß es nicht kompatible Systeme geben wird, die nebeneinander bestehen bleiben. Das Problem ist, inwieweit man Systeme

tolerieren oder auch fördern kann, die sich von unseren Werten so eindeutig unterscheiden. Wie gehe ich mit einem System um, das Ehebrecher steinigen und Dieben die Hand abhacken läßt. Ich kann das nicht akzeptieren und auch nicht Toleranz ausüben. Die Gleichheit, die dadurch vermittelt wird, daß dieselben Leute, die dort den Dieben die Hand abhacken, mit derselben Kreditkarte ihre Flüge bezahlen, wie ich es auch tue, ist eine Illusion. Wir sind gleich auf der Ebene der technischen Kooperation, aber wir sind ganz und gar ungleich auf der Ebene der Werte. Und dabei wird es eine Weile bleiben. Entsetzlich finde ich, daß es hier eine eigentümliche Bewunderung für diese Despotien gibt. Je brutaler und rücksichtsloser so ein System ist, umso mehr Rücksichtnahme diesem System gegenüber wird hier erwartet.

Es sind Vergleiche zwischen Saddam Hussein und Hitler angestellt worden. Gibt es eine Ähnlichkeit, was die Faszination von Macht und Brutalität angeht?

Vergleiche hinken immer, obwohl ich diesen für richtig, berechtigt und begründet halte. Es gibt diese Fazination des Bösen, der vor allem die Guten erliegen. Sie erliegen dieser Faszination so leichtfertig, weil sie so sehr damit beschäftigt sind, immer gut zu sein.

Während ein Bundeskanzler zu allerlei Sitzungen gehen muß, sich beraten muß, Prügel bezieht; während ein amerikanischer Präsident zum Kongreß und Senat gehen muß und sich alle möglichen Genehmigungen geben lassen muß, entscheidet ein Saddam Hussein allein und handelt. Dadurch werden viele verschüttete, verdrängte, verleugnete Autoritätsbedürfnisse aktiviert. Ich glaube, er imponiert ganz vielen Leuten. Auf der Ebene der bewußten politischen Entscheidung lehnen wir es ab, aber ganz unbewußt finden wir den autoritären Vater, der entschlossen entscheidet, toll. Das ist eine Ebene, über die noch zu wenig nachgedacht worden ist. Gerade die antiautoritäre Bewegung hat – deshalb der Name – Probleme mit der Autorität. Je antiautoritärer sie ist, desto anfälliger ist sie für autoritäre Handlungen. Genauso wie die katholische Kirche ein Problem mit der Pornographie hat und sich dem Gegenstand ihrer Begierde nur in der Form der Ablehnung nähern kann, kann die antiautoritäre Bewegung ihre Sympathien für die Autoritäten nicht verhehlen.

Christian Ströbele

Mein Verhältnis zu Israel und zum Golfkrieg - ohne Mißverständnisse

Ein paar Wochen nach der Rückkehr aus Israel ist mir, als wache ich aus einem bösen Traum auf: Da saßen dunkle Gestalten spät abends in den Räumen der taz, verfassten und verschickten einen Drohbrief an mich und versorgten einschlägige Landtagsfraktionen der GRÜNEN mit Material. Parteifreunde gaben daraufhin Presseerklärungen heraus, in denen ich als "Büttel Husseins" oder auch als der entlarnt wurde, der eigentlich deutsche Waffenlieferungen an den Irak rechtfertigen wolle. Ein ehemaliger Genosse meldet sich zu Wort, der mich seit Jahrzehnten als jemanden kennt, der deutsche NS-Vergangenheit aufzuarbeiten versucht hat. Er findet auf einmal, ich sei "antisemitisch" und schreibt das auch gleich in die Zeitung. Ein Parteifreund setzt nach und lanciert an den richtigen Journalisten, ich hätte in einem Wochen zurückliegenden abendlichen Telefongespräch einen furchtbaren Satz geäußert, in dem ich den Tod von Millionen Juden in Kauf genommen hätte. Alle scheinen nur auf ein Zeichen gewartet zu haben, sich auf mich zu stürzen. Keiner kam auf die Idee, mal anzurufen, was eigentlich los ist und ob ich mich und meine politischen Auffassungen geändert habe.

Es waren die Fernsehnachrichten über die US-amerikanischen Aktivitäten zur Lösung der Palästinenserfrage, ein Fernsehmagazin "Report" über deutsch-israelische Beziehungen und ein Zeitungskommentar eines Kollegen über die mögliche Rolle des israelischen Geheimdienstes MOSSAD in meiner Affäre, die maßgeblichen Anteil daran hatten, mich in die Wirklichkeit zurückzuholen. An dem, was ich mit dem berühmt-berüchtigten Satz über die "logischen Konsequenzen" eigentlich sagen wollte, schien doch was dran zu sein. Auch die US-Amerikaner scheinen entdeckt zu haben, daß zwischen Golf-Krieg und der Politik Israels gegenüber den Palästinensern und den übrigen arabischen Staaten ein Zusammenhang besteht. Warum sonst drängt die Administration schon wenige Tage nach dem Waffenstillstand im Golf-Krieg und dem Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait auf die Räumung der besetzten Gebiete durch Israel, auf Abrüstungs- und Friedensvereinbarungen Israels mit den arabischen Staaten. Grund genug, meine Position zu Israel, zum Golf-Krieg nochmal festzuhalten:

1. Wie für viele aus der APO war auch für mich ein zentraler Punkt meines politischen Engagements Ende der 60er Jahre die Auseinandersetzung mit der deutschen Nazivergangenheit und mit dem Schweigen bzw. dem Verdrängen der Generation unserer Eltern und Lehrer. Als wir erfuhren, daß der Leiter unserer Strafrechts-AG als Vorsitzender Richter im Schwurgericht den einzigen Richter des Volksgerichtshofes, der wegen der Beteiligung an Todesurteilen je angeklagt war, freigesprochen hatte, haben wir Rechtsreferendare den Protest dagegen organisiert und begonnen, über die Kontinuität der Nazijustiz hin zur bundesdeutschen Justiz zu arbeiten. Für uns war selbstverständlich, daß wir die Verantwortung auch der nachfolgenden Generation für die deutschen Verbrechen der Nazizeit sehen und versuchen wollten, dieser Verantwortung in unserer politischen Arbeit gerecht zu werden.
Seither war auch mein politisches Engagement davon mitbestimmt. 1983 hatte ich den Lebensweg des Nazi-Verbrechers Klaus Barbie, des "Schlächters von Lyon" und seinen Aufenthalt in Bolivien nachrecherchiert und darüber in der Zeitung geschrieben. In Berlin (DDR) war ich als Prozeßbeobachter in der Verhandlung gegen einen NS-Täter und habe darüber in der Zeitung veröffentlicht.
Als ich für die AL in den Bundestag kam, haben wir eine Initiative der Hamburger GAL aufgegriffen und die Versorgung der von den deutschen Nazis Verfolgten, der Juden und vieler andere, wieder auf die Tagesordnung gebracht. Wir haben dazu beigetragen, daß das Nazi-Unrecht gegenüber Sinti und Roma im Deutschen Bundestag anerkannt und verurteilt wurde. Wir haben Zahlungen des Bundes an Opfer der von den deutschen Nazis durchgeführten Zwangssterilisationen durchsetzen helfen. Wir haben die Forderung nach Gedenkstätten für von den Nazis Verfolgten unterstützt und gegen den Versuch der Entsorgung der deutschen Geschichte durch Kohl und Reagan auf dem SS-Soldatenfriedhof in Bitburg protestiert und den Widerstand gegen das Deutsche Historische Museum in Berlin mitorganisiert. Wir haben große Anfragen zur Nazi-Justiz - und zum Antisemitismus in der Bundesrepublik vorbereitet. Wir haben nicht viel erreicht, aber es war mehr, als GRÜNE in anderen Politikbereichen durchsetzen konnten.

2. Mein Verhältnis zu Israel war und ist sehr gegensätzlich und von unterschiedlichen Erfahrungen und Emotionen geprägt worden.

Da ist die deutsche Verantwortung für die Ursachen, die zur Gründung des Staates der Juden geführt haben. Ohne die Verfolgung und die Vertreiburig durch Deutsche, ohne die grauenhaften Verbrechen der Deutschen wäre der Staat Israel zu dieser Zeit und so wohl nicht entstanden.

Deshalb war es richtig, daß Israel durch die Bundesrepublik Deutschland politisch und materiell unterstützt wurde und die Überlebenden der Verfolgung und des Holocaust finanzielle Hilfe geleistet wurde. Und es war und ist eine Aufgabe gerade auch für die Deutschen, mitzuhelfen und sich dafür einzusetzen, daß die Israelis in ihrer neuen Heimat sicher leben können. Die Bevölkerung Israels hat einen Anspruch auf die solidarische Hilfe der Deutschen.

Richtig ist auch, daß die Erfahrungen der Erniedrigung und Ermordung von Millionen von Juden durch Deutsche zu Recht das Bedürfnis der israelischen Bevölkerung nach Sicherheit und nach Schutz vor Bedrohung durch militärische Stärke begründen.

Aber es ist auch nicht zu übersehen, daß der israelische Staat auch darauf aufgebaut ist, daß die dort ursprünglich lebende palästinensische Bevölkerung gewaltsam, mit kriegerischen und terroristischen Mitteln vertrieben wurde und seither überall auf der Welt und vor allem in den arabischen Staaten herumgestoßen wird. Fast überall werden den Palästinensern ausreichende Existenzmöglichkeiten vorenthalten. Die Vertreibung, die Opfer, die menschlichen Tragödien der palästinensischen Familien gehören auch zu den mittelbaren Folgen der deutschen Verbrechen.

Die Auffassung, daß gerade Deutsche kein Recht haben, nach all dem, was sie den Juden angetan haben, Israel wegen Menschenrechtsverletzungen, begangen an den Palästinensern, und wegen seiner Politik gegenüber den arabischen Nachbarstaaten zu kritisieren, teile ich nicht. Unser Eintreten für Menschenrechte, Selbstbestimmung und friedliche Lösungen überall auf der Welt würde unglaubwürdig, wenn wir hier wegen unserer historischen Verantwortung schweigen würden. Ein solches Schweigen wäre mit einem ehrlichen, respektvollen und solidarischen Umgang mit Israel nicht zu vereinbaren. Deshalb halte ich es für richtig, die Fehler israelischer Regierungspolitik genauso laut zu benennen und die Schlußfolgerungen aus dieser Kritik in unser politisches Handeln mit einzubeziehen, wie wir dies mit den Fehlern deutscher Politik machen.

Daraus folgt zunächst einmal ein besonderes Eintreten für die palästinensischen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. Daraus folgt aber auch eine politische Unterstützung für die Achtung der Menschenrechte der Palästinenser in Israel und in den arabischen Staaten und das immer wieder neue Eintreten für das Recht auf Selbstbestimmung und für das Recht der Palästinenser, in einem eigenen Staat zu leben.

Früher habe ich die Auffassung vertreten, daß Israelis und Palästinenser in einem Staat zusammenfinden könnten. Heute weiß ich, daß dies nicht möglich ist. Für mich ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß einerseits das Existenzrecht des Staates Israel anerkannt und international gesichert werden muß, daß genauso aber auch das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat durchgesetzt werden muß. Die UNO-Resolutionen, die beides fordern, weisen den richtigen Weg.

Das, was ich über die neuentstandene israelische Gesellschaft, die Formen des solidarischen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens in den Kibbuzim während der Schutzzeit erfahren hatte, übte eine große Faszination aus und war später Vorbild für viele Linke. Einige fuhren nach Israel und kehrten begeistert zurück.

Ich habe aber auch erfahren, wie die israelischen Regierungen - gemeinsam mit denen aus den USA und der BRD - Diktaturen in Lateinamerika und sogar das rassistische Regime in Südafrika unterstützten, wie israelische Sicherheitsdienste Polizei und Geheimdienste solcher Staaten bei der Ausbildung und Ausrüstung halfen oder gar bei der Unterdrückung der Bevölkerung. Israel war ein normaler Staat geworden, der in Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher eigener Interessen (z.B. der Anerkennung) Regimes unterstützte, die die eigene Bevölkerung unterdrückten.

Anfang der 80er Jahre war ich bei den Recherchen zum Lebensweg des Klaus Barbie auf Hinweise gestoßen, daß Israel an diversen Waffengeschäften beteiligt war, die dieser während der Militärdiktatur in Bolivien organisiert hatte.
Auch solche Kenntnisse prägten mein Bild von der Politik der israelischen Regierung.

Hinzu kam, daß die Politik Israels gegenüber den arabischen Staaten, etwa gegenüber Libanon und auch gegenüber dem Irak, durch Konfrontation und zeitweilig auch durch kriegerische Akte bestimmt war. Nicht zu übersehen ist, daß Israel heute große Gebiete arabischer Nachbarstaaten entgegen eindeutiger UNO-Resolutionen besetzt hält und besiedelt, auch wenn diese Besetzungen erst nach kriegerischen Aktionen gegen Israel erfolgten.

Solche widersprüchlichen Erfahrungen und Erkenntnisse prägen heute mein Bild des real existierenden Israel. Sicher wird unsere Haltung zu diesem Staat und seiner Bevölkerung deswegen auch falsch beurteilt, weil wir es sind, die in Stellungnahmen die Kritik an der Politik der Regierung Israels in den Vordergrund stellen. Dies muß zu Mißverständnissen führen. Die deutsche Regierung unterstützt die israelische Regierungspolitik, was sie allerdings bekanntlich nicht daran hindert, gleichzeitig mit den arabischen Staaten für Israel häufig verhängnisvoll tödliche Waffengeschäfte zu machen oder zuzulassen. Uns bleibt dann der Part, die Kritik an dem Umgang mit den Palästinensern und an der israelischen Regierungspolitik in aller Welt zu artikulieren. Weil wir nicht immer gleichzeitig auch unsere Solidarität mit der israelischen Bevölkerung zum Ausdruck bringen, werden wir leicht in die anti-israelische Ecke gestellt und wird uns dann, wie jetzt mir, der Vorwurf gemacht, ich sei antiisraelisch oder sogar antisemitisch.

3. Wenige Tage nach dem erzwungenen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait und dem Waffenstillstand im Golf-Krieg drängt der US-amerikanische Präsident Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten und Verhandlungen mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten. US-Außenminister Baker macht sich die Formel "Land für Frieden" zu eigen, bereist den Nahen Osten und Israel und trifft sich mit Delegationen der Palästinenser. Ist das zeitliche Zusammentreffen rein zufällig oder ist das das nachträgliche faktische Anerkennen des von Saddam Hussein geforderten linkage zwischen der Räumung der durch Israel besetzten Gebiete und der Räumung des Kuwait? Beides wohl nicht. Aber offensichtlich sieht die US-Administration auch als erste Voraussetzung für die Verhinderung eines weiteren Krieges oder einer Ausweitung des Krieges für Frieden an, daß Israel seine Politik gegenüber den Palästinensern ändert und sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht. Das ist eine Bestätigung meiner Auffassung, daß die Spannungen in der Region viel zu tun haben mit der Politik der israelischen Regierung in den vergangenen Jahrzehnten gegenüber den arabischen Staaten und den Palästinensern. Die explosive Situation in Nah-Ost seit Jahrzehnten, die Aggression Saddam Husseins, der diese Situation auszunutzen versuchte, der Golf-Krieg und auch die Raketenangriffe auf das nicht am Krieg beteiligte Israel stehen in einem Zusammenhang auch mit der Politik der israelischen Regierung. Um Mißverständnissen gleich entgegenzuwirken: die Behauptung eines solchen Zusammenhangs bedeutet keineswegs, daß Saddam Hussein Raketen auf Israel schießen, Kuwait überfallen darf, weil Israel Palästinenser unterdrückt, diesen Menschenrechte vorenthält oder gegenüber Nachbarstaaten im Libanon kriegerisch vorgegangen ist. Saddam Husseins Angriffe bleiben Verbrechen, die nicht zu rechtfertigen sind, auch nicht damit, daß er vorgegeben hat, er handele im Interesse der Palästinenser und der anderen arabischen Staaten. In Wahrheit sind ihm deren Interessen völlig gleichgültig, wie in der Vergangenheit etwa aus seiner Politik im Libanon (Unterstützung der rechtsgerichteten Christen), gegenüber dem Iran und nicht zuletzt gegenüber Kuwait immer wieder deutlich geworden ist. Ihm geht es um die Erhaltung und Ausdehnung seiner Macht. Dafür ist ihm jedes Mittel recht, der Pakt mit den angeblichen Todfeinden USA oder den iranischen Mullahs genauso wie der Einsatz von Militär und Giftgas beim Überfall auf andere Staaten und bei der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung. Jeden Vorwand nutzt er skrupellos. Die von mir kritisierte Politik der israelischen Regierung hat dazu beigetragen, daß der Despot aus Bagdad einen Vorwand finden und versuchen konnte, sich als "Retter des palästinensischen Volkes" aufzuspielen. Wenn in den letzten Jahrzehnten Palästinensern mehr Menschenrechte und Selbstbestimmung in einem eigenen Staat gewährt worden wäre, wenn Israel die Politik des Ausgleiches und der Verständigung mit allen anderen Nachbarstaaten betrieben hätte, dann hätte der machtversessene Diktator nicht auf die mörderische Idee verfallen

können, durch Raketenangriffe auf Israel arabische Staaten auf seine Seite zu zwingen und den Krieg auszuweiten.

Jetzt sind Saddam Hussein und seine Armeen militärisch besiegt. Der Preis für diesen Sieg war hoch, über 100.000 Tote, unzählige verletzte Menschen und ein zerstörtes Land Irak. Die Probleme der Region sind dadurch nicht gelöst. Die Sicherheit Israels ist allenfalls ganz kurzfristig verbessert. Längerfristig sieht es eher schlechter aus. Der Haß und die Aggression der Palästinenser wegen der betrogenen Hoffnungen und auch wegen der Behandlung durch die israelischen Besatzer während des Krieges sind schlimmer geworden. Die Bereitschaft der israelischen Bevölkerung zum Ausgleich mit den Palästinensern ist wegen deren Bejubelns der Politik und der Raketen Saddam Husseins gesunken. Große Teile der arabischen Völker denken und fühlen ähnlich wie die Palästinenser. Selbst wenn Saddam Hussein innenpolitisch nicht überlebt, eine schiitische Republik Irak ist für Israel nicht weniger bedrohlich. Ich fürchte, der nächste arabische Diktator steht schon bereit mit nicht weniger furchtbaren Waffen. Der Golf-Krieg hat der Sicherheit Israels letztlich nichts genützt, aber die Chancen einer Verständigung und Abrüstung in der Region vermindert.

Wenige Tage nach Beginn des Krieges im Januar, nach den ersten Raketenangriffen auf Israel hatte ich in einem Brief an die israelische Friedensbewegung formuliert, "Mit Entsetzen haben wir die Bilder von zerstörerischen Raketenangriffen auf Wohnviertel in Israel gesehen, grauenhaft und unerträglich ist für uns die Vorstellung, Menschen in Israel könnten durch Giftgas getötet werden - mit Gas, an dessen Herstellung Deutsche beteiligt waren und verdient haben -." Weiter hatte ich geschrieben: "Die israelische Regierung hatte gegenüber Saddam Hussein von Anfang an nicht auf den Erfolg des Embargos, sondern auf Krieg gesetzt, obwohl ganz klar war, daß Israel von dem Krieg unmittelbar betroffen sein würde, ob es wollte oder nicht. Saddam Hussein hatte angekündigt, daß er im Falle eines Angriffs auf den Irak gegen Israel losschlagen werde. Schon die bisherigen Raketen auf Israel waren eine Konsequenz des Setzens auf die kriegerische Lösung. Jede weitere Eskalation würde unausweichlich auch die Menschen in Israel treffen." Der Satz mit den "Konsequenzen" hat mir den Vorwurf des Antisemitismus eingebracht. Aber einen Zusammenhang feststellen, heißt doch nicht, die Verbrechen der Raketenangriffe zu leugnen oder zu rechtfertigen. Die Konfliktsituation war ähnlich der, wenn Polizei gewaltsam gegen Geiselnehmer vorgeht und die Geiseln damit akuter Gefahr aussetzt. Die Kritik am Vorgehen der Polizei, das für die Geiseln mit einem hohen Risiko verbunden ist, will dann doch auch keineswegs das Verbrechen der Geiselnehmer gegenüber den Opfern rechtfertigen. Der irakische Diktator hatte angekündigt, im Falle eines Angriffs auf sein Land durch die USA Israel rücksichtslos zu bombardieren. Es lag also im Interesse gerade auch der Sicherheit Israels, den Kriegsbeginn zu verhindern oder - nach Kriegsbeginn - auf einen sofortigen Waffenstillstand zu dringen, um die Bedrohungssituation zu vermindern.

Selbst dann, wenn der Krieg bis zur vollständigen Zerschlagung der irakischen Militärmaschine und der Entmachtung des Diktators als unumgänglich und zwingend geboten angesehen würde, ist der Zusammenhang zwischen der Bombardierung des Irak und den Raketen auf Israel offensichtlich. Wenn man aber, wie ich, den Krieg nicht als die einzig denkbare Möglichkeit akzeptiert, die irakischen Armeen aus Kuwait zu vertreiben und den Diktator in seine Grenzen zu verweisen, dann lag es um so mehr nahe, Alternativen zu suchen und die Möglichkeiten eines Waffenstillstandes und eines Embargos auszuloten, um auch die "Konsequenz" der Bedrohung der israelischen Bevölkerung so lange wie möglich zu vermeiden.

Während des Krieges schien es so, als müßten wir uns entscheiden zwischen der Wahrnehmung unserer besonderen Verantwortung für Israel und unserem Engagement gegen den Krieg, gegen Waffenlieferungen, für die Rechte der Palästinenser und für den Frieden. Der Konflikt schien unauflösbar.

Ich wollte diese Alternative nicht akzeptieren. Ich war der Meinung, auch während des Krieges ließe sich beides miteinander vereinbaren, unsere Verantwortung für Israels Sicherheit und die Position gegen Waffenlieferungen und für Waffenstillstand. Gerade nach dem von uns geforderten Schweigen der Waffen schien mir die Sicherheit Israels auch vor Raketenüberfällen tatsächlich gesichert.

Einen unauflösbaren Gegensatz zwischen unserer Verantwortung für Israel, für seine Existenz und Sicherheit einerseits und unserer Position gegen den Krieg am Golf und für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser andererseits sehe ich heute schon gar nicht mehr. Mit einem Großteil der Bevölkerung und der Friedensbewegung in Israel bin ich der Meinung, daß weitgehende Sicherheit Israels erreicht werden kann, wenn den Palästinensern Menschenrechte und Selbstbestimmung und das Recht auf einen eigenen Staat endlich eingeräumt werden. Damit würde auch eine wesentliche Voraussetzung für einen Abbau von Haß und Aggression auf allen Seiten und für erfolgreiche Verhandlungen über Abrüstung und Friedensgrenzen in der Region geschaffen werden. Mitzuhelfen, dies durchzusetzen entspricht deshalb deutscher Verantwortung für Israel und für das Schicksal der Palästinenser.

Hans-Christian Ströbele

Die gescheiterte Israel-Reise

Vorgeschichte

In seiner Sitzung am 19. Januar 1991 beschäftigte sich der Bundesvorstand sehr ausführlich mit dem Golf-Krieg und damit, was seitens der GRÜNEN dazu in nächster Zeit gemacht werden könne. Auf meinen Vorschlag hin wurde beschlossen, Kontakt aufzunehmen mit Vertreterinnen der Peace-Now-Bewegung in Israel und mit oppositionellen Knesset-Abgeordneten. Prominente Vertreterinnen sollten in die Bundesrepublik eingeladen werden, um im Bundesvorstand und auch auf Landesversammlungen die Nahost-Problematik und die besondere Situation und Gefährdung Israels zu diskutieren. Darüberhinaus sollten Gespräche in den Botschaften Israels, Jordaniens, des Irak und der PLO geführt werden, um dort den Standpunkt der Friedensbewegung und der GRÜNEN zu erläutern.

Von Anfang an war vorgesehen, in den Gesprächen mit den Vertreterinnen der Friedensbewegung und der Knesset und auch in den Gesprächen in den Botschaften zu klären, ob ein Nahost-Besuch des Bundesvorstandes als sinnvoll angesehen wurde.

Außerdem kündigte ich an, einen Entwurf für einen Brief an die Friedensbewegung in Israel zu erarbeiten, in dem die Positionen der GRÜNEN zum Golf-Krieg und zur Lieferung von Patriot-Raketen an Israel dargestellt und begründet werden sollte.

In der Folgezeit fanden dann Gespräche in den Botschaften Israels, Jordaniens und des Irak statt. Sowohl der Botschaftsrat in der Botschaft Israel, als auch der Botschafter Jordaniens befürworteten ausdrücklich eine solche Reise. Diese sei sicher sehr sinnvoll. Der Botschaftsrat aus Israel versprach, bei der Organisierung der Reise und insbesondere von Gesprächskontakten behilflich zu sein. Er zerstreute auch unsere Bedenken, ob es möglich sei, von Israel direkt über den Jordan nach Jordanien zu fahren.

Der Botschafter Jordaniens versprach uns hochrangige Gesprächspartner in Jordanien.

In der Botschaft des Irak haben wir sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir keineswegs die Position des Irak und von Saddam Hussein billigen. Daß wir es für ganz dringend erforderlich halten, daß der Irak seine Truppen aus Kuwait zurückzieht und recht schnell ein Zeichen setzt, daß er dazu bereit ist.

Das Gespräch in der israelischen Botschaft wurde von Heide Rühle, Ozan Ceyhun und mir geführt. Das in der arabischen Botschaft von Ozan und mir. Jürgen Maier, der inzwischen aus dem Urlaub zurückgekehrt war, hatte kein Interesse, mit in die Botschaften zu gehen. Für die Teilnehmer an den Botschaftsgesprächen sprachen immer mehr Argumente für die recht baldige Durchführung dieser Reise.

Außerdem wurden von den Mitgliedern des Bundesvorstandes in diesen Wochen Gespräche geführt mit Leuten in der Bundesrepublik, die intensive Kontakte zur israelischen Friedensbewegung und zu kritischen Persönlichkeiten in Israel unterhielten. Die Reisepläne wurden in diesen Gesprächen sehr unterschiedlich aufgenommen. Helmut Lippelt beispielsweis hat abgeraten.

In diesen Gesprächen erfuhr ich davon, daß eine Vertreterin der Friedensbewegung, Frau Rachel Freudenthal, in Deutschland weilte. Ich nahm Kontakt zu ihr auf und lud sie zu einer Sitzung des Bundesvorstands ein. Da während der Zeit ihrer Anwesenheit in Deutschland eine Sitzung des gesamten Bundesvorstandes nicht angesetzt war, baten wir sie zu einer Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes am 11. Februar 1991. Anwesend waren bei diesem Gespräch u.a. acht Mitglieder des BuVo. Frau Freundenthal informierte über die Positionen der Peace-Now-Bewegung und betonte, daß ihre Auffassung mit der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen von der ganz großen Mehrheit der israelischen Bevölkerung und der Peace-Now-Bewegung nicht geteilt werde. Sie setzte sich für die Lieferung von Patriot-Raketen ein. Im Bundesvorstand wurden die unterschiedlichen Positionen diskutiert. Mit ihr wurde auch der Plan einer Israel-Reise einer Delegation des Bundesvorstandes besprochen. Sie befürwortete eine solche Reise. Sie machte andererseits aber auf die großen Probleme einer solchen Reise aufmerksam. Sie betonte, daß auch eine grüne Delegation gegen sehr starke antideutsche Emotionen anzukämpfen haben werde - aufgrund deutscher Gas- und Waffenlieferungen in den Irak. Andererseits könne aber eine GRÜNE Delegation an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie auf die Aktivitäten der GRÜNEN gegen die Rüstungsexporte in den Irak und den Nahen Osten hinweisen würde. Der BuVo beschloß, eine Dokumentation über die Initiativen der GRÜNEN Fraktion im Bundestag gegen Waffenlieferungen in den Nahen Osten und insbesondere gegen die deutsche Beteiligung an der Herstellung von Giftgas zu erstellen. Diese Dokumentation sollte bis zur Israel-Reise möglichst fertiggestellt und mitgenommen werden.

Die anwesenden Vorstandsmitglieder beschlossen dann mit 6 zu 0 Stimmen, bei einer Enthaltung die Durchführung einer solchen Reise nach Tel Aviv und Amman. Eine Beteiligung der Bundestagsgruppe Bündnis 90/GRÜNE wurde nach kurzer Diskussion mit Mehrheit abgelehnt, weil die Positionen zu Nah-Ost und zu Israel in dieser Gruppe zu unterschiedlich sind und weil befürchtet wurde, daß aufgrund dieser unterschiedlichen Auffassungen schon die Auswahl einer Person weitere Probleme aufwerfen und die Intention, die wir mit der Reise verfolgten, beeinträchtigt werden könnte.

Auf einer Pressekonferenz mit Frau Freudenthal im Anschluß an die Diskussion im BuVo wurde dann über die Diskussion und die geplante Reise berichtet. Am Freitag vor der Vorstandssitzung war auch der Brief an die israelische Friedensbewegung fertiggestellt worden. In der Diskussion mit Rachel Freudenthal lag der Brief vor. Er wurde ihr dann auch übergeben und auf der Pressekonferenz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Brief wurde den Vertretern der Friedensbewegung in Israel und insbesondere auch den Knesset-Abgeordneten in englischer Übersetzung per telefax übermittelt.

In der folgenden Woche wurde dann die Reise konkret geplant. Sie sollte in der Zeit vom 19. bis zum 24. Februar 1991 stattfinden. Diese schnelle Durchführung schien richtig, weil möglichst bald in Israel die Positionen der Friedensbewegung erläutert werden sollten und eine Moskau-Reise vom 26. Februar bis 1. März 1991 geplant war, die nur schwer verschoben werden konnte.
Somit wurde für den 18. Februar 1991 eine Bundesvorstandssitzung anberaumt, auf der endgültig die Teilnehmer der Delegation festgelegt werden sollten. Am nächsten Tag sollte die Reise dann begonnen werden.

Trotz der Kürze der zur Vorbereitung zur Verfügung stehenden Zeit gelang es, ein Gesprächsprogramm zusammenzustellen, das die Reise lohnte. Fest vereinbart waren Termine mit den Repräsentanten der Peace-Now-Bewegung, den wesentlichen Oppositionsparteien in der Knesset, mit den Initiatorinnen eines

Aufrufes für einen sofortigen Waffenstillstand, der in Israel und in Deutschland veröffentlicht worden war, mit Vertretern der arabischen und palästinensischen Bevölkerung sowie mit einer ganzen Reihe von weiteren Persönlichkeiten. Es konnte auch eine Reise in eines der palästinensischen Lager in den besetzten Gebieten arrangiert werden.

Zunächst war eine Pressekonferenz in Jerusalem für den 21. Februar geplant. Diese wurde aber auf den Rat mehrerer Leute in Deutschland, die mit den Verhältnissen in Israel besonders vertraut sind, wieder abgesagt. Stattdessen sollte lediglich mit einigen Pressevertretern ein Hintergrundgespräch stattfinden.

Auch für die Reise nach Jordanien waren Gespräche mit wichtigen Regierungs- und Parlamentsvertretern sowie mit einem Vertreter des Flüchtlingskomitees vereinbart.

Auf seiner Sitzung vom 18. Februar beschloß der Bundesvorstand, die Teilnehmerzahl für die Delegation auf vier zu erhöhen, u.a. auch deshalb, um Vertretern verschiedener Positionen innerhalb der GRÜNEN die Mitreise zu ermöglichen. Es sollte verhindert werden, daß die Reise und das Ziel der Reise in den innerparteilichen Strömungsclinch gerieten.

Mehrfach formuliertes Ziel der Reise war, in Israel und in Jordanien die Positionen der Friedensbewegung und der GRÜNEN zum Golf-Krieg zu erläutern und in Israel die dort vertretenen Positionen dargelegt und erläutert zu bekommen. Wir wollten offen sein für andere Positionen und waren bereit, unsere Auffassungen nach den Gesprächen mit den Israelis zu überprüfen. Wir wollten uns absetzen von den fernsehwirksamen Reisen der offiziellen bundesdeutschen Politiker, weil wir deren Haltung angesichts der Förderung von Waffenlieferungen und von Technologieexporten in den Irak als unglaubwürdig ansahen. Wir wollten in anderer Weise als die bundesdeutsche offizielle Politprominenz zeigen, daß wir die Verantwortung für die Situation in Israel ernst nehmen.

Das Interview:

Am 14. Februar 1991 nachmittags rief Hendryk Broder in meinem Büro an und teilte mit, er beabsichtige mit der grünen Delegation gemeinsam nach Israel zu reisen. Vorher hätte er gerne ein paar Sätze für ein Interview über den Zweck der Reise. Nach einigem Zögern und Drängen von ihm verabredete ich ein Treffen für den nächsten Tag, 17.00 Uhr, gemeinsam mit einem anderen israelischen Journalisten, dem ich bereits vorher zugesagt hatte. Broder erschien dann noch am selben Tag und holte im Büro den Brief an die israelische Friedensbewegung ab. Er kopierte noch einige Artikel aus diversen Zeitungen in meinem Büro. Am nächsten Tag fand dann ein längeres Gespräch mit ihm und dem anderen Journalisten statt. Über weite Strecken war es eher ein Streitgespräch als ein Interview. Vor allem Broder stritt mit mir über einige Positionen der GRÜNEN und der Friedensbewegung. Ich hatte mehrfach den Eindruck, er wolle mir bestimmte Positionen einreden, die ich nicht für richtig hielt. Dies war u.a. auch bei dem Thema über die Aufnahme von Juden aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik der Fall. Ich vertrat die Auffassung, daß diese Menschen in der Bundesrepublik aufgenommen werden sollten und ihnen eine gute Startmöglichkeit zu bieten sei. Broder schlug dann vor, es solle in Schleswig-Holstein ein jüdischer Staat gegründet werden u.ä. Der andere israelische Journalist stellte nur ganz wenige Fragen. Er saß meist schweigend dabei und bediente sein Tonbandgerät. Er hat aber längst nicht das ganze Gespräch aufgenommen, sondern offensichtlich immer nur Teile, die ihn interessierten. Er schaltete jedenfalls das Gerät ständig ein und aus und ließ es auch längere Zeit ausgeschaltet. Broder hatte auch ein eigenes Bandgerät, das während des gesamten Gespräches lief. Er drehte nur einmal die Kassette um. Nach Abschluß des Gespräches wollte er feststellen, ob die Aufnahme funktioniert hatte. Dabei stellte er fest, daß weite Teile der Kassettenaufnahmen durch einen Piepston so stark überlagert wurden, daß nichts zu verstehen war. Gemeinsam stellten wir dann noch Überlegungen nach Wanzen in meinem Büro an. Broder war sehr enttäuscht, daß das Gespräch allenfalls zum Teil aufgezeichnet war. Er überlegte sogar, ob Teile wiederholt werden müßten. Insgesamt fand die Diskussion in einer eher kumpelhaften Atmosphäre statt. Broder gab mir mehrfach recht, nachdem ich meine Positionen erläutert hatte. Nach Abschluß des Gespräches teilte er mir mit, daß das Interview in der Zeitschrift *Profil* und vermutlich auch in der *taz* erscheinen werde. Er teilte mir mit, er werde mir den fertigen Text zukommen lassen. Er kündigte wiederum an, daß er voraussichtlich in Berlin in das Flugzeug zusteigen werden, mit dem wir nach Israel fliegen.

Ich habe von Broder dann nichts wieder gehört.

Mehrere Personen, denen ich von dem Interview mit Broder und seinem Vorhaben, uns bei der Reise zu begleiten, berichtete, äußerten sich ablehnend bis entsetzt. Sie konnten nicht verstehen, wie ich mich so leichtfertig auf ein Interview mit Broder eingelassen hatte. Sie rieten ganz dringend davon ab, Broder mitzunehmen.

Ähnlich entsetzt darüber, daß ich mich überhaupt mit Broder eingelassen hatte, äußerten sich auch mehrere Gesprächspartner in Israel, die Broder kannten.

Kurz vor Abflug auf dem Flughafen Frankfurt habe ich das Interview in der *Süddeutschen* gelesen. Ich hatte keine Beanstandungen. Ich habe mir zu diesem Zeitpunkt keine Gedanken darüber gemacht, ob der Text in allen Punkten mit dem übereinstimmte, was ich gesagt hatte.

Auch meine Begleiter hatten keine Bedenken geäußert. Mir war das Interview von einem Mitglied der Delegation mit dem Bemerken gegeben worden: "Hier, sieh mal, ein Interview mit Dir".

Ankunft:

Gleich nach unserer Ankunft auf dem Flughafen in Tel Aviv und dem Verlassen des Flugzeuges wurden wir noch vor der Paßkontrolle von Journalisten in Empfang genommen. Sie fragten, ob wir die grüne Delegation seien. Sie fragten weiter, ob von uns ein Interview gegeben wurde, in dem die Raketenangriffe auf Israel gerechtfertigt werden. Sie fragten weiter, ob ich es sei, der die Raketenangriffe als richtig ansieht.
Wir verneinten sehr heftig und versuchten den Zweck unserer Reise zu erklären. Die Reporter notierten alles.
Dann wurden wir von der Paßkontrolle aufgehalten. Wir wurden in separate Räume gebeten. In diesen Räumen wurden wir ca. zwei Stunden festgehalten. Es wurden keine besonderen Kontrollen vorgenommen. Wir mußten warten. Uns wurde nicht gesagt, warum wir warten sollten und was eigentlich los sei. Wir durften aber die Räume nicht mehr verlassen. Zwei Reporter saßen vor den Räumen. Zuerst durfte ich mich mit ihnen noch unterhalten, später wurde auch das verboten. Diese Reporter gaben mir zum ersten Mal einen Artikel aus der *Jerusalem-Post*, in dem ich mehrfach zitiert wurde. Ich äußerte diesem Reporter gegenüber, so hätte ich das nicht gesagt.

Nach ca. zwei Stunden Wartezeit erschien dann ein höherer Beamter und teilte uns mit, alles sei ein Versehen, wir könnten weiterreisen. Zwischenzeitlich war ich über den Flughafenlautsprecher mehrfach ausgerufen worden. Ich begab mich zur Information und erfuhr hier, daß ich in der Knesset zurückrufen sollte. Offenbar gab es dort bereits erhebliche Aufregung.

Wir fuhren per Taxi nach Jerusalem. Kurz vor Jerusalem setzte die Alarmsirene ein. Der Taxifahrer wies uns darauf hin, daß dies Raketenalarm sei. Wir hatten vorher auf dem Flughafen jeder eine Gasmaske mit entsprechender Gebrauchsanleitung erhalten. Der Taxifahrer beruhigte uns allerdings, er sehe keine große Gefahr. Er fuhr auch weiter. Entsprechend verhielten sich die meisten anderen Autofahrer. Wir sahen lediglich einen Bus, der am Straßenrand hielt, offenbar um Vorsichtsmaßnahmen gegen die Raketenangriffe zu treffen. Der Taxifahrer brachte uns zu unserem Hotel *Notre Dame*. Wir konnten zunächst nicht in das Hotel gelangen, weil es festungsähnlich gebaut und mit dicken Stahltüren abgeriegelt war. Erst nach Ende des Alarms wurden die Türen geöffnet.

Im Hotel trafen wir auf eine Delegation der Peace-Now-Bewegung. Es waren fünf Herren. Wir wollten sie zum Essen einladen, doch uns wurde bedeutet, ein Gespräch mit uns müsse abgelehnt werden, wenn wir nicht unmißverständlich zu dem Artikel in der *Jerusalem Post* Stellung nehmen könnten. Wir konnten gerade noch unsere Taschen ins Hotelzimmer bringen, und dann begann das Gespräch mit den Vertretern von Peace-Now. Sie zeigten sich empört über das Interview. Sie nannten vier Punkte, zu denen ich Stellung nehmen sollte. Ich tat dies dann auch, Jürgen hat übersetzt. Zu den kritischen Punkten gehörte:

1. Der Satz mit den "logischen, fast zwingenden Konsequenzen";
2. eine Passage, wonach ich erklärt haben sollte, daß nur weil Israel nicht auf einen Waffenstillstand dringe, der Krieg fortgesetzt würde;
3. der Vorwurf, ich würde die Bedrohung Israels durch Saddam Hussein damit bagatellisieren, daß ich gesagt hätte, er sei überhaupt nicht in der Lage, seine Drohungen wahrzumachen.

Nach meiner Stellungnahme und mehrfachen Hinweisen auf das Interview in der *Süddeutschen Zeitung* waren unsere Gesprächspartner halbwegs beruhigt. Sie meinten, jetzt sehe die Situation schon etwas anders aus. Ich konnte mit dem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* insbesondere klären, daß ich in dem Interview auch erklärt hatte, daß ich die logische Konsequenz nicht für richtig halte und nicht billige und daß ich die Meinung geäußert hätte, weil Israel und andere Staaten wie auch gerade die Bundesrepublik Deutschland sich nicht genügend für den Waffenstillstand einsetzten, deshalb würde der Krieg fortgesetzt.

Danach fand eine längere Diskussion zu unseren Argumenten gegen die Lieferung von Patriot-Raketen, aber auch für einen sofortigen Waffenstillstand statt. Wir erläuterten unsere Position. Wir diskutierten über ihre Position. Das Gespräch war sehr eindrucksvoll. Wir trennten uns dann schließlich wegen Ermüdung. Uns wurde noch der Rat gegeben, wir sollten der Presse gegenüber möglichst bald die Mißverständnisse zurechtrücken und aufklären. Mir wurde deshalb auch noch eine Telefonnummer gegeben, über die ich eine Pressekonferenz organisieren konnte.

Nach dem Gespräch erklärten sich Teilnehmer unserer Delegation von den Argumenten für die Lieferung von Patriot-Raketen an Israel so beeindruckt, daß wir diskutierten, ob wir in diesem Punkt unsere Auffassung nicht revidieren sollten. Wir kamen zu dem Schluß, daß wir erst weitere Gespräche führen und in diesen Gesprächen betonen sollten, daß wir bereit seien, unseren Standpunkt in dieser Hinsicht zu überdenken.

Anschließend beschlossen wir, und zwar einvernehmlich, am nächsten Tag möglichst früh eine Pressekonferenz anzusetzen, auf der wir uns zu den Vorwürfen äußern wollten. Ich sollte zu dem Interview eine Erklärung fertigen und Jürgen eine allgemeinere zu den Zielen unserer Reise und unseren Positionen. Die Erklärungen sollte über Nacht geschrieben und am nächsten Morgen ins Englische übersetzt werden. In dieser Besprechung wurde nach nochmaliger Durchsicht des Interviews in der *Süddeutschen Zeitung* von mehreren Teilnehmern der Delegation festgestellt, daß das dort Geschriebene unproblematisch sei. Diskutiert wurde nur noch darüber, ob das vierte Mitglied der Delegation mit zu der Pressekonferenz gehen wollte und ob seine vorzeitige Rückkehr nach Deutschland richtig sei.

An demselben Abend habe ich noch mit dem Sekretär der Ratzpartei telefoniert. Dieser unterrichtete mich davon, in der Knesset sei aufgrund des Artikels in der *Jerusalem Post* von einem Abgeordneten der Arbeiterpartei gefordert worden, niemand solle mit uns reden. Die Ratzpartei und die Mapam-Partei würden aber ein Treffen mit uns davon abhängig machen, daß wir uns von dem Interviewinhalt distanzieren. Wir verabredeten deshalb, daß entweder am nächsten Tag um 12.00 Uhr eine Pressekonferenz stattfinden würde oder daß wir - wie vereinbart - um 14.00 Uhr zur Knesset kommen sollten, um dann gemeinsam mit Vertretern der Ratzpartei gegenüber der Presse Stellung zu nehmen. Die zweite Variante sollte für den Fall gelten, daß es nicht gelingen würde, eine Pressekonferenz zu organisieren. Mein Gesprächspartner ging aber aber als sicher davon aus, daß das Treffen stattfinden würde. Nachdem die Vertreter von Peace-Now mit uns gesprochen und ich wesentliche Teile des Interviews in der Jerusalem-Post richtiggestellt hatte, hatte er keine Bedenken mehr.

In der Nacht schrieb ich die Erklärung, die in wesentlichen Punkten der entspricht, die dann in Deutschland der Presse übergeben wurde.

Am nächsten Morgen bat ich sehr früh Jürgen um Übersetzung. Ich telefonierte dann erneut mit dem Vertreter der Ratzpartei. Dieser teilte mir mit, über Fernsehen sei in der Nacht bereits die Information gekommen, daß ich das Interview dementiere, vor allem die problematischsten Äußerungen. Außerdem sei am Morgen ein Radiointerview mit den Vertretern von Peace-Now gesendet worden, in dem diese das Treffen mit uns bestätigt und verteidigt hätten. Die Vertreter von Peace-Now seien jedoch von dem Reporter sehr heftig angegriffen worden, weil sie sich mit uns getroffen hatten. Außerdem hörten wir, daß die Regierung die Termine mit uns abgesagt habe.
Während die Erklärungen dann geschrieben wurden, versuchte ich den ganzen Vormittag lang, für mittags um 12.00 Uhr die Pressekonferenz zu organisieren. Dies gelang jedoch nicht. Die zuständigen Stellen bei der Presseassoziation und auch beim Presseamt zeigten sich nicht in der Lage, das so kurzfristig hinzukriegen.

Gegen Mittag rief dann der Vertreter der Ratzpartei bei uns im Hotel an und teilte mit, das geplante Treffen in der Knesset müsse ausfallen. Als Grund nannte er, man fürchte tätliche Auseinandersetzungen.

Ich versuchte, nunmehr, die Pressekonferenz für den nächsten Tag um 12.00 Uhr zu organisieren. Nach einigen Hin und Her bekam ich die feste Zusage, daß die Pressekonferenz im Beit Argon stattfinden könnte. Es handelt sich um das Haus der Journalistenvereinigung.

In der Zwischenzeit schwappt die Empörung aus Deutschland zu uns herüber. Wir hörten von der Äußerung von Joschka Fischer und von anderen Stellungnahmen aus der GRÜNEN Partei. Ein Mitglied der Delegation wurde sofort zurückbeordert. Seine sofortige Rückkehr scheiterte nur daran, daß kein Flug mehr frei war. Hinzu kam, daß immer wieder Journalisten aus Israel und aus Deutschland im Hotel anriefen oder vorbeikamen, um mich zu dem Interview zu befragen. Jedesmal wurde die Befragung mit Sätzen eingeleitet, wie: Sie halten also die Raketenangriffe auf Israel für richtig" oder "Sie rechtfertigen die Raketenangriffe auf Israel".

Mir wurde in den mehreren Dutzend Telefongesprächen klar, daß ich diesen Vorwurf nicht mehr los würde und daß sowohl unsere Gespräche in Israel als auch meine Tätigkeit als Sprecher des Bundesvorstandes in der Bundesrepublik durch diesen Vorwurf

ganz schwer belastet waren. Ich entschloß mich deshalb bereits an diesem ersten Tag mittags, von meinem Posten im Bundesvorstand zurückzutreten. Ich teilte den anderen Mitgliedern der Delegation Entsprechendes mit. Sie gaben mir gleich recht. Wir verabredeten, daß ich diese Entscheidung am nächsten Tag auf der Pressekonferenz mitteilen sollte. Wir signalisierten zur Bundesgeschäftsstelle nach Deutschland, daß Rücktrittsforderungen mich betreffend überflüssig seien.

Mittags begaben sich die anderen Mitglieder der Delegation zu mehreren Gesprächen mit kritischen Israelis aus dem Hotel. Diese Gespräche waren offenbar sehr interessant. Ich blieb im Hotel, um die zahlreichen Telefongespräche anzunehmen oder zu führen, die notwendig waren. Mittags erschienen dann Herr Schreiber mit einem ARD-Team aus Tel Aviv und die Fernsehgesellschaft CNN mit Interview-Wünschen. Sehr ungehalten kamen wir diesen Wünschen schließlich nach. Wir sahen nur noch wenig Sinn darin, uns in Israel zu Gesprächen zu äußern, die nach und nach abgesagt wurden.

Ich hatte mit Herrn Levi vom Auswärtigen Amt telefoniert. Dieser war sehr freundlich. Er teilte mir aber mit, daß die Gespräche mit uns abgesagt worden seien - wegen des Interviews. Ich versprach, ihm meine Richtigstellung und meine Erklärung dazu zu schicken. Er sagte zu, danach nochmals zu überlegen, ob nicht doch ein Treffen stattfinden könne. Als ich ihn abends anrief, hatte er meine Erklärung aber immer noch nicht, obwohl sie mittags gefaxt worden war. Wir haben unsere Erklärung dann auch gleich nach Deutschland durchgegeben.

Für nachmittags war ein Gespräch mit Mapam-Abgeordneten im Hotel verabredet. Auch dieses wurde abgesagt. Allerdings trafen wir im Laufe des Nachmittags im Hotel auf mehrere Gesprächspartner, die die offiziellen Gespräche abgesagt hatten, uns aber gleichwohl treffen wollten. Gemeinsam mit Renate hatte ich auch ein längeres Interview mit einer israelischen Journalistin.

Abends gingen wir dann zu dem verabredeten Termin mit dem Vertreter der Palästinenser, Herrn Husseini. Er informierte uns sehr ausführlich über die Positionen und die Situation der Palästinenser. Er ließ uns nach dem Gespräch von einem Mitglied seiner im Haus und im Garten sehr zahlreich vorhandenen „Bodygard ins Hotel zurückbringen.

Am Abend fand dann eine längere Diskussion mit kritischen Intellektuellen statt, die auch den Aufruf für einen sofortigen Waffenstillstand unterschrieben hatten. Wir stellten in den meisten Fragen zum Golfkrieg und zur Politik der israelischen Regierung gemeinsame Positionen fest. Die Gesprächspartner bedauerten immer wieder, daß wir nicht länger in Israel blieben. Sie könnten uns noch mit vielen Freunden zusammenführen. Es bestände ein ganz erhebliches Interesse, mit uns weiter zu diskutieren.

Sie wiesen aber auch darauf hin, daß wir nunmehr in erheblicher Gefahr seien. Sie boten uns an, aus ihren Freunden eine Gruppe zusammenzustellen, die uns beschützen sollte. Sie wiesen insbesondere darauf hin, daß wir auf der für den nächsten Tag vereinbarten Pressekonferenz sehr in Gefahr seien. Sie rieten uns trotzdem zu, die Pressekonferenz durchzuführen. Um nicht direkt vom Hotel zur Pressekonferenz zu fahren, wurde noch ein Abstecher nach Bethlehem vereinbart. Von dort aus könnten wir dann direkt zum Pressezentrum gebracht werden.

Inzwischen war die Situation bedrohlicher geworden. Im Hotel kamen Drohanrufe an. Gegen 18.00 Uhr gab es auch eine Bombendrohung. Die Polizei erschien, wurde jedoch von dem Leiter des Hotels nicht reingelassen. Während des Gespräches am Abend wurde ich mehrfach zum Telefon gerufen, weil angeblich ein Freund mich sprechen wolle. Ich stellte dann jedes Mal fest, daß es sich um Drohanrufe handelte. Die Anrufer waren zunächst recht freundlich, beschimpften mich aber dann. Sie bedrohten mich auch mit Mord und Rauswerfen aus Israel. Die Kellner des Hotels bekamen diese Drohanrufe mit. Sie zeigten sich darüber sehr empört. Bei jedem neuen Telefonat fragten sie dann immer ängstlich, ob es wieder ein Drohanruf gewesen sei. Mittags waren Mitglieder unserer Delegation vor dem Hotel einer Gruppe von Demonstranten begegnet, die Plakate trugen mit der Aufschrift "Die GRÜNEN sind die Nazis von heute". Am nächsten Tag wurde dann vor dem Hotel auch eine deutsche Fahne verbrannt. Während der Nacht kam ich kaum zum Schlafen, weil mich alle halbe Stunde Telefonanrufe aus dem Schlaf rissen. Stets war eine mir unbekannte männliche Stimme am Telefon, die mich bedrohte und beschimpfte. Erst gegen 5.00 Uhr morgens kam ich auf die Idee, den Hörer neben dem Telefon liegen zu lassen. Auch andere Mitglieder der Delegation wurden bedroht. Ein Mitglied hatte daraufhin die Tür seines Hotelzimmers mit Stühlen und Kommode verbarrikadiert.

Morgens beschlossen wir, sofort das Auswärtige Amt und die Botschaft zu unterrichten.

Herr Levi beim Auswärtigen Amt verwies mich an das Hotel und die Polizei. Diese müßten für unseren Schutz Sorge tragen. Ich wandte mich deshalb an die Hotelleitung. Diese zeigte sich entrüstet. Sie informierte die Polizei. Wir wiesen auch auf die Pressekonferenz vom selben Tag hin. Die Polizei ließ uns dann später wissen, die Pressekonferenz würde unter Polizeischutz stattfinden und die Polizei werde mich zur Pressekonferenz mit einem Polizeifahrzeug vom Hotel abholen und auch wieder zurückbringen.

Die Deutsche Botschaft zeigte sich sehr besorgt. Sie empfahl uns, sofort in die Botschaft zu kommen, von dort könnte alles weitere veranlaßt werden. Ganz dringend wurde uns geraten, die Pressekonferenz abzusagen.

Nach kurzer Beratung entschlossen wir uns, diesem Rat zu folgen. In der Delegation war die Auffassung vorherrschend, gegen den Rat der Botschaft könnten wir die Pressekonferenz nicht durchführen, wenn etwas passieren würde, würde die Botschaft uns die Schuld geben, weil wir nicht auf sie gehört hätten. Ich hatte weiter Interesse daran, auf der Pressekonferenz die notwendigen Richtigstellungen vornehmen zu können. Die anderen überzeugten mich. Einer meinte, er sei eh schon skeptisch gewesen, ob die Pressekonferenz richtig sei, jetzt sei er aber auf jeden Fall für absagen.

Wir hatten uns inzwischen darauf verständigt, die Delegationsreise noch am selben Tag abzubrechen. Wir wollten so schnell wie möglich nach Deutschland zurück. Wir sahen wenig Sinn darin, die Reise und die Gespräche fortzusetzen. Dies einmal wegen der Gefährdungslage für uns, aber auch, weil wir durch unsere Anwesenheit und unsere Treffen andere gefährden würden.

Mit Hilfe eines israelischen Freundes nahmen wir die Umbuchung vor. Darüber verging der Mittag. Die Pressekonferenz wurde abgesagt unter Hinweis auf die Sicherheitsprobleme.

Dann brachte uns der Freund nach Tel Aviv in die Deutsche Botschaft.

Ein Mitglied der Delegation hielt es für richtig, die Reise nach Jordanien fortzusetzen. Er wollte die jordanischen Gastgeber nicht unter den Problemen der Reise in Israel leiden lassen. Die anderen Mitglieder der Delegation waren anderer Auffassung.

In der Deutschen Botschaft führten wir noch ein Gespräch. Dann fuhren wir zum Flughafen. Die Deutsche Botschaft versicherte uns, sie werde sich darum kümmern, daß wir auf dem Flughafen sicher seien und abreisen könnten.

Auf dem Rückflug erklärte ein Mitglied der Delegation, er sei froh, nach Deutschland zurückzukehren. Er, der Ausländer ist und die deutschen Behörden wegen der Behandlung von Ausländern in der Bundesrepublik häufig heftig kritisiert hat, äußerte spontan seine Liebe zu Deutschland, als wir in Frankfurt den Flughafen betraten.

Nach der Rückkehr:

Am Frankfurter Flughafen wurden wir vom Bundesgeschäftsführer und einer Mitarbeiterin der Bundesgeschäftsstelle abgeholt. Wir fuhren gemeinsam nach Bonn. Einen Teil der Nacht verbrachte ich damit, die Zitate in dem Artikel der *Jerusalem Post* mit denen des in der *taz* abgedruckten Interviews zu vergleichen. Dabei fiel mir auf, daß in ganz wesentlichen Punkten die Zitate der *Jerusalem-Post* aus dem Zusammenhang herausgerissen und z.T. auch falsch wiedergegeben waren. Am nächsten Morgen fertigte ich deshalb eine Erklärung für die Presse. Mittags verständigten sich die anwesenden Mitglieder des Bundesvorstandes darauf, am Freitag eine Pressekonferenz zu meinem Rücktritt und am darauffolgenden Montag eine zum Ergebnis der Israelreise zu veranstalten. Mittags fand dann in Bonn eine Pressekonferenz zu meinem Rücktritt statt. Renate begleitete mich. Sie nannte meinen Rücktritt "richtig und notwendig". Sie betonte aber, daß ich mit meinen Positionen weiterhin grüne Positionen vertrete. Sie kritisierte ebenfalls sehr heftig den Artikel von Broder in der *Jerusalem-Post*.

In der Bundesgeschäftsstelle erhielt ich ein Drohschreiben von Broder an mich, das dieser bereits am 20. Februar 1991 abends um 20.57 Uhr per telefax an die Bundesgeschäftsstelle geschickt hatte. In diesem Schreiben rät Broder mir, zum Arzt zu gehen, außerdem bezeichnet er mich als antisemitisch. Auffällig ist an diesem Schreiben, daß es am späten Abend offensichtlich aus den Räumen der taz an die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN abgeschickt wurde. Auffällig ist auch, daß am selben Abend eine Langfassung des Interviewtextes von Broder an mehrere Landtagsfraktionen der GRÜNEN bundesweit ebenfalls aus den Räumen der *taz* abgeschickt wurde. Die Adressaten gehören alle der realpolitischen Strömung der GRÜNEN an.

Am Freitagnachmittag habe ich auf der Sitzung des Bundesvorstandes meinen Rücktritt erklärt und betont, daß sich die Mitglieder der Delegation, die Mitglieder des Bundesvorstandes und die Angehörigen der Bundesgeschäftsstelle mir gegenüber sehr fair und solidarisch verhalten haben.

Resümee:

Ich glaube immer noch, daß die Nah-Ost-Reise richtig und sinnvoll war. Allerdings bin ich nach den Eindrücken von der Stimmung in Israel der Meinung, daß unser Ziel, Verständnis für die Position der Friedensbewegung und der GRÜNEN zu erlangen, nicht zu erreichen war.

Mein Interview mit Broder und vor allem die Veröffentlichung in der *Jerusalem-Post* haben das ganze Unternehmen scheitern lassen. Dafür trage ich die Verantwortung.

Nach der vielen Kritik und den Anwürfen wegen des Interviews stelle ich fest:

Es war falsch, vor der Reise überhaupt ein Interview zu geben, das eine Bewertung der israelischen Politik zum Gegenstand hatte. Wenn überhaupt Interviews, dann hätte lediglich knapp der Zweck der Reise benannt werden dürfen, nämlich die andere Art der Solidarität mit der israelischen Bevölkerung, Erläuterung der Positionen der GRÜNEN, Bereitschaft zum Zuhören und Lernen hinsichtlich der Position von Peace-Now und anderen oppositionellen Gruppierungen in Israel, Gespräche über die Situation der arabischen Bevölkerung und der Palästinenser.

Es war auch falsch, dem Journalisten Broder ein Interview zu geben. Vollends falsch war, nicht darauf zu bestehen, die zum Druck vorgesehene Endfassung des Interviews zu sehen und zu genehmigen.

Die Formulierungen in dem in der *taz* und in der *Süddeutschen* abgedruckten Text sind an drei Stellen mindestens ungeschickt und mißverständlich. Das ist vor allem die Stelle mit der logischen Konsequenz. Da ist zweitens die Passage über das Selbstverteidigungsrecht Israels. Sie kann den Eindruck erwecken, als wolle ich das Recht Israels auf wirksame Selbstverteidigung einschränken, was nicht der Fall ist. Und schließlich das Beharren darauf, daß nach juristischen Kriterien Israel nicht die Geisel Saddams ist. Hier hätte eine Klarstellung der schlimmen Bedrohungssituation Israels, seines Ausgeliefertseins erfolgen müssen.

Bisher ist es mir nicht gelungen, den authentischen Text des Interviews zu bekommen. Nach dem, was ich herausbekommen habe, ist die Tonbandaufzeichnung von Broder selbst unverwertbar. Er hat sich deshalb die Tonbandaufzeichnung des anderen israelischen Journalisten geben lassen, der dabei war. Diese ist aber unvollständig, weil der Journalist nur die Teile des Gespräches und der Diskussion mitgeschnitten hat, die ihm interessant erschienen. Ich hoffe, dieser Mitschnitt liegt mir in den nächsten Tagen vor. Aber schon nach meiner Erinnerung gehe ich davon aus, daß wenn die zitierten Sätze so von mir tatsächlich gesagt wurden, wichtige Zusätze fehlen.

Was den Artikel in der *Jerusalem-Post* anbetrifft, gibt es überhaupt keinen Grund, von der scharfen Kritik an der Machart und Manipulation durch Broder abzurücken.

Der erste entscheidende, viel zitierte Satz mit der "logischen, fast zwingenden Konsequenz", der als Aufmacher des Artikels ganz zu Anfang steht, ist aus dem Zusammenhang gerissen und enthält gerade nicht die Klarstellung, daß ich diese "Konsequenz" weder richtig finde noch sie billige. Gerade dieser Vorwurf, ich würde die Raketenangriffe auf Israel billigen oder richtig finden, wurde mir aber in Israel ständig entgegengehalten. Außerdem wird aus der neunseitigen Niederschrift Broders einiges klar, was zur richtigen Interpretation dieses Satzes geführt hätte oder hätte führen können. In diesem Text ist nämlich vorher davon die Rede, daß ich vorab klargestellt hatte, daß Saddam Hussein in Kuwait auch einmarschiert wäre, wenn es das Palästinenserproblem nicht gäbe und daß er Kuwait auch überfallen hätte, wenn Israel die Gebiete nicht besetzt halten würde. Daß ich aber meine, daß Saddam Hussein diese Probleme als Vorwand benutzt, um seine Aggression auf Kuwait zu rechtfertigen und zu versuchen, die Sympathien der anderen arabischen Staaten zu gewinnen. Weitere Zitate in dem Interview sind ganz eindeutig falsch, so u.a., Saddam Hussein sei nicht in der Lage, seine Drohung, Israel zu vernichten, wirklich auszuführen. In Wahrheit habe ich fast das Gegenteil gesagt, nämlich, daß ich fürchte, daß er dies tut, wenn man ihn nicht daran hindert und daß ich hoffe, daß er keine Realisierungschance hat.

Das Besondere des von Broder gestrickten Interviewtextes wird auch daraus deutlich, daß der andere israelische Journalist auf der Grundlage desselben Gespräches sowohl eine Meldung als auch einen Interviewtext in einer israelischen Zeitung veröffentlicht hat, die bis heute keinerlei Anlaß für irgendwelche Aufregungen gewesen sind.

1. März 1991

Nein zum Krieg

aus: Friedensforum 3/91

Interview mit einem Mitglied der israelischen Friedensbewegung

Adam Keller ist Redakteur der Zeitung "The Other Israel" und Mitglied mehrerer Friedensorganisationen in Israel, u.a. dem "Israelian Council for Israeli-Palestinian Peace" und Yesh Gvul, einer Organisation von Soldaten und Reservisten, die sich weigern, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun. Aufgrund seines Friedensengagements hat er mehrere Monate im Gefängnis verbracht. Im Januar war er Mitbegründer des "Israelischen Komitees gegen den Golfkrieg", der wohl einzigen israelischen Gruppe, die sich aktiv gegen den Golfkrieg eingesetzt hat.

Während des Krieges besuchte Adam Keller Europa. Wir hatten Gelegenheit, ihm in Köln am 25. Februar ein paar Fragen zu stellen.

Red.: Welche Position nehmen Sie zum Golfkrieg ein?

Adam Keller (AK.): Ich bin gegen den Golfkrieg. Aber es ist in Israel schwieriger, gegen den Krieg zu sein, als es in anderen Ländern ist, weil Israel angegriffen wurde. Tatsächlich haben die Angriffe vergleichsweise wenig Schaden angerichtetet - nur einen kleinen Teil des Schadens, der in Bagdad verursacht wurde. Dennoch herrscht ziemlich viel Angst in der Bevölkerung, weil jede Nacht die Möglichkeit eines Luftalarms besteht und dann müssen die Gasmasken aufgesetzt werden und Du mußt warten, bis Du die Explosion hörst. Du weißt nicht, wo die Rakete runtergehen wird, ob es auf Dein Haus ist oder das Haus Deines Vaters oder das Haus Deiner Freunde. Man fühlt sich sehr hilflos und dazu kommt noch die Angst vor einem Gasangriff. Wenn man sich in solch einer Situation befindet, ist es sehr leicht, starke Haßgefühle gegen den Irak und gegen Saddam Hussein persönlich zu entwickeln und zu denken, daß die Amerikaner, die Hussein bekämpfen, eine gute Sache tun.

Wohlgemerkt: Was ist nicht meine politische Position. Aber ich kann diese Position verstehen. Es gibt viele Leute in der israelischen Friedenbewegung - Leute, die keine Militaristen sind und keine Rechten - die sagen, daß dieser Krieg sehr gut sei und daß die Amerikaner ihn solange fortsetzen sollten, bis Saddam Hussein beseitigt sei.

Red.: Warum sind Sie gegen diesen Krieg?

AK.:Dieser Krieg hätte vermieden werden können. Er ist kein notwendiger Krieg.

Die erste Ursache des Krieges war die Invasion in Kuwait und natürlich ist diese Invasion nicht zu rechtfertigen. Ich war gegen die israelische Besetzung der West Bank und obschon diese sehr brutal und inhuman ist, muß ich sagen, daß die irakische Besetzung Kuwaits noch brutaler und noch inhumaner ist. Aber ich glaube, daß die Okkupation Kuwaits ohne Krieg hätte beendet werden können. Je länger das Embargo andauerte, umso mehr sanken die Chancen Saddam Husseins und stiegen die Chancen der Kuwaiter.

Nur war Bush nicht an einer diplomatischen Lösung interessiert. Er wollte dem Irak diesen Krieg aufzwingen. Wenn Bush Baker ein wenig mehr Verhandlungsfreiheit in Genf gegeben hätte, anstatt ihn mit der Aufgabe auszusenden, Saddam Hussein einfach Bedingungen zu diktieren, oder wenn er bereit gewesen wäre, den französischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, hätte es viele Möglichkeiten gegeben, diesen Krieg zu vermeiden. Die Amerikaner taten es nicht, weil sie einen inoffiziellen Plan hatten, nicht nur den Irak aus Kuwait herauszuwerfen, sondern die irakische Armee zu zerstören und Saddam Hussein zu stürzen.

Ebenso hätte die israelische Regierung, wenn sie bereit gewesen wäre, einen Friedensvorschlag an die Palästinenser zu richten, Hussein die Möglichkeit entziehen können, sich zum Helden der Palästinenser zu machen. Dezember 1990 haben israelische Professoren eine Petition an die Regierung geschrieben, in der sie genau solch einen Schritt vorschlugen. Natürlich erwarteten sie nicht wirklich, daß die Regierung diesen Vorschlag akzeptieren werde.

Red.: Stimmen Sie der Äußerung des deutschen Grünen Ströbele zu, der sagte, als er Israel besuchte, daß die Angriffe auf Israel die Schuld der israelischen Politik seien?

AK.:In Bezug auf die Grüne Delegation, die Israel besuchte, muß ich sagen, daß es sehr gerechtfertigt ist, die israelische Regierung zu kritisieren. Aber das rechtfertigt in keiner Weise die irakischen Angriffe auf die israelische Bevölkerung. Genausowenig wie die Unnachgiebigkeit Saddam Husseins und seine Weigerung, sich aus Kuwait zurückzuziehen, die Angriffe auf Zivilisten in Bagdad rechtfertigt. Das möchte ich ganz klar betonen.

AK.: Außerdem möchte ich etwas zu der Frage - von der ich weiß, daß sie sehr umstritten ist - der Patriot Raketen sagen, die nach Israel geschickt werden sollen. Ich schätze die Gründe sehr, aus denen Menschen in der deutschen Friedensbewegung es ablehnen, Waffen an überhaupt irgendein Land in der Welt zu exportieren und sie keine Ausnahme für die Patriot machen wollen. Doch muß ich sagen, daß ich diese Meinung nicht teile, auch wenn ich sie respektiere. Ich war bis vor ein paar Tagen in Israel und dort hing mein Leben zu einem gewissen Grad von diesen Patriot Raketen ab. In ein paar Tagen gehe ich zurück und dann werde ich wieder von ihnen abhängig sein. Daher kann ich nicht sagen, daß ich nicht will, daß diese Raketen nach Israel kommen.

Gleichzeitig meine ich aber, daß jeder, der Sympathie für Israel ausdrücken will, indem er sagt, daß er diesen Krieg befürwortet, Israel großen Schaden zufügt.

Das ist kein gerechter Krieg. Ich würde es nicht bedauern, wenn das irakische Volk Saddam Hussein stürzen würde, aber das ist nicht die Aufgabe anderer Völker. Es könnte im Irak zu einer Abspaltung der Schiiten wie im Iran kommen, es könnte Chaos geben, es könnte sein, daß Irak ein neues Libanon mit einem permanenten Bürgerkrieg und ich weiß nicht wieviel Leiden wird .

AK.: Zunächst mal ist der Zweck meines Besuches, die europäische Friedensbewegung wissen zu lassen, daß es in Israel eine Friedensbewegung gibt, die gegen den Krieg ist. Wir betrachten uns als einen Teil der Antikriegsbewegung in der Welt. Dann möchte jenen Menschen eine Nachricht übermitteln, die den Namen Israels benutzen, um für den Krieg zu sprechen. Manche von ihnen tun dies aus rein manipulativen Gründen. Aber zu denen, die es ehrlich meinen, möchte ich als ein Israeli sagen, daß sie mir nicht helfen. Wenn der Gorbatschow-Vorschlag angenommen worden wäre, dann säßen die Menschen diese Nacht nicht da, warteten auf den Luftalarm und bereiteten ihre Gasmasken vor.

Red.: Ist es etwas anderes für Sie, mit der deutschen Friedensbewegung zu sprechen als z.B. mit der Friedensbewegung in den Niederlanden?

AK: Das Geld, das die deutsche Regierung Bush gibt, um den Irak zu bekämpfen, schadet Israel viel mehr als daß das Geld, das für die Patriots gegeben wird, Israel helfen würde. Die USA bringen Israel bewußt in Gefahr und sie wußten dies, als sie den Krieg begannen und ebenso, als sie den Gorbatschow-Vorschlag ablehnten. Falls Hussein Israel mit Gas angreift, würde ich natürlich sagen, daß er verantwortlich ist, aber auch, daß Bush dafür die Mitverantwortung trägt, weil er Hussein veranlaßte, es zu tun, obwohl es hätte vermieden werden können.

Was Deutschland angeht: Es läßt sich nicht vermeiden, daß ein Israeli gegenüber Deutschland etwas andere Gefühle hat als gegenüber irgendeinem anderen Land in der Welt. Ich habe eine persönliche Beziehung mit Deutschland, weil mein Vater in Berlin geboren wurde. Seine Familie mußte aus Deutschland fliehen, als er vier Jahre alt war. Ich trage einen deutschen Namen. Ich spreche nicht deutsch, aber es ist ein Teil meines Hintergrundes. Und ich muß sagen, daß ich mich sehr ermutigt fühle, weil es in Deutschland heute eine so starke Friedensbewegung gibt, daß dieses Land, das so viele Jahre in der Vergangenheit ein Beispiel für Krieg, Militarismus, Eroberung usw. darstellte, heute der Welt ein Beispiel durch seine Friedensbewegung gibt.

Allerdings muß ich sagen, daß der Vorwurf an die Friedensbewegung, daß sie anti-israelisch sei, nicht völlig ungerechtfertigt ist. Es gibt einige solche Elemente in der Bewegung. Zum Beispiel: Als ich nach Köln kam, sah ich einen Spruch an einer Mauer "Israel raus aus Palästina" und ich muß sagen, daß mir dieser Ton nicht gefiel. Anders wäre es, wenn dort gestanden hätte: "Israel, mache Frieden mit den Palästinensern".

Es gibt Elemente in der deutschen Friedensbewegung, die die Ablehnung der Politik der israelischen Regierung - die eine sehr falsche Politik ist und verurteilt werden muß - mit der Ablehnung Israels verwechseln. Es ist Tatsache, daß 3,5 Millionen Menschen in Israel leben und es gibt keinen Grund, warum irgendjemand von ihnen verlangen sollte, ihr Land aufzugeben. Natürlich muß Israel genau dasselbe Recht den Palästinensern zugestehen.

Die Palästinenser sind die unbekannten Opfer dieses Krieges. Zu Beginn des Krieges wurde eine sehr strenge Ausgangssperre gegen sie verhängt, jetzt zu Beginn des Bodenkriegs wieder. Es gab den Fall von Palästinensern, die an Krebs erkrankt sind, und denen nicht gestattet wurde, ihr Haus zu verlassen um ins Krankenhaus zu gehen. Israelische Ärzte haben eine Pressekonferenz gemacht und von verlangt, diese Leute von der Ausgangssperre auszunehmen. Die Regierung stimmte nicht zu. Ich denke, daß es schrecklich ist, was die israelische Regierung den Palästinensern antut, es ist ein Verbrechen, das gestoppt werden muß. Aber das alles darf nicht heißen, gegen Israel zu sein.

Red.: Vielen Dank für dieses Gespräch.

Das Komitee gegen den Golfkrieg ist unter folgender Adresse zu erreichen: POB 23649, Tel Aviv, Israel. Es ist dringend auf Spenden angewiesen. Kontonr: 286191, Bank Hapo'alim, Zweigstelle 772.

Ulrich Hentschel

Ständig auf der Straße?

Die Linke und der Mord an den Kurden: Bei unklaren Freund-Feind-Verhältnissen ist die Friedensbewegung lieber müde

»In Deutschland wird geschwiegen«, schrieb Roderich Reifenrath Ende März in der »Frankfurter Rundschau« über das Stillsitzen der Friedensbewegung angesichts des Massenmordes, mit dem das Hussein-Regime den Aufstand der kurdischen Bevölkerung niedermachte. Der Mann wurde eines Besseren belehrt. Eine ganze »FR«-Seite füllten am 13. April die Leserbriefe, um wahlweise und wortreich mal beleidigt, mal aggressiv, mal fromm, immer aber abwehrend eines zu tun: das Schweigen der Friedensbewegung zu begründen. Einige Schreiber versuchten immerhin noch darzulegen, daß die Friedensbewegung kein einheitliches Gebilde sei, also nicht pauschal kritisiert werden dürfe, um dann gleich selbst eben diese Bewegung pauschal zu rechtfertigen. Und das geht so:

»Ich bin es leid, dafür getadelt zu werden, daß ich die Lektion von 1945 gelernt und verinnerlicht habe... 'Keine Waffen mehr für Deutschland'. Dabei soll es bleiben, und alle Völker sind eingeladen, sich unserem Pazifismus anzuschließen«, schreibt einer. Welche Lektion hat der Mann 1945 gelernt? Daß Deutsche sich selbst pazifistisch gebärden und anderen Völkern gute Ratschläge geben, um nur über eines nicht nachdenken zu müssen: die vom größten Teil der Friedensbewegung nicht beachtete Aufrüstung des Hussein-Regimes aus »unserem« pazifistischen Deutschland. Es sind neben u.a. französischen, russischen vor allem deutsche Waffen und deutsche Chemie, die jetzt ungehindert und direkt und bestimmt nicht gegen die Absicht der (noch einmal: deutschen) Lieferanten verwendet werden zum grausamen Massenmord an freiheitsliebenden, kämpfenden und flüchtenden Kurdinnen und Kurden.

Ganz voller Unschuld und darin in Übereinstimmung mit dem deutschen Michel, der wohl informiert ist und doch nichts weiß, fragt eine andere Leserbriefschreiberin: »Bin ich jetzt als Mitglied der Friedensbewegung zuständig für alle Kriege dieser Welt oder gar verantwortlich?« Natürlich nicht, gute Frau, denn der Zuständigkeitsbereich der deutschen Friedensbewegung erstreckt sich natürlicherweise auf Deutschland und nur manchmal auf andere Länder, wenn unsere Umwelt bedroht ist. Und im übrigen müssen sich die Mitglieder der Friedensbewegung an ihre Satzung halten, worauf noch ein anderer Leserbriefschreiber hinweist: »Nach dem Grundgesetz haben wir ein Demonstrationsrecht, keine Demonstrationspflicht.« Wer jetzt Demonstrationen für die Kurden für eine Pflicht hält, leistet »der Demontage der bei uns in vierzig Jahren Frieden errungenen demokratischen Freiheiten Vorschub.« Und diese Freiheit in Frieden läßt sich ein friedlicher Deutscher nicht demontieren, ums Verrecken nicht. Außerdem, so ein weiterer Friedensbewegungsverteidiger: » ...ständiges Protestieren stumpft ab. Viele von uns sind müde geworden, brauchen eine Regenerationspause. Es stehen große Anstrengungen im eigenen Lande bevor.« Welche meint der Mann? Es schmerzt fast schon zu lesen, wie da, wo es schwierig wird, der alte deutsche Kohl nur so sprießt.

So und so weiter äußern sich, eine ganze Zeitungsseite voll, 13 friedensbewegte Menschen. Keiner setzt sich selbstkritisch mit dem Vorwurf des Schweigens auseinander, keiner geht auf den Völkermord an den Kurden ein, fragt nach deutscher Mitverantwortung für das Wüten der Hussein-Soldateska. Sogar die Sprecher des »Komitee für Grundrechte und Demokratie« und von »Ohne Rüstung leben«, die sich bisher um Aufklärung über die bundesdeutschen Waffenexporte in den Irak bemüht haben, ziehen es diesmal vor, »ihre« Friedensbewegung zu entlasten. Der eine fragt, nachdem er auf die Kontinuität von Kriegen, Hunger und Folter auf der ganzen Welt hingewiesen und dabei in vielen Worten die Kurden einfach weggeschwiegen hat: »Was für Übermenschen sollen diese Demonstranten eigentlich sein, die ständig gegen alles dies auf der Straße sein sollen?« Auch der andere weiß um das besondere Leiden der erschöpften Deutschen: »Haben wir nicht das Recht, zu trauern und zu schweigen, weil wir wieder einmal eine Niederlage erlitten haben?«

Wie furchtbar deutsch sind wir doch, trauern am liebsten um uns selbst und unsere Niederlagen, schweigen, wo wir schreien müßten, und schreien, wo wir lieber still sein sollten. Wie wurde doch noch vor wenigen Wochen protestiert und geschrien, daß im Fernsehen nicht die irakischen Opfer der alliierten Bombardements gezeigt wurden. Franz Alt, einer der Redner der großen Friedensdemonstration gegen den Golfkrieg am 26. Januar in Bonn, lechzte am meisten nach Blut: »Die Todesschreie der Opfer, die Angst der Gequälten, das Blut der Ermordeten sollen wir nicht sehen. Die dafür Verantwortlichen wissen: Ohne Zensur wären heute in Bonn nicht über 150.000 DemonstrantInnen, sondern 1,5 Millionen.« Heute sind die Opfer zu sehen, und auf deutschen Straßen finden sich keine 15.000 DemonstrantInnen. Was weiß Franz Alt, und was wissen diejenigen, die ihn immer noch auf Friedensdemos reden lassen? Daß das kurdische Blut weniger unser gutes deutsches Mitgefühl wert ist als das arabische?

Es mangelt nicht an Bildern, nicht an Informationen, nicht an kurdischen Frauen und Männern hier im Land, die unserer Unkenntnis über die jahrzehntelange deutsche Mitbeteiligung an der Unterdrückung des kurdischen Volkes und seiner Befreiungskämpfe abhelfen könnten. Es mangelt an der Bereitschaft zur Selbstkritik und an dem Interesse, Unkenntnis, Irrtümer und Widersprüche aufzudecken und aufzuarbeiten. Das ist ein politisch-moralisches Problem, das nicht nur die allermeisten Strömungen der Friedensbewegung betrifft, sondern auch ihre Kritiker und Kritikerinnen.

So haben sich diejenigen kräftig geirrt, die wie Hermann Gremliza hier in KONKRET um der Existenz Israels willen den alliierten Kriegszug gegen das Hussein-Regime befürworten. Heute ist zu sehen, daß Hussein zum Völkermord nicht nur ideologisch bereit, sondern auch politisch und militärisch imstande ist, und daß die Alliierten das so wollen. Der Krieg gegen Hussein hat, neben anderen Zielen, dessen Krieg gegen die Kurden nicht verhindern, sondern forcieren sollen. Großdeutschland lag und liegt in Wartestellung, wird, wenn's drauf ankommt, Israel fallen lassen und sich dazu weiterhin so geübter Diktatoren wie Hussein bedienen. Daran hat der alliierte Krieg nichts geändert. Wir werden wohl oder übel den langwierigen Weg eigener politischer Arbeit zur Entmachung der Profiteure, Helfershelfer und Betreiber von Völkermord suchen und gehen müssen.

Das gilt auch für diejenigen unter den Radikalen Linken, die zur Zeit so still geworden sind. Vielleicht werden sie sich wieder, wenn das meiste vorbei ist, zu Papier melden und uns alles erklären: hoffentlich nicht wieder, wer alles ins »Lager« der Kriegsbefürworter gewechselt ist (wie z.B. diejenigen, die in ihrer Unsicherheit und ihrem Schrecken den anti-imperialistischen Verstand verloren haben und z.B. die Forderung der kurdischen Anti-Hussein-Front nach UNO-garantierten Überlebenszonen für das kurdische Volk unterstützt haben).

Eher wünschen wir uns eine selbstkritische Erklärung des Radikalen Redaktionskollektivs, warum in der Flugschrift Nr. 1 auf dreißig langen Analyse-Seiten für den kurdischen Befreiungskampf nur wenige Zeilen bleiben und warum die auf dem Titelbild gezeigten »Kriegsverlierer« des Golfkrieges nicht etwa neben den irakischen Toten die schon ermordeten und immer noch höchst bedrohten Kurden sind, sondern Demonstranten in Amman, Jordanien.

Weder die radikale noch die sonstige Linke wird um eine Stellungnahme herumkommen zum Einsatz palästinensischer Kämpfer gegen die Kurden und zur Unterstützung Saddam Husseins durch Kuba, Jemen und Zimbabwe in der UNO. Oder ist die Parole »Kein Blut und kein Krieg für Öl« außer Kraft gesetzt, wenn kurdisches Blut vergossen wird?

Ulrich Hentschel ist aktiv in der Hamburger Friedensbewegung

Anmerkungen:

1
In Bezug auf den Film selbst: ein großer Teil der Kritik in westdeutschen Publikationen konzentrierte sich auf seinen kommerziellen Charakter und seine Tendenz zu trivialisieren. Meiner Meinung nach waren andere Gesichtspunkte des Filmes innerhalb des bundesrepublikanischen Kontextes viel wichtiger. In der besonderen Schwäche des Filmes lag genau seine Stärke, eine öffentliche Reaktion hervorzurufen.
Die Schilderung des Schicksals einer einzelnen jüdischen Familie zum Beispiel, forderte Sympathie für die Opfer und rief sie auch hervor. Eine deutsche Öffentlichkeit erfuhr sich selbst in der Identifikation mit den Juden, ein Identifikationsprozeß, der durch die Schilderung einer angepaßten Mittelklassen-Familie erleichtert wurde. Das Bewußtsein davon, daß sechs Millionen jüdische Menschen ermordet worden waren, wurde dadurch verstärkt. Diese Schilderung und die Reaktion auf sie blieb jedoch innerhalb der Grenzen der liberalen Reaktion auf den Rassismus und begegnete nicht ihren eigenen chauvinistischen Implikationen. In der einfachen Reaktion auf die rassistische und antisemitische negative Bewertung des Anderen tendiert sie dazu, die Tatsache und das Recht auf Anderssein zu negieren. Was daher verschleiert wurde, war nicht nur, daß Millionen jüdischer Leben zerstört worden sind, sondern auch die Vernichtung der Lebensweise des europäischen Judentums. Durch die Unterstützung der Identifikationsmöglichkeit schwächte der Film die Wahrnehmung dafür, daß andersartige Menschen, eine andersartige Kultur ausgerottet worden war.

Eine weitere Schwäche des Films lag in der, verglichen mit der entsetzlichen Wirklichkeit der Lager, milden Darstellung der Bedingungen in den Ghettos und Lagern. Jedoch gerade diese Tatsache ließ auf Seiten des Publikums das Empfinden von Entsetzen zu. Die Menschen konnten in einer Weise offen sein, wie es die meisten nicht können, wenn sie mit Dokumentaraufnahmen konfrontiert sind, die ein fast unfaßliches Grauen darstellen, die Opfer als entmenschlichte Skelette zeigen – lebend oder tot – und die daher häufig negative Reaktionen hervorrufen, die das Geschehene abwehren.
Schließlich behandelte der Film die Verfolgung und Ausrottung der Juden rein auf der Erscheinungsebene. Er versuchte nicht, den Antisemitismus zu erklären oder die gesellschaftlichen und geschichtlichen Dimensionen des Nationalsozialismus anzudeuten. Jedoch zwang vielleicht gerade dieser Mangel die Menschen, sich mit dem unverarbeiteten Phanomen zu konfrontieren und sich nicht hinter analytischen Kategorien oder moralisierendem Bedauern zu verstecken.

2
Alle Juden in Ostdeutschland, ungeachtet ihrer politischen Herkunft, erhalten höhere Pensionen von der Regierung. Sie erhalten sie jedoch nicht als Juden sondern als "Antifaschisten.

3
Dorf hieß die (erfundene) zentrale Nazi-Figur in dem Film.

4
Während Rudolf Augstein vom Spiegel ein Editorial verfaßte, in dem er sein fehlendes Wissen betonte (aber nicht entschuldigte), schrieb Henri Nannen vom Stern ein Editorial, in dem er sich selbst wegen seines Wissens aber Nichthandelns verurteilte und daß er sogar weiterhin voller Stolz eine Uniform der Luftwaffe trug. Eine dramatische Situation ereignete sich im Fernsehen, als nach vielen Stellungnahmen, die Unkenntnis vorschützten, ein Nachrichtenredakteur, der über die öffentlichen Reaktionen berichtet hatte, seinen Bericht unterbrach, um eine persönliche Erklarung abzugeben. Während des Krieges habe er auf einem U-Boot im Atlantik gedient. Sie hätten selbst dort über Auschwitz Bescheid gewußt.

5
Schon 1940 beziehen sich interne Memoranden von Heydrichs SD (Sicherheitsdienst) auf das "Problem" der deutschen Soldaten – die meisten von ihnen waren übrigens an der Ostfront –, die zum Urlaub nach Hause kommen und ihre Erfahrungen berichten.

6
Ich glaube nicht, daß das Ausbleiben einer solchen Reaktion nur der konservativen Politik der Alliierten nach 1945 zugeschrieben werden kann. Die "Antifa"-Komitees waren klein und isoliert. Aus den Nazilagern entlassene Antifaschisten fanden beim Volk wenig Beifall.

7
Theweleit, Mannerphantasien. Roter Stern Verlag, Frankfurt 1977. Das Buch ist eine reiche Quelle für Dokumente und Interpretationen von mannlichen Phantasien. Seine Schwäche liegt in dem Versuch, den Nazismus in diesen Termini zu begreifen, d.h. als Resultat des Patriarchalismus. Die These ist sicher als taglich Erstens: Soweit eine Beziehung zwischen Nazismus und Patriarchat existiert, bedeutet das keineswegs eine Identitat. Im Gegenteil, die wohl bekannten Photos bartloser junger Nazis, die sadistisch lacheln, während sie alteren jüdischen Männern die Barte ausreißen, scheinen auf psychologischer Ebene einen Haß auf das Patriarchat anzudeuten. Das wird nicht nur durch die Überlegung bestätigt, daß Hitler eher Gegenstand der Identifikation mit dem Ebenbürtigen als mit dem Vater war, sondern auch durch eine Untersuchung der Familienpolitik der Nazis, die trotz ihrer Slogans keineswegs traditionalistisch war. Die offensichtlich paradoxe Verbindung von Revolte mit dem Wunsch nach Disziplin und Ordnung kann als Revolte gegen einen zu schwachen Vater verstanden werden, d.h. als eine Bewegung, die den Niedergang des Patriarchats ausdrückt (was natürlich von seiner Überwindung sehr verschieden ist).
Zweitens macht Theweleit den Fehler, psychosexuelle Strukturen in einer unvermittelten Weise auf direkte Beziehungen zwischen Männern und Frauen zu beziehen. Das führt ihn dann zu einem Verständnis von Rassismus als Nebenresultat der Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Der geschichtliche Charakter besonderer Formen des Rassismus wird darin verdeckt. Es ist erstaunlich, daß in einem Buch, das von der subjektiven Seite des Nazismus handeln will, Rassismus außer acht gelassen und Antisemitismus ignoriert wird. Der Versuch, die subjektive Seite eines historisch spezifischen Phänomens zu untersuchen, endet bei einer subjektivistischen, überhistorischen und unspezifischen Ideologie. Das Problem wird in der Form formuliert, ob es überhaupt möglich sei, von "nichtfaschistischen" Männern zu reden (S. 44).

Männerphantasien ist in Deutschland ein großer publizistischer Erfolg gewesen. In der liberalen Presse wurde das Buch ausgiebig besprochen und hochgelobt. ("Die Zeit" widmete ihm eine ganze Seite.) Zur gleichen Zeit war es in der linken "Scene" ungeheuer populär. Meiner Meinung nach genau aus dem Grund, aus dem ich es kritisiert habe: die Interpretation des Textes stimmt mit dem Trend überein – eine nichtauthentische Huldigung an die Frauenbewegung und ist so unspezifisch, daß das Problem des Erfolgs des Nationalsozialismus in Deutschland in ein Problem von Mannern überhaupt aufgelöst wird; außerhalb von Raum und Zeit.

8
Ein nicht weniger haufig angegebener Grund für die Ablehnung des Filmes "Holocaust" durch manche Linke, die in der Weigerung gipfelte, sich den Film anzusehen, war das Argument, der Film sei ein Ausdruck zionistischer Propaganda. Das vernachlassigt die offensichtliche Tatsache, daß die Ausrottung des europäischen Judentums der Grund dafür war, daß die meisten Juden nach 1945 mit dem Zionismus sympathisierten. Das hing nicht allein mit den Nazis zusammen, sondern auch mit dem Eifer der rumänischen, ukrainischen, kroatischen, flamischen und französischen Antisemiten und Faschisten, die Nazis bei der Verfolgung und Ausrottung der Juden zu unterstützen. Gleiches gilt für die Politik "passiver Duldung", wie sie von den Amerikanern und Briten bekannt ist. Zionismus als nationalistische Antwort wurde für viele Juden überzeugend, nachdem sie erfahren hatten, wie die Projektion einer jüdischen Weltverschwörung in ihr Gegenteil umschlug, sich als "Weltverschwörung gegen die Juden" verwirklichte. Die Gründung der jüdischen Massenunterstützung des Zionismus zu verstehen hat jedoch nicht notwendig zu einer Unterstützung der zionistische Politik zu jeder Zeit und zu entschuldigen Gleichsetzung des Zionismus mit der Reaktionen der Palästinenser auf Unterdrückung. Einverständnis mit der Politik radikaler Nationalisten eines Habasch oder Wadi Haddad. Es ist wirklich nicht so schwer, solche Unterscheidungen zu machen. Das also kann nicht das Problem sein. Braucht sich eine deutsche Linke mit der Ausrottung des europäischen Judentums durch die Nazis deshalb nicht zu befassen, weil es die Wirklichkeit des Zionismus gibt?

9
Der einzige jüngere Versuch in den westdeutschen Medien, die Ausrottung der Juden durch die Nazis qualitativ zu bestimmen, wurde von Jürgen Thorwald gemacht (Spiegel vom 5. Febr. 1979).

Antisemitismus und Nationalsozialismus

Dieser Artikel wurde vom Moishe ursprünglich für die "New German Critic", also für ein amerikanisches Publikum geschrieben. Vor allem im ersten Teil des Artikels scheinen Formulierungen und Erklärungen sich nicht direkt an die bundesdeutsche Linke zu wenden. Seine inhaltliche Kritik bezieht sich jedoch auf die Faschismusverarbeitung der Linken hier und ist deshalb für uns umso wichtiger.

Ausmaß und Stärke des Widerhalls auf "Holocaust" in Westdeutschland wirft die Fragen nach Antisemitismus und Nationalsozialismus auf und wie mit ihnen in der öffentlichen Diskussion in der BRD umgegangen worden ist. (1) Diese Diskussion war durch einen offensichtlichen Widerspruch gekennzeichnet. Liberale und Konservative haben, indem sie die Diskontinuität zwischen der Nazi-Vergangenheit und der Gegenwart betonten, ihre Aufmerksamkeit auf die Verfolgung und Ausrottung der Juden konzentriert, wenn sie sich auf jene Vergangenheit bezogen haben. Andere für den Nazismus zentrale Gesichtspunkte sind daher vernachlässigt worden. Die Betonung des Antisemitismus diente dazu, den angeblich totalen Bruch zwischen dem Dritten Reich und der BRD zu unterstreichen und eine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen und strukturellen Wirklichkeit des Nationalsozialismus zu vermeiden, einer Wirklichkeit, die 1945 nicht plötzlich verschwunden war. Es ist bezeichnend, daß die westdeutsche Regierung an die Juden Wiedergutmachungszahlungen leistet, jedoch nicht an Kommunisten und andere radikale Gegner der Nazis, die verfolgt worden sind. Der offiziell geehrte Widerstand ist der vom 20. Juli 1944. Mit anderen Worten, was den Juden geschah, ist instrumentalisiert worden und in eine Ideologie zur Legitimation des gegenwärtigen Systems verwandelt worden. Diese Instrumentalisierung war nur möglich, weil der Antisemitismus hauptsächlich als eine Form des Vorurteils behandelt wurde, als Sündenbock-Ideologie – eine Auffassung, die die innere Beziehung zwischen dem Antisemitismus und anderen Gesichtspunkten des Nationalsozialismus verdeckt hat.
Auf der anderen Seite neigte die Linke dazu, sich auf die Funktion des Nationalsozialismus für den Kapitalismus zu konzentrieren und hob daher die Zerstörung der Organisationen der Arbeiterklasse hervor, die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Nazis, den Expansionismus und die bürokratischen Herrschaftstechniken von Partei und Staat. Sie hob auch die Kontinuitätsmomente zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik hervor. Die Ausrottung der Juden hat sie natürlich nicht unterschlagen. Jedoch ist sie schnell unter die allgemeinen Kategorien von Vorurteil, Diskriminierung und Verfolgung subsumiert worden. (2) Mit anderen Worten, die Ausrottung der Juden wurde außerhalb des Rahmens einer Analyse des Nazismus behandelt. Antisemitismus wurde als eher peripheres denn als zentrales Moment des Nationalsozialismus verstanden. Die Linke hat die innere Beziehung zwischen beiden genauso verdeckt.
Beide Positionen teilen ein Verständnis von modernem Antisemitismus als antijüdischem Vorurteil, als besonderem Beispiel für den Rassismus im allgemeinen. Die massenpsychologische Natur des Antisemitismus wird in einer Weise betont, die es ausschließt, ihn in eine sozioökonomischen Untersuchung des Nationalsozialismus einzubeziehen.
Die Schwäche dieses Verständnisses kam mit besonderer Klarheit in den Diskussionen über den Holocaust-Film im westdeutschen Fernsehen zum Ausdruck. Die Stärke der Podiumsteilnehmer lag darin, Informationen zu geben: über die Bedingungen in den Konzentrationslagern; die Aktivitäten der Einsatzgruppen und deren Zusammensetzung (der Polizei ebenso wie der SS-Einheiten); den Massenmord an Zigeunern; und über die materiellen Schwierigkeiten und das Ausmaß des jüdischen Widerstandes. Jedoch waren sie in Verlegenheit, als sie versuchten, die Ausrottung des europäischen Judentums zu erklären. Sie erörterten die Frage hauptsächlich unter der Annahme eines Mangels an Zivilcourage in der Bevölkerung (und ließen damit durchblicken, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung zumindest passiv dem Antisemitismus der Nazis widerstanden habe); oder in den allgemeinen Kategorien von Mißtrauen und Furcht gegenüber dem Anderen; oder in individualpsychologischen Kategorien ("Der potentielle 'Dorf' steckt in jedem von uns") (3). Über Antisemitismus wurde ziemlich wenig gesprochen und es gab keinen Versuch, den modernen Antisemitismus genauer zu bestimmen und ihn auf den Nazismus zu beziehen. Folgerichtig blieb die Frage, warum so etwas geschehen konnte, notwendig rhetorisch, bloßer Ausdruck von Scham und Entsetzen.
Das Entsetzen und die Scham; die der Film weckte, konzentrierten die Diskussion auf die Frage, ob die Deutschen gewußt hätten, was den Juden geschehen war, eine Frage, die in Fernsehen und Presse (4) sehr heiß und emotional diskutiert wurde. Indem "Holocaust" Massenerschießungen von Juden durch Einsatzgruppen zeigte, untergrub der Film die Fiktion, der Völkermord der Nazis sei Sache einer kleinen Handvoll Leute gewesen, die innerhalb eines von den Soldaten wie von der übrigen deutschen Bevölkerung hermetisch abgeriegelten Rahmens arbeiteten. Die Tatsache, daß Millionen Juden, Russen und Polen außerhalb der Lager mit Wissen und zeitweise mit aktiver Unterstützung der Wehrmacht ermordet wurden oder Hungers starben, konnte vom öffentlichen Bewußtsein nicht länger verdrängt werden. (5)
Die öffentliche Reaktion auf "Holocaust" machte klar, daß Millionen Deutscher tatsächlich davon gewußt hatten, selbst wenn nicht in allen Einzelheiten. Die Tatsache dieses Wissens wirft das Problem auf, daß der typische Deutsche nach dem Krieg darauf beharrte, nichts über die Ausrottung des europäischen Judentums und anderer Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit gewußt zu haben. Es ist klar, daß die Verleugnung dieses Wissens einen Versuch darstellte, die Schuld zu leugnen. Es könnte jedoch argumentiert werden, daß, selbst wenn die Leute davon gewußt hätten, es wenig gab, was sie hätten tun können, Das Wissen um die Nazi-Verbrechen muß nicht notwendigerweise Schuld einschließen. Welche Bedeutung hat also die Leugnung dieses Wissen vor allem NACH dem Krieg, als die meisten Leute doch sicher alles wußten?
Nach dem Krieg darauf zu beharren nichts gewußt zu haben, müßte vermutlich als fortgesetztes Beharren darauf interpretiert werden, nicht wissen zu WOLLEN. "Wir wußten nicht" müßte als "wir wollen noch immer nicht wissen" interpretiert werden. Das Wissen zuzugestehen – selbst als post factum erworbenes – hätte notwendig eine innere Distanzierung von vergangener Identifikation erfordert und hätte zu politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen geführt. Waren die Menschen nach dem Krieg für dieses Wissen offen gewesen, wäre vielleicht das, was ersichtlich fehlte, eingetreten – eine massive öffentliche Reaktion des Entsetzens und die Forderung nach gerechter Strafe. Vielleicht wäre es für so viele Nazibeamte, Staatsanwälte und Richter nicht möglich gewesen, wei-

terhin die gleichen Funktionen in der Bundesrepublik auszuüben. (6) Ein antinazistischer Umschwung der Massen stand jedoch nicht auf der Tagesordnung. Das Ziel war "Normalität" um jeden Preis – eine Normalität, die ohne Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erreicht werden sollte. Die starke Identifikation mit jener Vergangenheit wurde nicht überwunden, sondern einfach unter Unmengen von Volkswagen begraben.

Das Ergebnis war psychische Selbstverleugnung und Verdrängung. Es gibt viele Interpretationen der Natur dieser massiven psychischen Verdrängung: Angst vor Strafe, Scham, fortgesetzte Identifikation oder statt der Überwindung die Verleugnung einer vergangenen starken Identifikation (Mitscherlichs These von der Unfähigkeit zu trauern). Daß eine solche Verdrängung stattfand ist unbestreibar. Daraus entstand eine Art kollektiver Somnambulismus; die Mehrheit der Bevölkerung ging schlafwandelnd ihren Weg durch den Kalten Krieg, durch das "Wirtschaftswunder", durch das Wiederauftauchen von Politik während der Studentenbewegung. Dieser schlafähnliche Zustand ist durch "Holocaust", zumindest für einen Augenblick, erschüttert worden. Das ist vermutlich mehr ein Ergebnis von Zeit als des Filmes selbst. 34 Jahre nach Kriegsende ist die Geschichte ein stückweit Geschichte geworden. Das Nach-Vorne-Gewandtsein der Nachkriegs-Ära – die Aufsplitterung der Welt in zwei Lager; die Periode der wirtschaftlichen Expansion, in der Glück durch Konsumieren erkauft werden sollte; die Periode der Studentenbewegung, wo man die Wurzel allen Glücks in der praktischen Politik vermutete – ist vorüber. Die Vergangenheit, die man glaubte, weit hinter sich gelassen zu haben, ist wieder aufgetaucht. Sie war immer im Schlepptau, einen Schritt hinterher. Das ist jetzt offensichtlich geworden.

II

Das Problem des Wissens von der Nazi-Vergangenheit hat eine besondere Rolle in der deutschen Neuen Linken gespielt, die nicht unmittelbar auf der Hand liegt. Diese Vergangenheit und ihre kollektive psychische Verdrängung waren sehr wichtige Momente in der Entstehung der Neuen Linken. Obwohl es eine Diskussion über den Nazismus und des Holocaust innerhalb der Linken gab, haben viele jüngste Gespräche in Frankfurt ein bemerkenswertes Phänomen offenbart: Während die meisten der älteren Generation der Neuen Linken sich in den sechziger Jahren intensiv mit dem Problem beschäftigt hatten, zeigte es sich, daß ein großer Teil der jüngeren Generation, vielleicht die meisten, die sich 1968 und danach politisiert haben, über die Ausrottung des europäischen Judentums niemals Dokumentationen eingesehen oder sich überhaupt informiert hatten. Für diese Generation war "Holocaust" ein Schockerlebnis. Es war das erste Mal, daß sie konkret und hautnah mit dem Schicksal der Juden konfrontiert wurden. Sie hatten natürlich davon gewußt, aber offensichtlich nur abstrakt. Der Wirklichkeit dieses Entsetzens hatte sie nie konkret gegenübergestanden. Das Fehlen einer solchen Konfrontation spiegelte sich im Umgang der Nach-Achtundsechziger-Generation mit Geschichte und Verständis von Nationalsozialismus.

In den späten sechziger Jahren und den frühen siebziger Jahren schenkte die Neue Linke der Geschichte der Arbeiterbewegung, besonders von 1918 bis 1923 und dem Widerstand gegen die Nazis weit mehr Aufmerksamkeit, als der Geschichte des Nationalsozialismus selbst. Das Studium der Geschichte wurde zu einer Suche nach Identifikation – einer Suche, die angesichts der Nazivergangenheit besonders intensiv war. Eine historische Konfrontation mit dem Dritten Reich wurde dadurch jedoch umgangen. Durch die Hervorhebung der revolutionären Bewegungen, die auf den ersten Weltkrieg folgten, wurde, aber die Tatsache verdeckt, daß diese Geschichte spätestens 1933 zu Ende war und nicht länger eine lebendige historische Tradition darstellt – sei es in der BRD oder in der DDR. Das Bedürfnis nach Identifikation führte dazu, den Widerstand gegen Hitler überzubetonen. Dadurch wurde umgangen, sich mit der Popularität des Nazi-Regimes selbst auseinanderzusetzen. Dadurch wurde aber auch ein Verständnis der Lage der Juden in Europa von 1933-1945 abgeblockt. Der "Mangel an jüdischem Widerstand" wurde zu einer impliziten Anklage und bildete keinen Ausgangspunkt für genauere Untersuchungen.

Das Fehlen wirklichen Wissens über die Aktivitäten und die Politik der Nazis in Polen und der Sowjetunion, in den Ghettos und den Vernichtungslagern führte zu einem unvollständigen Bild des Nazismus. Das Ergebnis war eine Analyse des Nationalsozialismus, die jene Momente des Phänomens heranzog, welche in den Jahren 1933 - 1939 augenscheinlich waren: ein terroristischer, bürokratischer Polizeistaat, der im unmittelbaren Interesse des Großen Kapitals arbeitete und auf autoritären Strukturen, der Glorifizierung der Familie und der Benutzung des Rassismus als einem Mittel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beruhte. Diese Art der Analyse wurde noch durch die kommunistische Angewohnheit, lieber vom Faschismus als vom Nazismus zu sprechen, verstärkt, womit sie seine Klassenfunktion unter Ausschluß anderer Momente hervorhob. Mit anderen Worten: sowohl die nicht-dogmatische Linke als auch die orthodoxen Marxisten neigten dazu, den Antisemitismus als Randerscheinung des Nationalsozialismus zu behandeln. Dadurch wurden die Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit von der sozial-historischen Untersuchung des Nationalsozialismus isoliert. Das Ergebnis ist, daß die Vernichtungslager entweder als bloße Beispiele imperialistischer (oder totalitärer) Massenmorde erscheinen oder unklarbar bleiben.

Das Bestehen auf einer Auseinandersetzung mit der BESONDERHEIT des Nazismus und der Vernichtung des europäischen Judentums ist in Deutschland häufig als eine Anklage verstanden worden – auch von der Linken. Daß Terror, Massenmord, Rassismus und Autoritarismus ein deutsches Monopol seien, ein Mißverständnis, das Abwehreaktionen her vorruft. So auf die Erwähnung des Gegenstandes Nazismus unmittelbar mit Greuelbeispielen in Vietnam, Palästina

usw. zu "antworten". Linke Theorien des Nationalsozialismus neigen auch zu dieser Abwehrhaltung. Objektivistische Theorien verkehren entweder Horkheimers Diktum von der BEZIEHUNG zwischen Kapitalismus und Faschismus in eine vorausgesetzte Identität oder vermitteln beides ökonomistisch. Subjektivistische Theorien (wie z.B. die von Theweleit,7) lassen die Besonderheit des Nationalsozialismus außer acht. Das Dritte Reich wird so entweder mit dem Kapital oder mit dem Patriarchat indentifiziert, d.h. in historisch unspezifischen Kategorien begriffen.

Theorie selbst wurde zu einer Form psychischer Verdrängung. Die Begriffe wurden lieber dazu benutzt, eine unverstellte Wahrnehmung des Nazismus ABZUBLOCKEN, als daß sie gebraucht worden wären, jene Wirklichkeit zu BEGREIFEN und sie verstehbar zu machen. Diese Umkehrung der Funktion von Analyse rührte meiner Meinung nach aus Abscheu und Schuld, die die Nachkriegsgeneration gegenüber der Nazi-Vergangenheit empfand. Mit diesem Schuldgefuhl konnte man nur schwer umgehen und es war kaum zu greifen, weil es ja nicht auf wirklicher Schuld beruhte. Die Verbindung von Abscheu und Schuld führte zu einem Interesse am Nazismus, das jedoch durch Abwehrreaktionen gekennzeichnet war, die verhinderten, sich mit der Besonderheit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ein Zugeständnis jener Besonderheit wurde mit einem Eingeständnis von Schuld verbunden. Das Ergebnis war die Neigung, den Nazismus als leere Abstraktion zu behandeln, die mit Kapitalismus, Bürokratie und autoritären Strukturen assoziiert wurde – nur als eine schlimmere Ausprägung der "Normalität", die wir alle kennen. Dadurch wurde nicht nur die Besonderheit der deutschen Vergangenheit aufgehoben, sondern der Terminus Faschismus ist Gegenstand einer rhetorischen Inflation geworden, die seine Bedeutung entwertet hat. Einerseits verkannte diese einseitige Betonung der oben angesprochenen Momente des Nationalsozialismus seine antibürgerlichen Aspekte: die Revolte, den Haß auf die Herrschenden und den grauen kapitalistischen Alltag. Andererseits konnte der Kampf gegen die autoritäre kapitalistische Gegenwart in der BRD, eine Gegenwart, der viele Momente von Kontinuität mit der Nazi-Vergangenheit anhaften, als direkter Kampf gegen den Faschismus interpretiert werden; ein Versuch, das Fehlen eines deutschen Widerstandes damals wie heute wieder gutzumachen. Solche Tendenzen beeinflußten die politische Diskussion in Frankfurt während der siebziger Jahre stark, die in hohem Maße durch die Auseinandersetzung mit der Theorie, Strategie und Taktik des westdeutschen Untergrunds bestimmt war.

Viele politische Aktivitäten in der BRD werden als "Lernen aus der Vergangenheit" dargestellt. Die Brennpunkte des politischen Interesses und der Aktivität in Westdeutschland sind heute die Kämpfe gegen Unterdrückung, Berufsverbot, den Eingriff in bürgerliche Freiheiten, Gerichtsverfahren, die erschreckende Behandlung politischer Gefangener (in Wirklichkeit aller Gefangener), die Diskriminierung ausländischer Arbeiter, Rassismus und Kernenergie mit ihren politischen wie ökologischen Auswirkungen. Machen es diese Kämpfe notwendig, aus der Nazi-Vergangenheit zu lernen?

Sicherlich sind sie zwar gegen den autoritären Staat gerichtet. Diese Bestimmung erschöpft die des Nationalsozialismus aber keineswegs. Diese Kampagnen – so wichtig sie sind – als "Lernen aus der Vergangenheit" darzustellen, ist irgendwie verdächtig. Das Lernen geht hier etwas zu schnell und stellt zum Teil auch eine Flucht aus der Besonderheit jener Vergangeheit dar.

Die Auswirkungen dieser Flucht sind zweideutig. Ich bezweifle, ob es im Westen noch eine Linke gibt, die gegenüber Entwicklungen in anderen Ländern so offen und informiert ist, wie die Westdeutsche. Jedoch spürt man eine unterschwellige Verzweiflung, eine Suche nach Identität, mit der große Teile der nichtdogmatischen Linken versucht haben, sich in unmittelbarer Weise auf die Entwicklungen im Ausland zu beziehen – vom italienischen "Heißen Herbst" 1969, über die Panther-Verteidigung, Palästina, Portugal, alternative Projekte in den USA, die italienischen Stadtindianer, die französische "Neue Philosophie" usw.

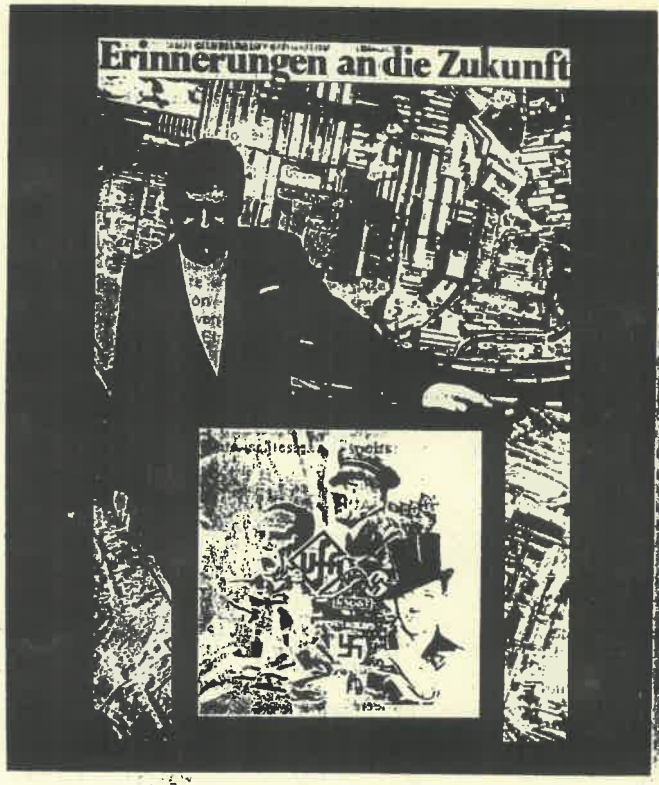
Diese Probleme von Lernen und Verdrängen, Flucht und Suche nach Identität drückten sich in der Haltung der neuen deutschen Linken gegenüber Israel am klarsten aus. Keine westliche Linke war vor 1967 so philosemitisch und prozionistisch. Vermutlich keine identifizierte sich in der Folge so stark mit der palästinensischen Sache. Was "Anti-Zionismus" genannt wurde, war in Wirklichkeit so emotional und psychisch beladen, daß es weit über die Grenzen einer politischen und gesellschaftlichen Kritik am Zionismus hinauseine. Das bloße Wort wurde so negativ besetzt wie Nazismus; und das in einem Land, wo die Linke es besser hätte wiessen müssen. (8) Der Wendepunkt vom Philosemitismus zu jener Form des Anti-Zionismus war der Krieg 1967. Ich würde vermuten, daß hier ein Prozeß psychologischer Umkehr stattfand, in dem die Juden als Sieger mit der Nazi-Vergangenheit identifiziert wurden – positiv mit der deutschen Rechten, negativ von der Linken. Die Opfer der Juden wurden umgekehrt als Juden identifiziert. Es ist in dieser Hinsicht bemerkenswert, daß der Auslöser für eine solche Wende NICHT die Vertreibung und das Leiden der Palästinenser war, das zudem schon lange vor 1967 begonnen hatte. Es war vielmehr der siegreiche "Blitzkrieg" der Israelis. Der Philosemitismus offenbarte seine andere Seite: Wenn die Juden einerseits keine Opfer sind und deshalb integer und andererseits die Israelis brutal und rassistisch sind, dann müssen sie "Nazis" sein. Nach der Schlacht von Karameh 1968 erwiesen sich die Palästinenser zudem als die "besseren Juden" – sie leisteten Widerstand. So war endlich eine Gelegenheit gegeben, sich mit den "Juden" UND MIT IHREM WIDERSTAND zu identifizieren. Der Kampf gegen den Zionismus verwandelte sich in den langersehnten Kampf gegen die Nazi-Vergangenheit – BEFREIT VON SCHULD.

Diese Abfolge psychischer Verkehrung manifestierte sich am groteskesten 1976 in Entebbe. Ein Flugzeug der Air France war entführt und alle nicht-jüdischen Passagier waren freigelassen worden. Die zurückgehaltenen Geiseln waren die jüdischen Passagiere. (Nicht einfach alle Israelis – was schlimm genug gewesen wäre). Dieses "Selektionsverfahren" wurde unter anderen von zwei jungen deutschen Linken vorgenommen, weniger als vierzig Jahre nach Auschwitz! Innerhalb

der deutschen Neuen Linken gab es keine öffentliche Protestreaktion – geschweige denn einen allgemeinen Aufschrei.
"Lernen aus der Vergangenheit" ist von einer Verwirklichung noch weit entfernt. Schuld hatte es abgeblockt, Unkenntnis es behindert und das überwältigende Bedürfnis nach unzweideutiger Identifikation hatten es schließlich verdrängt. Es ist sicherlich politisch vorteilhafter, daß die unmittelbaren Probleme, denen sich eine deutsche Linke gegenübersieht, viel mehr mit einem zunehmend autoritären technokratischen Kapitalismus zu tun haben, als mit Nazismus und Antisemitismus. Nichtsdestoweniger lastet die Vergangenheit zu schwer, als daß sie ignoriert werden könnte; der Versuch, die Vergangenheit beiseite zu schieben, um mit der Gegenwart fertig zu werden, hat nicht funktioniert. Die verdrängte Vergangenheit ist geblieben, hat ihre untergründige Arbeit fortgesetzt und dazu beigetragen, den Umgang mit der Gegenwart zu bestimmen.

III

Ein wichtiger Gesichtspunkt in der Konfrontation mit dieser Vergangenheit wäre der Versuch, sich mit der Beziehung von Antisemitismus und Nationalsozialismus auseinanderzusetzen; zu versuchen, die Ausrottung des europäischen Judentums zu verstehen. Das kann solange nicht geschehen, wie Antisemitismus als Beispiel für Rassismus SANS PHRASE verstanden wird und der Nazismus nur unter der Form des Großen Kapitals und eines terroristischen bürokratischen Polizeistaates begriffen wird. Auschwitz, Chelmo, Majdanek, Sobibor und Treblinka dürfen nicht außerhalb der Analyse des Nationalsozialismus behandelt werden. Sie stellen einen seiner logischen Endpunkte dar, nicht einfach eine seiner furchtbarsten Randerscheinungen. **Keine Analyse des Nationalsozialismus, die nicht die Ausrottung des europäischen Judentums erklären kann, wird ihm gerecht.**
Der erste Schritt muß eine ausführliche Beschreibung des Holocaust und des modernen Antisemitismus sein. Der Mangel ernsthafter und eindringlicher Überlegungen zum modernen Antisemitismus macht jeden Versuch, die Ausrottung des europäischen Judentums zu verstehen, unangemessen. Das ist keine Frage der Quantität, sei es der Zahl der Menschen, die ermordet worden sind, noch des Ausmaßes ihres Leidens. Es gibt zu viele historische Beispiele für Massen- und Völkermord (z.B. sind viel mehr Russen als Juden von den Nazis getötet worden). Die Frage zielt vielmehr auf die QUALITATIVE BESONDERHEIT. Bestimmte Aspekte der Ausrottung des europäischen Judentums bleiben so lange unerklärlich, wie der Antisemitismus als bloßes Beispiel für Vorurteil, Fremdenhaß und Rassismus allgemein behandelt wird, als Beispiel für Sündenbockstrategien, deren Opfer auch sehr gut Mitglieder irgendeiner anderen Gruppe hätten gewesen sein können.
Charakteristisch für den "Holocaust" war



der verhältnismäßig geringe Anteil an Emotion und unmittelbarem Haß (im Gegensatz zu Pogromen z.B.); zudem fehlte jeder Missionsgeist und, was das wichtigste ist: Holocaust war offensichtlich nicht funktional. Die Ausrottung der Juden war kein Mittel zu einem anderen Zweck. Sie wurden nicht aus militärischen Gründen ausgerottet oder um gewaltsam Land zu nehmen (wie bei den amerikanischen Indianern und den Tasmaniern); auch nicht, um jene Teile der Bevölkerung auszulöschen, um die herum sich am leichtesten Widerstand hätte kristallisieren können, so daß der Rest als Heloten besser ausgebeutet werden könnte. Dies war übrigens der Grund der Nazipolitik gegenüber den Polen und Russen. Es gab auch kein anderes "äußeres" Ziel. **Die Ausrottung der Juden mußte nicht nur total sein, sondern war sich selbst Zweck – Ausrottung um der Ausrottung willen – ein Zweck, der absolute Priorität beanspruchte. (9)**
Eine funktionalistische Erklärung des Massenmordes und eine Sündenbock-Theorie des Antisemitismus können nicht einmal im Ansatz erklären, warum in den letzten Kriegsjahren, als die deutsche Wehrmacht von der Roten Armee überrollt wurde, ein bedeutender Teil des rollenden Materials für den Transport der Juden zu den Gaskammern benutzt wurde und nicht für die logistische Unterstützung des Heeres.
Ist die QUALITATIVE BESONDERHEIT der Ausrottung des europäischen Judentums einmal erkannt, wird klar, daß Erklärungsversuche, die sich auf Kapitalismus, Rassismus, Bürokratie, sexuelle Unterdrückung oder die autoritäre Persönlichkeit stützen, viel zu allgemein bleiben. Die Besonderheit des Holocaust erfordert eine viel spezifischere Vermittlung, um sie wenigsten im Ansatz zu verstehen.
Die Ausrottung des europäischen Judentums steht natürlich in Beziehung zum Antisemitismus. Die Besonderheit des ersteren muß auf den letzteren bezogen werden. Darüber hinaus muß der moderne Antisemitismus in Hinblick auf den Nazismus als Bewegung verstanden werden – eine Bewegung, die in der Sprache ihres eigenen Selbstverständnisses eine Revolte darstellte.
Der moderne Antisemitismus, der nicht mit dem täglichen anti-jüdischen Vorurteil verwechselt werden darf, ist eine Ideologie, eine Form des Denkens, die in Europa im späteren neunzehnten Jahrhundert auftrat. Sein Auftreten setzt Jahrhunderte früherer Formen des Antisemitismus voraus. Antisemitismus ist

immer ein integraler Teil der christlich-westlichen Zivilisation gewesen. Allen Formen des Antisemitismus ist gemeinsam, daß den Juden ein Machtmonopol zugeschrieben wird: die Macht Gott zu töten, die Beulenpest loszulassen oder, in jüngerer Zeit, Kapitalismus und Sozialismus herbeizuführen. Mit anderen Worten: Das Denken ist stark manichäisch; die Juden spielen darin die Rolle der Kinder der Finsternis.
Nicht nur das bloße Potential, sondern auch die Qualität der den Juden beigelegten Macht unterscheidet den Antisemitismus von anderen Formen des Rassismus. Vermutlich schreiben alle Formen des Rassismus den anderen potentielle Macht zu. Diese Macht ist gewöhnlich aber konkret – materiell und sexuell – die Macht des "Untermenschen". Die den Juden zugeschriebene Macht ist nicht nur viel grösser und im Gegensatz zu potentieller 'wirklich', sie ist ganz anders. Im modernen Antisemitismus ist sie eigenartig unfaßbar, abstrakt und allgemein. Diese Macht erscheint gewöhnlich nicht als solche, sonder muß ein konkretes Gefäß, einen Träger, eine Ausdrucksweise finden. Weil diese Macht nicht konkret gebunden ist, nicht 'verwurzelt' ist, wird sie als unge nicht "verwurzelt" ist, wird sie als ungeheuer groß und schwer kontrollierbar empfunden. Sie steht hinter den Erscheinungen, ist aber nicht identisch mit ihnen. Ihre Quelle ist daher verborgen – konspirativ. Die Juden stehen für eine ungeheuer machtvolle, unfaßbare internationale Verschwörung.
Ein Naziplakat bietet ein plastisches Beispiel für diese Wahrnehmung: es zeigt Deutschland – dargestellt als starker, ehrlicher Arbeiter –, das im Westen durch einen fetten, plutokratischen englischen John Bull bedroht ist und im Osten durch einen brutalen, barbarischen, bolschewistischen Kommissar. Jedoch sind diese beiden feindlichen Kräfte bloße Marionetten. Über den Rand des Globus, die Marionettenfäden fest in der Hand, späht der Jude. Eine solche Vision war keineswegs Monopol der Nazis. Der moderne Antisemitismus ist dadurch gekennzeichnet, daß die Juden für die geheime Kraft hinter jenen 'offenbaren' Widersachern gehalten werden: dem plutokratischen Kapitalismus und dem Sozialismus. "Das Internationale Judentum" wird darüber hinaus als das empfunden, was hinter der "vulgären" modernen Kultur steht und, allgemein formuliert, hinter all jenen Kräften, die zum Niedergang der traditionellen Werte und Institutionen beitragen. Für den modernen Antisemitismus ist also nicht nur sein säkularer Inhalt charakteristisch, sondern auch sein "systematischer" Charakter. Er beansprucht, die Welt zu erklären.
Diese deskriptive Bestimmung des modernen Antisemitismus ist zwar notwendig, um diese Form von Vorurteil oder Rassismus im allgemeinen zu unterscheiden; sie kann jedoch als solche noch nicht die innere Beziehung zum Nationalsozialismus aufzeigen. Die Absicht also, die übliche Trennung zwischen einer sozio-ökonomischen Analyse des Nazismus und einer Untersuchung des Antisemitismus zu überwinden, ist auf dieser Ebene noch nicht erfüllt. Es bedarf einer ERKLÄRUNG des oben beschriebenen Antisemitismus, die fähig ist, beides zu vermitteln. Sie muß sich historisch auf die gleichen Kategorien stützen, die zur Erklärung des Nationalsozialismus schlechthin angewandt werden konnten. Es ist nicht die Intention, die sozialpsychologischen oder psychoanalytischen Erklärungen zu negieren, sondern vielmehr ein historisch-erkenntnistheoretisches Be-

ziehungsgefüge zu erläutern, innerhalb dessen weitere psychologische Spezifizierung stattfinden kann. Fehlt ein solcher Rahmen, bleiben alle anderen Erklärungsversuche, die sich um Subjektivität zentrieren, historisch unspezifisch. Es bedarf also einer Erklärung in Form einer materialistischen Erkenntnistheorie. Ausgang einer solchen Erklärung wird Marx' Begriff des Fetischs sein, den er nur in Bezug auf die Ware entwickelt hat. Diesem Begriff liegt Marx' Analyse der Ware, des Geldes und des Kapitals als gesellschaftliche Formen und NICHT bloß ökonomischen Begriffen zugrunde. In seiner Analyse erscheinen die kapitalistischen Formen gesellschaftlicher Beziehungen nicht als solche, sondern sie drücken sich in vergegenständlichter Form aus. Diese vergegenständlichten Formen gesellschaftlicher Beziehungen führen, als Ausdruck von Entfremdung, ein verselbständigtes Dasein und bestimmen rückwirkend sowohl gesellschaftliches Handeln als auch gesellschaftliches Denken. Die Ware als Form ist z.B. eine Kategorie, die gleichzeitig bestimmte gesellschaftliche Beziehungen und Denkformen ausdrückt. Diese Interpretation unterscheidet sich sehr von der Hauptrichtung marxISTISCHER Tradition, in der die Kategorien als abgeleitete Bestimmungen einer "ökonomischen Basis" begriffen werden und das Denken als Überbauphänomen aufgefaßt wird; das sich aus Klasseninteressen und -bedürfnissen ableitet. Diese Form des Funktionalismus kann, wie oben ausgeführt, die Nicht-Funktionalität der Ausrottung der Juden nicht angemessen erklären. Allgemein formuliert: es wird nicht erklärt, warum eine bestimmte Denkform, die sehr wohl im Interesse bestimmter Klassen und anderer gesellschaftlicher Gruppen liegen kann, eben diesen und

keinen anderen Inhalt hat. Dasselbe trifft auch auf die aufklärerische Definition von Ideologie (und Religion) als Produkt bewußter Manipulation zu. Der weit verbreitete Glaube an eine bestimmte Ideologie impliziert, daß sie eine Resonanz besitzen muß, deren Ursprung zu erklären ist. Andererseits steht der Marxsche Ansatz, der von Lukacs, der Frankfurter Schule und Sohn-Rethel weiter entwickelt wurde, jenen Variationen traditionellen Marxismus entgegen, die ihrerseits jeden ernsthaften Versuch der historischen Erklärung von Denkformen aufgegeben haben.

Eine vollständige Darstellung des Problems von Antisemitismus würde über die Grenzen dieses Aufsatzes hinausgehen. Es kommt hier jedoch darauf an aufzuzeigen, daß eine sorgfältige Untersuchung der modernen antisemitischen Weltanschauung sich als eine Form des Denkens enthüllt, in dem die rasche Entwicklung des industriellen Kapitalismus mit allen ihren gesellschaftlichen Folgen im Juden personifiziert und mit ihm identifiziert wurde. Das heißt, daß die Juden nicht nur als Geldeigentümer betrachtet, sondern für wirtschaftliche Krisen verantwortlich gemacht und mit der gesellschaftlichen Umstrukturierung und Verschiebung identifiziert wurden, die mit der raschen Industrialisierung einhergingen: explosionsartige Verstädterung, Verfall der traditionellen gesellschaftlichen Klassen und Schichten, das Auftauchen eines starken, immer besser organisierten Proletariats usw.

Es kann sich hier nur um eine erste Annäherung an den Gegenstand handeln.

Dieser Versuch ist weder erkenntnistheoretisch begründet, noch kann er erklären, warum in einer Periode der beschleunigten Industrialisierung nicht das industrielle Kapital mit den Juden identifiziert und Objekt antisemitischer Angriffe wurde.

Genau an diesem Punkt müssen wir uns dem Fetischbegriff zuwenden. Die Merkmale der den Juden vom modernen Antisemitismus zugeschriebenen Macht – Abstraktheit, Nicht-Faßbarkeit, Universalität, Mobilität – sind alles Merkmale der Wertseite. Diese Dimension erscheint niemals als solche, vielmehr immer in der Form eines stofflichen Trägers. Der Träger, z.B. die Ware, hat insofern "Doppelcharakter": Wert und Gebrauchswert. Die Wertform macht es jedoch erforderlich, daß der Doppelcharakter sich entäußert – in diesem Fall als Geld und als Ware. Das Resultat dieser Entäußerung besteht darin, daß die Ware, obwohl sie eine gesellschaftliche Form ist, als rein gegenständlich und "dinglich" erscheint, während das Geld sich als Manifestation des bloß Abstrakten, als die "Wurzel allen Übels" darstellt und nicht als die entäußerte Erscheinungsform der Wertseite der Ware selbst. Proudhon, der in diesem Sinne als einer der geistigen Vorläufer des modernen Antisemitismus angesehen werden kann, meinte daher, daß die Abschaffung des Geldes – der erscheinenden Vermittlung genügen würde, um die kapitalistischen Beziehungen abzuschaffen. Er hat nicht gesehen, daß der Kapitalismus durch vermittelte gesellschaftliche Beziehungen charakterisiert ist, die in den kategorialen Formen vergegenständlicht sind; Geld ist nur ein Ausdruck dieser Beziehungen, nicht deren Ursache. Anders ausgedrückt: Proudhon verwechselt die Erscheinungsform – Geld als die Vergegenständlichung des Abstrakten – mit dem Wesen des Kapitalismus: einem spezifischen System gesellschaftlicher Beziehungen, die miteinander vermittelt sind, aber nicht als solche erscheinen, sondern als abstraktes Moment an stofflichen Formen.

Ein Aspekt des Fetisch besteht nun darin, daß kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen sich selbst als widersprüchlich, als Gegensatz von Abstraktem und Konkretem darstellen. Beide Seiten des Widerspruchs sind darüber hinaus quasi-natürlich: die abstrakte Dimension erscheint in der Form von "objektiven Naturgesetzen", die konkrete als rein "dingliche" Natur. Die Struktur entfremdeter gesellschaftlicher Beziehungen, die den Kapitalismus kennzeichnet, besitzt die Form eines quasi-natürlichen Gegensatzes, in dem Gesellschaftliches und Historisches nicht mehr erscheinen. Dieser Gegensatz wird in der Opposition zwischen positiven und romantischen Denkformen theoretisch wieder aufgenommen.

Formen antikapitalistischen Denkens, die innerhalb der Unmittelbarkeit dieses Widerspruchs verfangen bleiben, tendieren dazu, den Kapitalismus nur unter der Form der Erscheinungen, der abstrakten Seite des Widerspruchs wahrzunehmen. Die bestehende konkrete Seite wird ihr dann als das "Natürliche" oder ontologisch Menschliche positiv entgegengesetzt. Daher wird, wie bei Proudhon, konkrete Arbeit als das nichtkapitalistische Moment verstanden, das der Abstraktheit des Geldes entgegengesetzt ist. Daß die konkrete Arbeit selbst durch die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen material geformt ist, wird nicht mehr gesehen.

Mit der weiteren Entwicklung der Kapitalform und ihres begleitenden Fetisch wird die Naturalisierung, die dem Warenfetisch innewohnt, zunehmend biologisiert. Organische Prozesse beginnen die mechanischen Analogien als die Form des Fetischs zu verdrängen. Ich will diesen Gesichtspunkt des Kapitalfetischs hier nicht entwickeln. Es genügt festzustellen, daß der "Doppelcharakter" auf der logischen Ebene der Ware konkrete Arbeit als ontologische Tätigkeit erscheinen läßt und nicht als Tätigkeit, die durch gesellschaftliche Beziehungen material geformt ist; er läßt die Ware als rein stoffliches Ding erscheinen und nicht als die Vergegenständlichung vermittelter gesellschaftlicher Beziehungen. Auf der logischen Ebene des Kapitals läßt dieser 'Doppelcharakter' die industrielle Produktion als rein gegenständlichen schöpferischen Prozeß erscheinen, der vom Kapital ablösbar ist. Das industrielle Kapital stellt sich also als die lineare Fortsetzung der "natürlichen" handwerklichen Arbeit dar, im Gegensatz zum "parasitären" Finanzkapital. In diesem Sinne steht die biologische Interpretation der kapitalbestimmten konkreten Dimension, die dem Kapitalismus entgegengesetzt ist, nicht im Widerspruch zu einer Verklärung des industriellen Kapitals. Beide befinden sich auf der "dinglichen" Seite des Widerspruchs.

Das wird gewöhnlich mißverstanden. So zum Beispiel von Norman Mailer, der in einer Verteidigung des Neo-Romantizismus (und Sexismus) in seinem Buch The Prisoner of Sex schrieb, daß Hitler zwar von Blut gesprochen aber Maschinen gebaut habe. Der Punkt ist, daß in dieser Form des fetischistischen "Antikapitalismus" sowohl Blut als auch die Maschine als konkrete Gegenprinzipien zum Abstrakten gesehen werden. Die positive Hervorhebung von "Natur", Blut, Boden, konkreter Arbeit und Gemeinschaft darf also nicht als anachronistisch, als Ausdruck historischer Ungleichzeitigkeit verstanden werden. Vielmehr ist die Vorstellung, daß das Konkrete "natürlich" sei, selbst das Ergebnis der Entwicklung des industriellen Kapitals, ein Ausdruck seines widersprüchlichen Fetisch.

Genau diese Hypostasierung des Konkreten und die Identifikation des Kapitals mit dem erscheinenden Abstrakten macht diese Ideologie der Entwicklung des Kapitals so funktional. Die nationalsozialistische Ideologie fungierte aber nicht nur aus dem auf der Hand liegenden Grund im Interesse des Kapitals, als daß sie extrem antimarxistisch war und die Nazis die Organisationen der deutschen Arbeiterklasse zerstörten. Sie beförderte auch als Denkform im Übergang vom Liberalen zum Quasi-Staatskapitalismus die Interessen des Kapitals insoweit, als sich die Identifikation des Kapitals mit dem erscheinenden Abstrakten überschneidet und teilweise eine Identifikation mit dem Markt hervorruft. Diese Form des Antikapitalismus erscheint daher nur so, als ob sie sehnsüchtig rückwärts gewandt ist. Als Ausdruck des Kapitalfetischs geht ihr wirklicher Vorstoß nach vorne: Sie ist in einer strukturell krisenhaften Situation ein Hilfsmittel im Übergang zum Quasi-Staatskapitalismus. Diese Form des Antikapitalismus beruht also auf dem einseitigen Angriff auf das Abstrakte. Dieses Denken begreift nicht, daß das Abstrakte und das Konkrete gemeinsam einen Widerspruch konstituieren, wobei die wirkliche Überwindung des Abstrakten – der Wertseite – die historische Überwindung des Widerspruchs selbst sowie jedes seiner Seiten einschließt. Anstatt dessen gibt es nur einen einseitigen Angriff auf die abstrakte Vernunft, das abstrakte Recht oder, auf anderer Ebene, auf das Geld- und Finanzkapital.

Dieser Angriff jedoch bleibt nicht auf den Angriff gegen die Abstraktion beschränkt. Selbst die abstrakte Seite erscheint vergegenständlicht. Auf der Ebene des Kapitalfetischs ist es nicht nur die konkrete Seite des Widerspruchs, die naturalisiert und biologisiert wird. Auch die erscheinende abstrakte Seite wird biologisiert – als Juden. Der Gegensatz zwischen dem konkret Gegenständlichen und dem Abstrakten findet sich im Bild des rassischen Gegensatzes zwischen Ariern und Juden. Der moderne Antisemitismus schließt eine Biologisierung des Kapitalismus ein, der selbst nur unter der Form der erscheinenden Abstraktion, als internationales Judentum, verstanden wird. Die antikapitalistische Revolte ist auch eine Revolte

gegen die Juden. Die Überwindung des Kapitalismus und seiner negativen Auswirkungen wird mit der Überwindung des Judentums verbunden.

Diese Interpretation des modernen Antisemitismus ist nicht ganz identisch mit solchen Theorien, wie die Horkheimers, die sich auf die Identifikation der Juden mit der Zirkulationssphäre konzentrieren. Eine solche Sichtweise kann nicht die Vorstellung erklären, daß die Juden die Macht hinter der Sozialdemokratie oder dem Kommunismus bilden. Sie ist auch nicht mit jenen Theorien identisch, die den Antisemitismus als Revolte gegen Modernität sehen, denn "das Moderne" würde sicherlich das industrielle Kapital mit einschließen, das bekanntermaßen eben gerade nicht Gegenstand antisemitischer Angriffe war. In meiner Interpretation ist die Identifikation des Juden mit dem Kapitalismus zentral, der wegen seiner fetischistischen Form sich als das erscheinende Abstrakte darstellt, aber der umgekehrt für die ganze Reihe konkreter gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen, die mit der schnellen Industrialisierung verbunden sind, verantwortlich gemacht wird.

Obwohl die innere Verbindung zwischen jener Art des "Antikapitalismus", der den Nationalsozialismus beeinflußte und dem Antisemitismus gezeigt worden ist, bleibt die Frage offen, warum die biologische Interpretation der abstrakten Seite des Kapitalismus sich an den Juden festmacht.

Diese "Wahl" war innerhalb des europäischen Kontextes keineswegs zufällig. Die Juden hätten durch keine andere Gruppe ersetzt werden können. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Die lange Geschichte des Antisemitismus in Europa und die damit verbundene Assoziation der Juden mit Geld ist wohlbekannt. Die Periode der schnellen Expansion des industriellen Kapitals im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts fiel mit der politischen und gesellschaftlichen Emanzipation der Juden in Mitteleuropa zusammen. Die Zahl der Juden an den Universitäten, in den freien Berufen, im Journalismus, den schönen Künsten, im Einzelhandel nahm immer schneller zu – d.h. die Juden wurden in der bürgerlichen Gesellschaft rasch aufgenommen, besonders in Sphären ind Berufen, die sich gerade ausweiteten und die traditioneller Weise mit der neuen Form verbunden waren, die die Gesellschaft gerade annahm. Man könnte viele andere Faktoren berücksichtigen. Einen möchte ich hervorheben: Ebenso wie die Ware, als gesellschaftliche Form, ihren "Doppelcharakter" in dem entäußerten Gegensatz zwischen dem Abstrakten (Geld) und dem Konkreten (der Ware) ausdrückt, so ist die bourgeoise Gesellschaft durch die Trennung von (politischem) Staat und (bürgerlicher) Gesellschaft charakterisiert. Im Individuum stellt sie sich als Trennung zwischen Staatsbürger und (Privat-)Person dar. Als Staatsbürger ist das Individuum abstrakt. Das drückt sich zum Beispiel

in der Vorstellung von der Gleichheit aller vor dem (abstrakten) Gesetz (zumindest in der Theorie) aus oder in der frühbürgerlichen Forderung "eine Person, eine Stimme". Als eine (Privat)-Person ist das Individuum konkret, eingebettet in reale Klassenbeziehungen, die als "privat" angenommen werden; das heißt, sie betreffen die bürgerliche Gesellschaft (im Gegensatz zum Staat) und sollen keinen politischen Ausdruck finden. In Europa war jedoch die Vorstellung von der Nation als einem rein politischen Wesen, abstrahiert aus der Substantialität der bürgerlichen Gesellschaft, nie vollständig verwirklicht. Die Nation war nicht nur eine politische Entität, sie war auch konkret, durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Traditionen und Religion bestimmt. In diesem Sinne erfüllten die Juden im Verfolg ihrer politischen Emanzipation in Europa als einzige Gruppe die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion. Sie waren deutsche oder französische Staatsbürger aber keine richtigen Deutschen oder Franzosen. Sie gehörten abstrakt zur Nation, aber nur selten konkret. Sie waren außerdem noch Staatsbürger der meisten europäischen Länder. Diese Realität der Abstraktheit, die nicht nur die Wertdimension in ihrer Unmittelbarkeit kennzeichnet, sondern auch mittelbar den bürgerlichen Staat und das Recht, wurde genau mit den Juden identifiziert. In einer Periode, in der das Konkrete gegenüber dem Abstrakten, dem 'Kapitalismus' und dem bürgerlichen Staat verklärt wurde, entstand daraus eine fatale Verbindung: Die Juden waren wurzellos, international und abstrakt angesehen.

IV

Der moderne Antisemitismus ist also eine besonders gefährliche Form des Fetischs. Seine Macht und Gefahr liegt darin, daß er eine umfassende Weltanschauung liefert, die verschiedenen Arten antikapitalistischer Unzufriedenheit in einer Weise scheinbar erklärt und ihnen politischen Ausdruck verleiht. Er läßt den Kapitalismus aber dahingehend bestehen, als er nur die Personifizierung jener gesellschaftlichen Form angreift. Ein sich so darstellender Antisemitismus ist ein wesentliches Moment des Nazismus als verkürzte antikapitalistische Bewegung. Für ihn ist der Haß auf das Abstrakte charakteristisch. Seine Hypostasierung des existierenden Konkreten mündet in einer einmütigen, grausamen – aber nicht notwendig haßerfüllten Mission: Die Erlösung der Welt von der Quelle allen Übels in Gestalt der Juden.

Die Ausrottung des europäischen Judentums ist ein Anzeichen dafür, daß es viel zu einfach ist, den Nazismus als eine Massenbewegung mit antikapitalistischen Obertönen zu bewerten, die diese Hülse 1934 ("Röhm-Putsch") abwarf, nachdem sie erst einmal ihren Zweck erreicht hatte und sich in Form staatlicher Macht gefestigt hatte. Zum einen sind ideologische Formen nicht einfach Bewußtseinsmanipulationen. Und zum anderen mißversteht diese Auffassung das Wesen des "Antikapitalismus" der Nazis – das Ausmaß, in dem es der antisemitischen Weltanschauung innerlich verbunden war. Es stimmt, daß auf den etwas zu konkreten und plebejischen "Antikapitalismus" der SA 1934 verzichtet werden konnte; jedoch nicht auf den antisemitischen Angriff – die "Erkenntnis", daß die Quelle allen Übels das Abstrakte ist – der Jude. Und die Folgen:

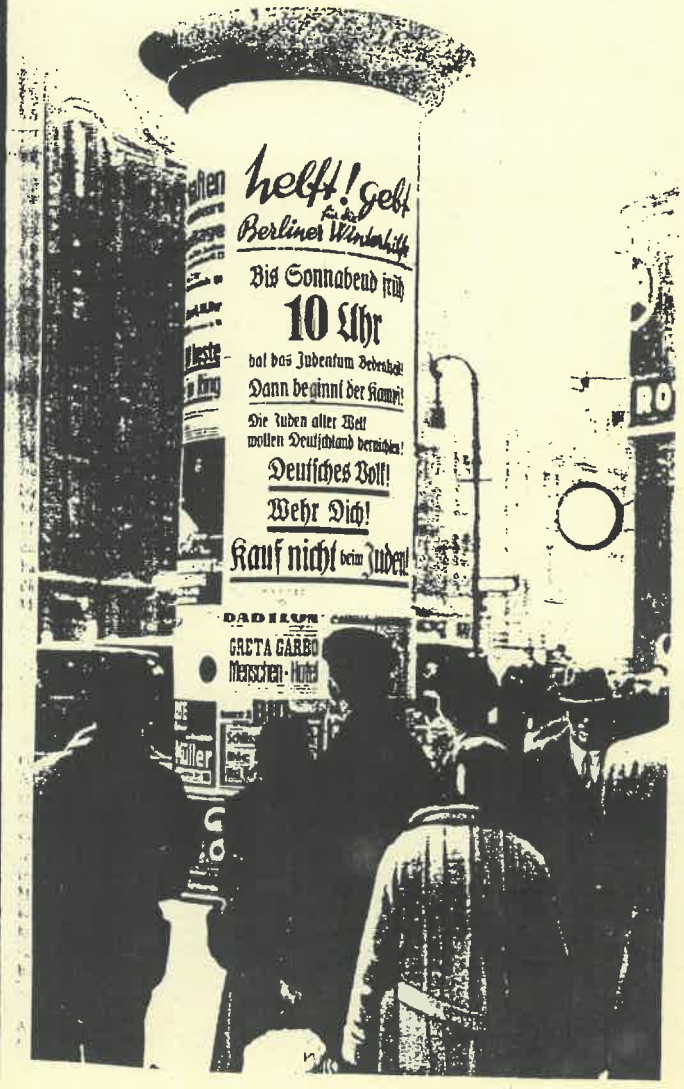
Eine kapitalistische Fabrik ist ein Ort, an dem Wert produziert wird, der "unglücklicherweise" die Form der Produktion von Gütern annehmen muß. Das Konkrete wird als der notwendige Träger des Abstrakten produziert. Die Ausrottungslager waren demgegenüber keine entsetzliche Version einer solchen Fabrik, sondern müssen eher als ihre groteske arische "antikapitalistische" Negation gesehen werden. Auschwitz war eine Fabrik zur "Vernichtung des Werts", d.h. zur Vernichtung der Personifizierungen des Abstrakten. Sie hatte die Organisation eines teutlischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das Konkrete vom Abstrakten zu "befreien". Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, das heißt, die "Maske" der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was sie wirklich sind", Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch noch zu versuchen, dem Prozeß die letzten Reste des konkreten gegenständlichen "Gebrauchswerts" abzugewinnen: Kleider, Gold, Haare, Seife.

Auschwitz, nicht 1933, war die wirkliche "Deutsche Revolution" – die wirkliche Schein- "Umwälzung" der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren. In diesem Prozeß jedoch "betreten" die Nazis sich selbst von ihrer Menschlichkeit.

Die Nazis verloren den Krieg gegen die Sowjetunion. Amerika und Groß-Britannien Sie gewannen ihren Krieg, ihre "Revolution" gegen das europäische Judentum. Sie ermordeten nicht nur sechs Millionen jüdische Kinder, Frauen und Männer. Es ist ihnen gelungen, eine Kultur zu zerstören – eine sehr alte Kultur – die des europäischen Judentums. Diese Kultur war durch eine Tradition gekennzeichnet, die eine komplizierte Spannung von Besonderheit und Allgemeinheit in sich vereinigte. Diese innere Spannung wurde als äußere in der Beziehung der Juden zu ihrer christlichen Umgebung verdoppelt. Die Juden waren niemals völlig Teil der größeren Gesellschaften, in denen sie lebten; sie waren auch niemals völlig außerhalb dieser Gesellschaften. Die Auswirkungen dessen waren für die Juden häufig verheerend. Manchmal waren sie auch sehr fruchtbar. Dieses Spannungsfeld sedimentierte sich im Zuge der Emanzipation in den meisten jüdischen Individuen. Die schließliche Lösung dieser Spannung zwischen Besonderem und Allgemeinem ist in der jüdischen Tradition eine Funktion der Zeit – die Ankunft des Messias. Vielleicht jedoch hätte das europäische Judentum angesichts der Säkularisierung und Assimilation jene Spannung aufgegeben. Vielleicht wäre jene Kultur schrittweise als lebendige Tradition verschwunden, bevor die Erlösung des Besonderen und des Allgemeinen verwirklicht worden wäre. Diese Frage wird niemals beantwortet werden können.

"Lernen aus der Vergangenheit" muß die Lektion des Antisemitismus, des verkürzten "Antikapitalismus", einschließen. Es wäre ein schwerwiegender Kurzschluß, wenn die Linke den Kapitalismus nur über die Form der abstrakten Dimension des Kapitalwiderspruchs wahrnehmen würde, handelt es sich dabei um die Form der technokratischen Herrschaft oder die der abstrakten Vernunft. Ebenso ist mehr als Vorsicht gegenüber solchen Erscheinungen geboten, die sich in Gestalt z. B. "neuer" Psychotherapieformen hüllt, die das Gefühl in Gegensatz zum Denken stellen. Gleiches gilt für biologisierende Auffassungen hinsichtlich des gesellschaftlichen Problems der Ökologie. Jeder "Antikapitalismus", der die unmittelbare Negation des Abstrakten versucht und das Konkrete verklärt – anstatt praktische und theoretische Überlegungen darüber anzustellen, was die historische Überwindung von beidem bedeuten könnte – kann angesichts des Kapitals bestenfalls gesellschaftlich unwirksam bleiben. Schlimmstenfalls wird es jedoch politisch gefährlich; selbst dann, wenn die Bedürfnisse, die der "Antikapitalismus" ausdruckt, als emanzipatorische interpretiert werden können.

Die Linke machte einmal den Fehler, zu denken, daß sie ein Monopol auf Antikapitalismus hätte oder umgekehrt, daß alle Formen des Antikapitalismus zumindest potentiell fortschrittlich seien. Dieser Fehler war verhängnisvoll, nicht zuletzt für die Linke selbst.



Moishe Postone
(aus dem amerikanischen von Renate Schuma. her)

Eine Tournee durch die westdeutsche Linke

Im Sumpf der Bedeutungslosigkeit

Die letzte einigermassen respektable Gruppe der Nach-68er-Linken ist auseinander gelaufen, die Grünen haben sich vom Anspruch verabschiedet, anders als die anderen zu sein, kritische Köpfe finden Gefallen an der Weltmachtrolle Deutschlands. Die Linke am tiefsten Punkt des Jammertales.

Von Heiner Möller*

Es erscheint symptomatisch: Im zwanzigsten Jahr ihres Bestehens löste sich Mitte April die älteste, undogmatischste «K-Gruppe» der BRD, der Kommunistische Bund (KB), auf. Nur noch 180 der gut 300 verbliebenen Mitglieder fanden den Weg nach Hamburg, um das Auseinanderfallen der Organisation in einen Mehrheits- und einen Minderheitsflügel festzustellen und den KB aufzulösen. Allein das Markenzeichen, das der Organisation Reputation weit über ihre eigenen Reihen hinaus verschafft hat, die Zeitung «ak» («Arbeiterkampf») mit einer monatlichen Auflage von 6000 Exemplaren, soll in einem Experiment von den getrennten Flügeln unter einem gemeinsamen Dach weiter herausgegeben werden.

Von einer Krise in Westdeutschlands Linker zu sprechen wäre geschmeichelt. Organisationen zerfallen, spalten sich oder befinden sich in einer Dauerkrisendebatte. Die Gründe sind vielfältig, und welcher der wichtigste ist, soll hier nicht entschieden werden. Fangen wir bei der nach wie vor grössten kommunistischen Organisation in der BRD an, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) mit ihren etwa 50 000 AnhängerInnen. Glasnost und Perestroika, seit Amtsantritt Gorbatschows auf dem Vormarsch, erreichten die DKP 1986. Ungeheuerliches geschah, als auf dem Hamburger Parteitag der Deutschen KommunistInnen ein Delegierter unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die realsozialistische Atomkraft-Politik und ihre wissenschaftliche Herleitung kritisierte. Seither war trotz administrativer Interventionen der Parteiführung das Eindringen der Ideen Gorbis in Westdeutschlands realsozialistischer Filiale unaufhaltsam.

Ohne Moos arbeitslos

Die Spaltung der Partei in zwei grosse Lager, «Bewahrer» und «Erneuerer», erreichte 1989 ihren Höhepunkt, 2000 «Erneuerer» trafen sich im Herbst 1989 in Köln und vermittelten Aufbruchstimmung. Eineinhalb Jahre später droht das Auseinanderfallen. Nur ein kleiner aktiver Teil des neugegründeten «Sozialistischen Forums» arbeitet in der PDS mit, die Mitgliederkorrespondenz verzeichnet gerade 1300 AbonnentInnen. Das intellektuelle Potential der «Erneuerer» führt die Marxismus-Debatte in der Vierteljahresschrift «Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung» im Bemühen, die Ursachen des realsozialistischen Zusammenbruchs zu analysieren.

8000 Mitglieder sollen in der DKP verblieben sein. Nur kurz nach dem Weggang der «Erneuerer» traf der Zusammenbruch der DDR und ihrer Staatspartei SED die DKP und ihren Apparat wie ein Keulenschlag und legte das ganze Ausmass der auch finanziellen Abhängigkeit bloss. Über 500 ParteiarbeiterInnen mussten entlassen werden, zusätzlich noch einige hundert GenossInnen in Bündnisfeldern und Nebenorganisationen. 13 DKP-nahe Zeitschriften stellten ihr Erscheinen ein, die meisten Buchläden der Ladenkette «Akzente» machten dicht, die Tageszeitung «UZ» wurde eingestellt. Seit dem Frühjahr 1990 bemüht sich die DKP um Konsolidierung. Die «UZ» erscheint jetzt wöchentlich. Die Partei hat einen heftigen Streit um Aufgehen in oder Abgrenzung von der «Partei des demokratischen Sozialismus» (PDS) geführt, die aus der SED-Konkursmasse hervorgegangen ist. Dieser Streit scheint zur Zeit entschieden. Die DKP wirbt um Mitglieder in der ehemaligen DDR und hat mit dem Aufbau eigener Parteigliederungen begonnen. Inhaltlich will sie insbesondere im Unterschied zur PDS, am Profil einer traditionellen Arbeiterpartei festhalten. Intern scheidet allerdings der Streit um den Parteityp – ist die traditionelle Form der «revolutionären Arbeiterpartei» noch zu retten oder muss auf Grundlage einer selbstkritischen Aufarbeitung der Parteigeschichte auch eine neue Organisationsform gefunden werden? – die Geister.

Das «Vierte Reich» der Radikalen

Der Zusammenbruch der meisten RGW-Staaten 1989, insbesondere der DDR, und die deutsche Wiedervereinigung hat alle Sektoren der kommunistischen oder sozialistischen Linken, auch jene, die sich ausdrücklich als «antirevisionistisch» begriffen, schwer erschüttert. Das einige deutsche «Vaterland» hat zusätzlich Irritationen hervorgerufen. Sahen «Erneuerer» in der Krise – dem DDR-Zusammenbruch und der Überwindung der plötzlich als «unnatürlich» verstandenen Teilung Deutschlands – eine Chance für einen erneuerten, demokratischen Sozialismus, waren die realsozialistischen ApologetInnen gelähmt, so forderte die radikalere Linke eine grundsätzliche Ablehnung des neuen, grossen Deutschland, des «Vierten Reiches». Der Ruf «Nie wieder Deutschland» vereinte ein halbes Jahr lang autonome AntiimperialistInnen und die sich selbst dazu erklärende «Radikale Linke». Im Mai letzten Jahres waren ihnen etwa 15 000 Menschen zur Demonstration nach Frankfurt gefolgt, ein knappes halbes Jahr später, zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung (3. Oktober 1990), hatte sich die Bewegung praktisch wieder verlaufen.

Die «Radikale Linke» war Mitte 1989 schon unter dem Slogan «Gegen die Anpassung und die kapitalistische Modernisierung» von linken Grünen (Thomas Ebermann, Rainer Trampert), den Radikalökologinnen um Jutta Ditfurth, dem KB, der «Vereinigten Sozialistischen Partei» (VSP, einer Vereinigung der trotzkistischen «Gruppe Internationaler Marxisten», GIM, mit der «stalinistischen» KPD/ML), Redaktoren der Zeitschrift «konkret» sowie örtlichen Aktionsgruppen gegründet worden. Auf ihrem Pfingstkongress 1990 diskutierten 1500 Menschen Perspektiven radikaler linker Politik. Die «Radikale Linke» trug die Kampagne «Nie wieder Deutschland», ein Teil von ihr rief auch noch zum Boykott der ersten «Reichstagswahlen» vom Dezember letzten Jahres auf. Seither wissen aber auch diese Gruppen weder theoretisch noch praktisch weiter.

Von Sekten zur Sekte

An der Frage der Beteiligung an den Wahlen schieden sich 1990 die linken Geister. Seit dem Mai 1990 beteiligten sich fast alle Gruppen der Linken an der Diskussion um ein Wahlbündnis mit der PDS, getragen von der Hoffnung, sich mit ihr und an ihr aus dem Sumpf gesellschaftlicher Bedeutungslosigkeit in der BRD und über die parlamentarische Fünf-Prozent-Sperrklausel (Parteien mit weniger als fünf Prozent Stimmenanteil oder weniger als drei Direktmandaten kommen nicht in den Bundestag) zu ziehen. Vier Monate lang war Gregor Gysi der «Superstar», von einigen zum Einiger der zersplitterten Linken erkoren. Die Gründung der Linken Liste/PDS, massgeblich von «Erneuerern» aus der DKP, dem Mehrheitsflügel des KB, der reformsozialistischen Zeitschrift «Sozialismus» sowie wenigen linken Grünen vom Reformflügel (um den von Gysi zum BRD-Berater ausgewählten Michael Stamm) betrieben, folgte das böse Erwachen. Nur gut 100 000 Stimmen bei der Bundestagswahl – das entspricht den DKP-Wahlergebnissen der siebziger Jahre – liessen auch die westdeutsche PDS auf das «Sektenniveau» absinken, das ihre InitiatorInnen überwinden wollten. Heute dümpelt die PDS in den elf alten Bundesländern um die 800 Mitglieder herum, die einer «Übermacht» von 200 000 Mitgliedern auf dem Gebiet der DDR fremd gegenüberstehen. Die PDS ist im neuen Deutschland vorerst nur eine Regionspartei, und nicht wenige ihrer bisherigen linken UnterstützerInnen trauen ihr die Entwicklung zu einer relevanten linken Alternative nicht mehr zu.

Die Diskussion um die PDS und die Wahlbeteiligung hat die westdeutsche Linke noch weiter in die Krise getrieben. Nie zuvor ist ihr die gesellschaftliche Marginalität und Bedeutungslosigkeit so drastisch vor Augen geführt worden. Was als Sammlung und Neugruppierung der Linken um die PDS beginnen sollte, hat ihren Zerfall nicht aufgehalten, vielleicht sogar noch beschleunigt, und der macht auch vor der «Radikalen Linken» nicht halt, die mehrheitlich nicht auf den Zug Richtung PDS aufgesprungen war. Während Gorbatschows Beginn der demokratischen Umgestaltung als Zerfall des (realen) Sozialismus zu enden scheint, sind der Linken Theorie und Utopie verloren gegangen. In allem erwies sich der bundesdeutsche Kapitalismus als der bessere, stärkere und scheinbar unerschütterliche, ohne dass er deswegen etwas von jener Hässlichkeit verloren hat, die Linke hierzulande zu StaatsgegnerInnen, SozialistInnen, KommunistInnen gemacht hat. Verloren hat die Linke auch nahezu jegliches Subjekt der Veränderung. Die ausserparlamentarische Bewegung ist auf einem Tiefpunkt angelangt, die Arbeiterbewegung ist nur noch regulierte Tarifbewegung. Die Tragik aller Erneuerungsströmungen in den linken Organisationen ist die Parallelität von Erneuerung und Zerfall. Dabei irrt, wer die Erneuerung als Ursache hierfür ansieht – und das tun all jene in den linken Restorganisationen, die heute noch glauben, am Althergebrachten einstmaliger politischer Identität festhalten zu müssen. Die westdeutsche Linke hat die Nackenschläge der aussen- und innenpolitischen Entwicklung kaum überstanden. Auch die Ernüchterung der DDR-BürgerInnen über die deutsche Vereinigung verspricht wenig Änderung. Die Demonstrationen in der ehemaligen DDR sind mehr verzweifelter Hilferuf an die Regierenden in Bonn als Emanzipation vom Würgegriff der Anschlusspolitik der BRD-Eliten. Der dumpfe, aggressive, gegen Nicht-Deutsche gerichtete Rechtsradikalismus ist eher en vogue als linke Alternativen.

Endlich mal bei Siegern sein

Die Massenbewegung gegen den Golfkrieg im Januar dieses Jahres wirkte wie ein Filmriss. Der nur vierzehn Tage währende Bewegungsfrühling demonstrierte gegen den Krieg, als stünde dieser vor der Haustür. Das weisse Bettlaken, aus dem bundesdeutschen Wohnzimmer gehängt, vermittelte, eine Betroffenheit, der die Motivation verlorenging, als sich diese als Irrtum herausstellte. Krieg und schwarze Wolken blieben im fernen Nahen Osten. Politische Irritationen taten das Ihre. Der Vorwurf des Antiamerikanismus und Antisemitismus traf tief. Die Massen blieben weg, und die Linke hatte ihre Kriegsbefürwortungsdebatte. Enzensbergers und Biermanns explizite Befürwortung des Krieges gegen Saddam Hussein waren nur populäre intellektuelle Ausleger einer Diskussion, die die westdeutsche Linke erfasst hatte. Ob «konkret»-Herausgeber Hermann L. Gremliza «das Richtige im Falschen» dieses Krieges, die Verteidigung Israels, erkennen wollte, oder ob sich sein Autor Wolfgang Pohrt in der gleichen Ausgabe wünschen durfte, dass «Israel gegebenenfalls hoffentlich Kernwaffen» einsetzt; ob in der «links», der Zeitschrift des traditionell friedensbewegten «Sozialistischen Büros», Autoren «die restlose Zerstörung des Angriffspotentials Saddams» forderten, vor «deutscher Neutralität» warnten und den Imperialismus der USA als «angeblich(en)» qualifizieren; ob in der Grünen-Postille «Kommune» (verantwortlicher Redaktor: Joscha Schmierer, zu guten alten Zeiten Chef des «Kommunistischen Bundes Westdeutschland» (KBW), der seine GegnerInnen nach dem Sieg des Volkes zu Arbeitseinsätzen in die Fischmehlfabrik von Wilhelmshafen schicken wollte) die «schlagfertige Zivilität menschlicher als die lähmende Friedfertigkeit» bezeichnet wurde; ob in der «taz», im «Freitag», der Wochenzeitung von DKP-DissidentInnen und Bürgerbewegten, oder bei den Grünen, deren Vorstandssprecher Ströbele gehen musste – die Diskussion offenbarte «die ganze Zerrissenheit» der Linken.

«Saddam Hussein hat auch die Köpfe kritischer Menschen gespalten», hiess es in der «links», deren Redaktion aufgrund der Kontroversen inzwischen zurückgetreten ist. Ein Teil der westdeutschen Linken konnte aufgrund fehlender «positiver» Bezugspunkte in diesem Krieg auch den Feind nicht mehr ausmachen. Ihnen wurde die Bedrohung Israels zum alleinigen Thema des Protestes. «Deutsche Verantwortung» wurde dagegen nicht als strikte Bekämpfung deutscher Eliten, ihrer Rüstungs- und Gasexporteure und jeglicher weltpolitischer Machtambitionen begriffen. Vielmehr wurde umgekehrt an die Verantwortung der neuen Grossmacht appelliert, die im imperialistischen Weltkonzert nunmehr unter die ersten Geigen aufrücken müsse. Das dürfte der vorläufige Tiefpunkt der Zerfallsentwicklung der westdeutschen Linken sein.

Am letzten Wochenende traf sich die Partei der Grünen zu ihrem Bundeskongress. Ehemalige ProtagonistInnen der einstigen «Antipartei» hatten zuvor schon stolz verkündet, das durch den Verlust ihrer Bundestagssitze schwer angeschlagene Unternehmen als «ganz normale Partei» neu ordnen zu wollen: regierungsfähig, koalitionsbereit mit allen bürgerlichen Parteien, auch der CDU, reputierlich. Die letzten verbliebenen Linken um die RadikalökologInnen und ÖkosozialistInnen werden nunmehr die Partei verlassen müssen. Aber wohin?

Aufforderung an den KB, einen schweren Fehler zu korrigieren

Der Düsseldorfer Kurdenprozeß erweist sich, wie nebenstehender Artikel zeigt, immer mehr als Farce. Das Verfahren gegen die kurdischen Genossinnen und Genossen hat aber eine düstere Vorgeschichte, ohne die es wohl überhaupt nicht hätte stattfinden können.

Die Bundesanwaltschaft hat kürzlich selbst daran erinnert: Als eine Hamburger Gewerkschaftsdelegation nach einem Besuch das Verfahren öffentlich kritisierte — wir berichteten —, verschickte die Bundesanwaltschaft zur Antwort und quasi zur Rechtfertigung die berüchtigte Anti-PKK-Broschüre der GAL aus dem Jahr 1987!

Verleumdungskampagne gegen die PKK

Seit 1985 hatten neben der Westberliner *taz* auch die Hamburger GAL und — besonders bitter — der Hamburger Kommunistische Bund (KB) in seiner Zeitschrift *Arbeiterkampf* eine Verleumdungskampagne gegen die PKK entfacht, deren Tenor lautete: „Seit 1984 zieht die PKK eine blutige Spur durch Europa" (AK vom 29.6. 1987, S. 14).

Heute ist, so berichtet die *taz Hamburg* am 22.3., der GAL die Broschüre eher peinlich: Es seien auch in GAL-Kreisen Zweifel am Inhalt aufgetaucht. Der *Arbeiterkampf* (inzwischen nur noch *ak*) hat seine verleumderischen Artikel seit 1988 allmählich eingestellt, berichtet hier und da über das Verfahren, sogar kritisch, und macht fast so, als sei da nichts gewesen.

Aber es war da viel, viel zu viel, um es als Geschwätz von gestern abtun zu können, das heute niemanden mehr interessiere.

Der Arbeiterkampf hat in zahlreichen Artikeln über mehrere Jahre hinweg der PKK und ihren Sympathisanten in der BRD den Tod von kurdischen und türkischen Exilpolitikern als Mord in die Schuhe geschoben. Er hat wilde Verdächtigungen ausgesprochen, die sich auf keinerlei Beweise stützen konnten, und er hat die Verdächtigungen mit den abenteuerlichsten „Beweisführungen" und Schlußfolgerungen in den Rang von unerschütterlichen Tatsachenbehauptungen erhoben.

Eine der „Beweisführungen", die speziell der *Arbeiterkampf* entwickelt hat, lautete ungefähr so: Die PKK, „selbsternannte Führerin" des Befreiungskampfes, sei in Kurdistan gescheitert und vollständig isoliert und habe sich deshalb aufs Morden im europäischen Exil verlegt (z.B. in AK 268, 10.3.1986, S. 44f). Die Bedenkenlosigkeit, mit der der *Arbeiterkampf* historische Urteile über den kurdischen Befreiungskampf verkündete, gab und gibt dabei nicht weniger zu denken als die Bedenkenlosigkeit, mit der er die PKK — selbsternannter Staatsanwalt und Richter in einer Person — öffentlich anschuldigte und aburteilte.

Konnte der KB damals nicht wissen, was seinen auseinanderfallenden Teilen heute wohl schwant — daß nämlich der türkische Geheimdienst in enger Verbindung zu westdeutschen Dienststellen eine Intrige zur Isolierung und Verfolgung der PKK und des kurdischen Befreiungskampfes durchführte?

Er hätte es so gut wissen können wie andere auch. Der *Arbeiterkampf* hat sich damals von nichts beirren lassen: weder von politischer Verantwortlichkeit noch von journalistischer Sorgfaltspflicht noch von mehrfachen Aufforderungen einzuhalten. Er hat seine Kritiker in geradezu feudaler Selbstherrlichkeit aufgefordert, den Beweis zu erbringen, daß die PKK die ihr angehängten Morde nicht begangen habe. So antwortete *AK* Nr. 288 vom 21.9.87 auf eine Kritik: „Die Verantwortung der PKK für eine ganze Reihe politischer Morde ist offenkundig. Die Unterzeichner der Anfrage (u.a. Feyka Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes, BWK, Volksfront — Red.) sind jeden Gegenbeweis schuldig geblieben . . ." Soll denn, so muß der *ak* sich auch vier Jahre später noch fragen lassen, die Linke die Maßstäbe übernehmen, die etwa die Bundesanwaltschaft so gerne setzen möchte, daß nämlich der Angeklagte seine Unschuld zu beweisen hat?

Chauvinistische Überheblichkeit

Wir wollen dem KB nicht vorwerfen, daß er mit seiner Verleumdungskampagne die kurdischen Genossinnen und Genossen dem Staatsschutz ans Messer liefern *wollte* (obwohl auch ihm klar sein konnte, daß der Staatsschutz die bezweckte Isolierung der PKK und der ihr nahestehenden Organisationen in der BRD für sein konterrevolutionäres Unterdrückungsgeschäft ausnutzen würde). Doch müssen der KB bzw. seine auseinanderfallenden Teile sich und anderen Rechenschaft darüber ablegen, was sie zu ihrem Tun trieb.

Der Anteil der kurdischen Menschen an der Arbeiterbevölkerung in der BRD geht in die Hunderttausende. Viele in der BRD lebende Kurden sind mit dem kurdischen Befreiungskampf eng verbunden. Sie sind eine spürbare proletarische Kraft, die sich den oppositionellen Strömungen in der BRD nicht untergeordnet und auch nicht in die grün-alternative Bewegung eingeordnet hat. Wir meinen, die von grün-alternativen Kräften in den Großstädten ausgehende Verleumdungskampagne gegen die PKK war Ausdruck eines unerträglichen Hegemonialanspruches der grün-alternativen Bewegung, einer chauvinistischen Überheblichkeit, der zum Opfer fiel, wer sich nicht domestizieren ließ.

Der KB — und auch die GAL — muß den Fehler korrigieren und von den Verleumdungen ausdrücklich Abstand nehmen. Billiger geht's nicht, weil die Folgen der seinerzeitigen Verleumdungskampagne fortbestehen: Immer noch sind kurdische Genossinnen und Genossen von § 129a-Verurteilungen bedroht; immer noch kann die Bundesanwaltschaft zu ihrer Rechtfertigung mit den alten Verleumdungen hausieren gehen. Und: Die Gefahr chauvinistischer Überheblichkeit gegenüber politischen Bewegungen aus vom Imperialismus unterdrückten Ländern ist immer gegeben. — (scc, BWK)

Radikale Linke

Liebe GenossInnen,
die nächste Konferenz der RL mußte verschoben werden (organisatorische Gründe). Sie findet jetzt am 22./23.6. in Frankfurt, Haus Niederrad, Goldsteinstr. 33/35 H statt. Verschiedene Leute aus der RL finden diese Verschiebung gut, weil die Zeit genutzt werden kann, das Treffen besser vorzubereiten. Meiner Meinung nach geht es auf dem Treffen im Juni um die Zukunft des Ansatzes RL. Über die bekannten Kritiken der Vergangenheit hinaus hat sich in der letzten Zeit bei einer Reihe von AktivistInnen der RL Frust breitgemacht, was sich in einem zunehmenden Zurückziehen bemerkbar macht. Durch das Aussteigen von Carlo Roth hat sich das politische Spektrum der RL nach links hin weiter verengt, gleichzeitig gibt es Bestrebungen von Leuten aus dem Spektrum der VSP, den inhaltlichen Ansatz der RL nach "rechts" zu verschieben. Unausdiskutierte Optionen verschiedener Beteiligter und eine bisher in keinster Weise angegangene Aufarbeitung der linken Geschichte der verschiedenen Beteiligten (ein Gründungsanspruch) tuen ein übriges, um Zweifel an der Zukunft dieses Projektes zu haben. Dies wird hier nur in aller Kürze angerissen. Trotzdem ist der Ansatz eigentlich wichtig, entschieden werden muß jetzt, ob die RL im jetzigen Zustand noch eine Chance hat, zumindest Teile der mit ihr verbundenen Ansprüche wahrzunehmen. Deshalb soll noch einmal der Versuch gemacht werden, eine Diskussion mit allen Beteiligten wie mit den "Zurückgezogenen" wie mit den "schon-immer-KritikerInnen" um dieses Projekt zu führen. Dies ist auch und gerade eine Aufforderung an die ehemalige KB-Minderheit, ihre Vorstellungen zur RL zu äußern. Vor der Konferenz wird ein Rundbrief erscheinen, der die Meinungen dokumentieren soll. Schickt eure Papiere bis zum 7. Juni an die Rundbriefredaktion (PLN 59387, 2 HH 50). bs

RL-RUNDBRIEF

Trotz der nicht gerade vor Optimismus überschäumenden Worte von eben möchte ich euch den neuen, gerade erschienenen, RL-Rundbrief empfehlen. Er enthält u.a. ein Protokoll von der antirassistischen Frauentagung der RL, verschiedene Diskussionspapiere zur RL, zwei Beiträge von einem RLler aus München zum Golfkrieg, einen offenen Brief des Auschwitz-Komitees 'Gegen die Revision der Geschichte' sowie 2 Beiträge von der APO-Konferenz ("Rassismus und deutsche Linke" von Kadriye Baksi und "'Befreit' sich die Radikale Linke vom Internationalismus? " von Dorothee Piermont) und eine Liste der lieferbaren Referate von der APO-Konferenz. Zu bestellen ist er bei Bernd Schulz, Große Brunnenstr. 53, 2 HH 5o und kostet 5 DM.

Liebe FreundInnen und GenossInnen -

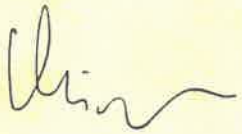
seit dem 16. April bin ich nicht mehr KONKRET-Redakteur: ich habe mit sofortiger Wirkung gekündigt, weil die Differenzen über den Golfkrieg, die im März- und im April-Heft nachgelesen werden können, eine Einigung über Inhalt und Zielrichtung des Mai-Heftes nahezu unmöglich machten: Was wir in der Redaktion noch gemeinsam hätten entscheiden können wäre ein für beide Kleinst-Fraktionen unbefriedigender Kompromiß geworden. Differenzen über die Ausrichtung und den Charakter von KONKRET gibt es allerdings schon seit längerem: Während ich fortsetzen wollte, was wir während des Hungerstreiks und der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne versucht hatten, eine Zeitung zu machen, die sich kritisch, aber solidarisch mit den Resten der linken Gruppen und Zusammenhänge auseinandersetzt und als ein Teil davon versteht, wollte die Redaktionsmehrheit aus ihrer Erkenntnis, daß es eine "Linke" nicht mehr gibt, auch journalistisch Konsequenzen ziehen und ein in jedem Sinne unabhängiges, konsequenter an die Tradition von "Weltbühne" und "Fackel" anknüpfend, literarisch hochwertiges Kommentatoren-Blatt machen. Ein Autor an dem dieser Streit immer wieder heftig aufflackerte war Wolfgang Pohrt.

Als Redakteur bei KONKRET auszuscheiden ist mir aus einigen Gründen nicht leicht gefallen: 1. Die Arbeit bei KONKRET war bis zum März davon geprägt, daß ganz unterschiedliche Leute einen redaktionellen Konsens suchten und gerade nicht versuchten gegeneinander oder nur "ausgewogen" zu arbeiten - das war naders als bei der "taz", hat Spaß gemacht und hat, wie ich finde, trotz einiger gravierender Fehler, eine Zeitung ermöglicht, die schon ein Stück weit "unsere" war; 2. bin ich nach wie vor der Meinung, daß die Positionen zum Golf-Krieg, wie sie Hermann Gremliza und Wolfgang Schneider vertreten, anders zu bewerten sind, als die von z.B.Pohrt, Enzensberger, Cora Stephan uswusf.: Sie sind falsch, aber aus dem symapthischsten Grund, der dafür vorstellbar ist: aus der, anders als bei manchen anderen, keineswegs vorgeschobenen Sorge um Israel und dem Zorn über die Sorglosigkeit, mit der auch und gerade Linke in Deutschland Antisemitismus als zu vernachlässigendes Phänomen oder als gar nicht existent behandeln, bzw. selber als antizionistisch verbrämte antisemitische Positionen vertreten. Daß sie aus diesem Grund falsche Positionen vertreten, keine Analyse der deutschen Interessen mehr unternehmen, sondern nur noch von Erscheinungen ausgehend argumentieren, daß sie undifferenziert argumentieren und. am schlimmsten, ihre Position dadurch desavouieren, daß sie Texte wie den von Pohrt im März-Heft, die selbst von aufgestautem Ressentiment strotzen und im Kern reaktionär sind, drucken, enthebt uns nicht der Verpflichtung uns mit den richtigen Elementen ihrer Texte auseinanderzusetzen. Fatal ist allerdings, und das machte letztenendes die Fortsetzung

meiner Arbeit als Redakteur bei KONKRET unmöglich, daß die von sympathischen Motiven getragene falsche Position zusehends zu einer verzerrten Betrachtung auch anderer Bereiche, z.B. der Haltung der USA zur Niederschlagung des Aufstands der Kurden, führt. 3. Anders als bei meinem Ausscheiden aus der "taz" bietet sich diesmal keine linke Alternative. Es gibt keine überregionale, über den engen Kreis der Szene hinaus vertriebene Zeitung mehr, deren Redaktion sich als Teil der Linken begreift (der "ak" nimmt da eine Sonderstellung ein, ist aber a) weder relevant verbreitet noch bietet er b) angesichts der politisch desaströsen Entwicklung und Verkrustung des KB - vor allem, aber nicht nur der den Apparat besitzenden "Mehrheit" - eine ernsthafte Perspektive für ein nach vorne orientiertes Zeitungsprojekt). Das würde ich gerne, zusammen mit anderen, ändern: Das ist sicher aber keine kurzfristige Option.

Demnächst werde ich also als "freier" Journalist arbeiten - u.a. auch regelmäßig für KONKRET, wo ich dann allerdings nur noch meine eigenen Texte, nicht mehr das Konzept der Zeitung zu verantworten habe, für den WDR und für die schweizer "WoZ". Ich bin also weiterhin an Informationen von Euch interessiert und möchte, soweit es möglich ist, Öffentlichkeit für linksradikale Aktionen und Politik schaffen, wobei mich derzeit besonders antifaschistische und antirassistische Aktivitäten interessieren. Ich bitte Euch also, mir Diskussionspapiere, Infos, Bekennerbriefe, Vorschläge für Interviews und sonstige Anregungen künftig an meine Privatadresse zukommen zu lassen: Oliver Tolmein, Bernhard-Nocht-Strasse 51, 2 Hamburg 36, 040 - 310930.

Besten Dank und auf gute Zusammenarbeit unter den schwierigeren Bedingungen



Vorbereitungsgruppe für den Kongreß
"Die Linke neu erfinden"
Kontakt über
Diskurs-an-stiftung e.V.
(Sebastian Reinfeldt)
Postfach 3346
6500 Mainz
Tel: 06131/2379-45 oder -46
Fax: 06131/2379-24
oder:
ASTA-Referat Wissenschaft und
Gesellschaft
(Stefan Müller)
Staudinger Weg 21
6500 Mainz
Tel.06131/394802

Mainz, den
5.4.1991

Information über den Kongreß:

"Die Linke neu erfinden"
Diskussionsforen zur Vergangenheit und Zukunft linker Theorie und Politik

Mainz, 24. und 25. Mai 1991

Nach dem Zusammenbruch der real existiert habenden Sozialismen, der die momentane Vorherrschaft des westlich-kapitalistischen Zivilisationsmodells verdeutlicht und nach den - vor diesem Hintergrund geführten - katalysatorischen Debatten um den Krieg am Golf innerhalb linker Zeitschriften und Zirkel ist festzustellen, daß im Westen wie im Osten des "neuen Deutschlands" sich sämtliche linken Strömungen in einer tiefen Krise befinden:

Der Verlust der realen "Alternative" zum entwickelten Kapitalismus, wie die ehemalige DDR und die sozialistischen Länder Osteuropas in der Sichtweise vieler, sich zur West-Linken zählenden, Menschen eingeordnet wurden, hat eine politische und theoretische Orientierungslosigkeit zur Folge gehabt. In der Diskussion um den Krieg am Golf und dessen Folgen führte diese Orientierungslosigkeit zur Selbstenthauptung oppositioneller Ansätze. Die mörderischen Bombardements der US-Truppen fanden mit Billigung nicht weniger Linker statt, die sich gegen die Anti-Kriegsbewegung gestellt haben. Der Verlust der realen "Alternative" hat nicht nur diejenigen linken Gruppen, die sich positiv auf die DDR und die sozialistischen Länder Osteuropas bezogen, in eine Krise gestürzt, sondern auch die >>Neue (68-iger) Linke<<, die in der Vergangenheit den real existiert habenden Sozialismen kritisch gegenüber standen.

In einem ähnlichen Kontext ist die Lage in der Ex-DDR zu sehen. Der Wirbelsturm der Ereignisse rund um die "Vereinigung" hat die sozialen, politischen und theoretischen Strukturen und Ziele der DDR-Gesellschaft zerstört. Mit der Konsequenz, daß nicht nur die SED-Herrschaft und die damit verbundenen stalinistischen Strukturen verschwunden sind, sondern auch, daß die "November 89-Revolte" nicht mehr als eine Fußnote in der Geschichte darstellt.

Statt in Resignation oder Opfer-Mentalität zu verfallen, möchte der Kongreß "Die Linke neu erfinden" einen systematischeren Anstoß dafür geben, oppositionelle Politik in einer grundlegend veränderten historisch-politischen Situation neu zu erfinden. "Neu erfinden" deshalb, da davon ausgegangen werden muß, daß nicht nur die Übermacht der Verhältnisse die Niederlage der Linken verschuldet hat, sondern, daß eigene theoretische und praktisch-politische Defizite innerhalb des sich links nennenden Sammelsuriums für diese prekäre Situation verantwortlich sind. Die "Vereinigung" und der Golfkrieg haben strukturelle Defizite nur aufgezeigt und nicht verursacht.
Neben der reinen Kritik jedoch während des Kongresses einige verstreute Versuche, linke Politik anders zu denken, vorgestellt werden. Weiterhin geht es darum, die Fähigkeit (wieder-) zu erlangen, Fragen radikal zu stellen und auch sich auf bislang Unbekanntes kritisch einzulassen.

- Podiumsdiskussion: "Die Linke neu erfinden" am Freitag, 24. Mai 1991

Mit dieser Diskussion soll die eher theoretische Herangehensweise des Kongresses politisch konkretisiert werden. Welche Alternativen für oppositionelle Politik stellen sich im Moment?

Teilnehmen sollen (Wunschkandidatinnen):
- Christina Schenk (BT, B'90/Grüne)
- Gregor Gysi (BT, PDS)
- Jens-Christian Müller (RaLi)
- Verena Krieger (ehem. Grüne)
- N.N.
- Arbeitsgruppen:

- Von der Kritik des sozialdemokratischen Jahrzehnts zum radikalen Reformismus?

- Von der Kritik des Marxismus-Leninismus zur Diskussion um die Reformalternative?

- Von der Kritik des Patriarchats zur Machtfrage?

- Von der Kritik an der Naturzerstörung zur sozialen Ökologie?

- Von der Kritik der Moderne zur Postmoderne?

- Der Golfkrieg: ein Grabmahl für die Linksintellektuellen?

- Von der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zum Kampf um die zivile Gesellschaft?

- workshop: Die Machtverhältnisse durchziehen das Körperinnere
Zur Theorie Michel Foucaults

- workshop: Marxismus und Stalinismus. Eine notwendige Verbindung?

- Veranstaltungsort: Universität Mainz